DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

336 29. JAHRGANG September 2012 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Seit Mai diesen Jahres gibt es die »Aroma Zapatista eG« als neue selbstverwaltete Genossenschaft in Hamburg. Die Genossenschaft will durch den Handel mit Kaffee aus zapatistischen Kooperativen die Selbstverwaltungsstrukturen in Chiapas/Mexiko direkt unterstützen und mit dem Kollektiv zusätzliche Arbeitsstrukturen in Hamburg schaffen. Seite 3

Am 16. April 2011 begann das Projekt »Allmende-Kontor« auf dem ehemaligen Tempelhofer Flughafen. Binnen eines Jahres entwickelte sich der wildkreative Gemeinschaftsgarten des »Allmende-Kontors« zu einem der neuen Anziehungspunkte Berlins. Heute gilt der Garten des »Allmende-Kontors« am Rand des Problembezirks Neukölln als eine der »größten Hochbeeteanlagen der Welt«. Seite 6

UMWELTPROJEKT AUF MALTA

Während des Zweiten Weltkriegs befanden sich dort Fliegerabwehrstellungen der Alliierten, später wurde das Gelände für eine Relaisstation der Deutschen Welle genutzt. Nach der Schließung wurden die Antennen und technischen Geräte abgebaut und die Anlage verfiel zusehends. Der Wiederaufbau der Technikbrache zum Naturpark startete im Jahr 2006 mit der Aufforstung. Im April 2011 wurde die Eröffnung gefeiert. Seite 4

GEMEINSCHAFTEN

In unserer Sommerausgabe veröffentlichten wir einen Aufruf zu Austausch und Auseinandersetzung mit der im Frühjahr 2012 gestarteten Kommune »Lossehof«, die aus dem »Los geht's 2011«-Treffen zu Pfingsten 2011 hervorging. Das Kommuja-Netzwerk hatte damals die Idee, ihr traditionelles Treffen auf einem zum Verkauf stehenden Hof zu veranstalten. Ein Bericht über das bisherige Geschehen auf Seite 5.

ÖKONOMIE

Die Ökobank als gescheiterter Versuch, eine demokratische Bank aufzubauen, ist bereits Geschichte. Nun gibt es einen erneuten Anlauf in Österreich: Die Demokratische Bank soll Nachhaltiges Wirtschaften, gelebte Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Transparenz, Orientierung an der Region und Wertschätzung von Vielfalt und Gemeinwohlorientierung ermöglichen. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Eines Tages wird es zum guten Ton ordnungsmäßiger Geschäftsführung gehören, auch den Dienstleistungseinkauf von Prüfungsleistungen bei Genossenschaften unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchzuführen. Derzeit stöhnen wechselwillige Genossenschaften unter den von den etablierten Prüfungsverbänden vor ihnen aufgetürmten Hürden. Seite 13

www.contraste.org

KAMPAGNEN »BUNDESWEHR RAUS AUS SCHULE, BILDUNG UND FORSCHUNG«

Wider die olivgrüne Propaganda

Im Oktober 2008 unterzeichnete die damalige CDU-Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen, Barbara Sommer, mit der Bundeswehr das erste sogenannte Kooperationsabkommen, das den Jugendoffizieren der Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu den Klassenzimmern und zur Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen und LehrerInnen ermöglicht. In dieser Vereinbarung heißt es: »Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.« Der damalige Verteidigungsminister Jung forderte die anderen Bundesländer auf nachzuziehen. Bisher sieben taten's.

Von Ariane Dettloff, Red. Köln und Markus Gross ● So unterrichten denn an (zu) vielen Schulen Soldaten zum Thema »Außen- und Sicherheitspolitik«. Doch selbst wenn man auf dem Standpunkt steht, politische Themen könnten überhaupt »neutral« vermittelt werden: Anzunehmen, dass dafür – oder präziser für die Frage von Krieg und Frieden – ausgerechnet ein Armeeangehöriger und Befehlsempfänger geeignet sei, ist bizarr.

Vor dem Hintergrund der von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnten Kriege – vor allem dem in Afghanistan – haben Bundeswehr und Regierung ein Interesse daran, gerade in den Schulen für die Bundeswehr und ihre Kriege um Akzeptanz und neue Rekruten zu werben – dem dienen die Jugendoffiziere als »Öffentlichkeitsarbeiter der Bundesregierung«, wie sie sich selbst bezeichnen. Und natürlich ist das Militär aus dieser Sicht dazu da, in unserer Welt Frieden zu schaffen und damit das Leben der Menschen sicherer zu machen – mit Drohnen, Bomben und Raketen.

Nicht erst seit den Kooperationsabkommen haben sich SchülerInnen und LehrerInnen und Gruppen der Friedensbewegung gegen das Militär in Schule und Klassenzimmer gewehrt. Mehrfach gelang es, die Bundeswehr am geplanten »Schulbesuch« zu hindern. Immer wieder gibt es auch Aktionen gegen Bundeswehrstände auf Bildungsmessen. Mittlerweile haben sich sieben Schulen »militär-frei« erklärt – SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern haben dort gemeinsam beschlossen, dass die Bundeswehr an ihrer Schule nichts zu suchen hat.

Diverse Organisationen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) über Friedensgruppen, die Gewerkschaftsjugend, die Kinderschutzorganisation »terre des hommes« bis zu Landesverbänden der Grünen oder der Jusos fordern die Kündigung der Kooperationsabkommen und eine Entmilitarisierung der Schulen. Es haben sich zudem mehrere landesweite Bündnisse gebildet.

Vor allem die Rot-Grüne Landesregierung in NRW und die Grün-Rote in Baden-Württemberg stehen unter Druck, die Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr endlich zu kündigen. So hatten Abgeordnete von Grünen und SPD in Baden-Württemberg nach der Wahl versprochen, das Abkommen zu kündigen. In NRW fordern dies die Landesdelegierten der Grünen genauso wie die JUSOS und mehrere Landtagsabgeordnete. Die Landesregierungen drücken sich allerdings immer wieder mit verschiedenen Ausreden vor der Entscheidung.

Auch die Sportbegeisterung von Schülern und Schülerinnen nutzt die Armee für ihr Nachwuchs- und Akzeptanz-Management: sie sponsert eine Fussball-Liga für Schüler und veranstaltet jährlich wechselnd »Bw-Olympics« und »Bw-Beachen« – ganz nebenbei mit Wehrdienstberatung. Dazu werden Panzer zur Schau gestellt. Für Teilnehmende ist die Wochenendveranstaltung komplett kostenfrei, selbst die Anreise zahlt der »Barras«. Und verdeckt wirbt die Bundeswehr auch PennälerInnen für eigene »Jugendpressekongresse«. Keine Frage: Zur Vorbereitung und Absicherung von Kriegen muss die »Heimatfront« bearbeitet werden. Dazu gehört auch die »Schularbeit« des Militärs.

Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Aktivitäten gegen die Militarisierung der Schulen. »Schule ohne Militär«, »Schulfrei für die Bundeswehr«, »Bundeswehr raus aus der Schule« – unter solchen und ähnlichen Labels widmen sich Kampagnen in allen Bundesländern dem Treiben der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Für die Woche vom 24. bis 29.9. rufen verschiedenste Gruppen und Organisationen wie die LandesschülerInnen-Vertretung NRW, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, die DGB-Jugend, Friedensinitiativen, aber auch viele studentische Gruppen zu einer »Bundesweiten Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung« auf (1). Zum Abschluss soll am 29. September ein bundesweiter Flashmob unter dem Motto: »Bundeswehr wegputzen« stattfinden.

Schon für den 12. und 13.9. lädt ein NRW-weites Bündnis zu Blockaden, Kundgebungen und kreativen Aktionen gegen die Bundeswehr auf einer Bildungsmesse in Bochum ein (2).

In der Aktionswoche wird zudem erstmals die Forderung nach bundeswehrfreien Schulen mit der Forderung nach Zivilklauseln an den Universitäten und gegen die von Verteidigungsminister Thomas de Maizière geforderte Kriegsforschung zusammen gebracht.●

1) http://antimilaktionswoche.wordpress.com
2) www.messe-ohne-bundeswehr.de

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

WIEN: KRIMINALISIERUNGSSTRATEGIE DES VERFASSUNGSSCHUTZES GING NICHT AUF

Studierende freigesprochen

Am 20. Oktober 2009 wurde die Akademie der bildenden Künste in Wien besetzt, am 22. Oktober das Audimax der Uni Wien, es folgten eine Reihe von Uni-Besetzungen in ganz Mitteleuropa und in den folgenden Wochen und Monaten weltweit Besetzungen und Proteste im Bildungsbereich.

Von Brigitte Kratzwald, Red. Österreich ● Studierende der Akademie der bildenden Künste beteiligten sich in Folge an verschiedenen Aktionen gegen Rechtsextremismus und Rassismus und solidarisierten sich auch mit anderen Gruppen, z.B. Arbeitsloseninitiativen. Das reichte aus, um ins Visier des Landesamts für Verfassungsschutz und Landesverteidigung (LVT) zu geraten.

Als bei einer Protestaktion vor der Filiale des Arbeitsmarktservice (AMS) in der Redergasse in Wien in der Nacht auf den 28. Juni 2010, an der ebenfalls Studierende der »Angewandten« teilnahmen, zwei Plastikmülleimer in Flammen aufgingen, war endlich ein Grund gefunden, einzuschreiten. Es kam zu Hausdurchsuchungen in verschiedenen WGs und einem linken Kulturzentrum, vier Personen wurden verhaftet, in U-Haft genommen und nach §278 wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Als Beweismittel dafür diente unter anderem ein beschlagnahmtes Video über die Abschiebung eines Asylbewerbers, das die Studierenden im Rahmen ihrer künstlerischen Ausbildung gedreht hatten. Daraus wurde die Absicht der Befreiung eines Schubhäftlings konstruiert. Erst im August wurden die Verdächtigen nach mehreren Wochen U-Haft freigelassen.

Im Dezember 2011 schließlich wurde die Anklage wegen Terrorismusverdacht fallen gelassen, sie beschränkte sich nun »nur« noch auf versuchte Brandstiftung. Am 13. März 2012 begann der sogenannte AMS4-Prozess gegen die vier Studierenden. Der Prozess endete am 27. Juli mit einem Freispruch der Angeklagten, in keinem Fall konnte nachgewiesen werden, dass sie am Tatort anwesend oder in die konkreten Vorfälle verwickelt gewesen waren. Im Tatvideo, mit dessen Hilfe die Ankläger die Identität der Täter unter Beweis stellen wollten, waren keinerlei Erkennungsmerkmale sichtbar.

Ans Licht kamen bei der Verhandlung aber auch die zweifelhaften Ermittlungsmethoden und Kriminalisierungsstrategien LVT. Bereits seit Mai 2010 wurden – ohne konkrete Verdachtsmomente, ausschließlich auf Grund ihres gesellschaftskritischen Engagements – gegen mehrere Studierende verdeckte Ermittlungen aufgenommen, Telefone und Computer wurden ohne deren Wissen überwacht. Sowohl die Rufnummerdatenerfassung als auch Logauswertungen der Computer erwiesen sich jedoch letztlich als entlastend für die Angeklagten. Die Verteidigerin betonte in ihrem Schlussplädoyer, »dass sich die von der Anklage hervorgebrachten Indizien als teils erfunden oder falsch dargestellt, teils nicht beweisbar, und alle als entlastend herausstellten. Neben dem Tatvideo sind auch die ZeugInnenaussagen null und nichtig für die Beweisführung der Staatsanwaltschaft.«

Die Staatsanwältin versuchte in ihrem Schlussplädoyer nochmals das Verfahren mit der Teilnahme der Angeklagten an »einschlägigen Demonstrationen« zu legitimieren; ein Vorgehen, dass die Verteidigerin in der Nähe einer »Gesinnungsüberprüfung« sieht. Sie kommt zu dem Schluss, dass in diesem Prozess die politische Haltung der Angeklagten der Grund dafür war, ins Visier zu geraten und – auf Grundlage von §278 – als »TerroristInnen« observiert und verfolgt worden zu sein. Angesichts dessen ist es schockierend, dass die Staatsanwaltschaft den Freispruch nicht einfach akzeptiert, sondern mit dem »Vorbehalt einer Nichtigkeitsbeschwerde« gegen das Urteil Einspruch erhebt. Dazu die Linzer Strafrechtswissenschafterin Petra Velten: »Am rechten Auge ist man vielfach blind, am linken hingegen nimmt man das Vergrößerungsglas«.●

Quellen:
http://fightrepression2010.lnxnt.org
http://derstandard.at/1324170366229/Hintergrund-Keine-Terroranklage-gegen-Studierende
http://derstandard.at/1331207119292/Gerichtsverhandlung-Prozess-um-Uni-brennt-Aktivistenwegen-Feuers

STEUERGESETZ 2013 UND GEPLANTE GESETZESÄNDERUNG

Die Verfassungsschutzklausel

Vor ein paar Jahren hatten wir uns noch köstlich amüsiert. Im NRW-Verfassungsschutzbericht tauchte auch CONTRASTE auf. Ein Schlapphut hatte ausgerechnet CONTRASTE als anarchistisches Medium geortet. Was uns damals amüsierte, könnte bei einer unveränderten Verabschiedung der geplanten Gesetzesänderung im Herbst 2013 ein Ende für die Herausgabe unserer Zeitung bedeuten. Denn der Entwurf sieht vor, dass eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht automatisch zum Entzug der Gemeinnützigkeit durch das zuständige Finanzamt führen soll. Die Proteste gegen die geplante Gesetzesänderung nehmen zu, inzwischen haben mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen einen von Attac und ROBIN WOOD initiierten offenen Brief gegen dieses Vorhaben unterzeichnet. Nachfolgend eine Presseerklärung von Attac und ROBIN WOOD vom 31.7.2012:

»Die Bundesregierung will im Rahmen der Beschlussfassung über das Steuergesetz 2013 auch die Abgabenordnung (§51, Abs.3) ändern. Das würde dazu führen, dass gemeinnützige Körperschaften, die in einem Verfassungsschutzbericht als »extremistisch« bezeichnet werden, automatisch und ohne weitere Prüfung durch die Finanzämter ihre Gemeinnützigkeit und die damit verbundenen Steuervorteile verlören. Mit einem am 27. Juni versandten offenen Brief fordern die unterzeichnenden Organisationen die Bundestagsabgeordneten auf, diese Verfassungsschutz-Klausel ersatzlos aus der Abgabenordnung zu streichen.

»Es würde der Willkür Tür und Tor öffnen, wenn ein Inlandsgeheimdienst, ohne Anhörung, über die finanzielle Zukunft gemeinnütziger Organisationen entscheiden könnte«, sagte Daniel Häfner von ROBIN WOOD. »Die große Resonanz auf unseren offenen Brief zeigt, wie viele Organisationen, in denen Hunderttausende ehrenamtlich aktiv sind, dieses Vorhaben empört. Der Passus muss gestrichen werden – der Verfassungsschutz würde sonst zu Richter und Henker in einem.«

Jutta Sundermann vom Koordinierungskreis von Attac ergänzte: »Der aktuelle NSU-Skandal zeigt, dass der Verfassungsschutz – vorsichtig ausgedrückt – auf mindestens einem Auge blind ist. Eine solche Behörde über Wohl und Wehe von gemeinnützigen Organisationen entscheiden zu lassen, wäre ein Hohn. Die Parlamentarier sollten sich auch an die peinliche Diskussion beim Meldegesetz erinnern: Eine vermeintlich kleine Änderung in einem Gesetzespassus kann Bürgerrechte massiv beeinträchtigen.« Jetzt sei es an den Fachleuten in den Bundestagsausschüssen, einen solchen Fehler nicht zu wiederholen.

Derzeit liegt es an den Finanzämtern zu prüfen, ob ein Extremismus-Vorwurf durch den Verfassungsschutz zum Entzug der Gemeinnützigkeit führt. Die Finanzämter übernehmen so praktisch eine Kontrollfunktion des Verfassungsschutzes und sind die einzige außergerichtliche Anhörungsinstanz für betroffene Organisationen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht dagegen keine Prüfung mehr vor; die Entscheidung läge faktisch allein beim Geheimdienst.

Noch bleibt Zeit, die – allen rechtsstaatlichen Prinzipien zuwider laufende – Aufgabenerweiterung des Verfassungsschutzes zu verhindern. Nach der ersten Lesung im Parlament wurde der Gesetzesentwurf inzwischen an die Ausschüsse überwiesen. Federführend ist der Finanzausschuss, der am 26. September tagen wird. Deren Mitglieder haben die täglich länger werdende Liste der protestierenden Organisationen zugesandt bekommen. Kritik und parlamentarische Anfragen kommen nicht nur von Seiten der Opposition.

Bislang unterzeichneten 109 zivilgesellschaftliche Organisationen den offenen Brief. Die Organisationen stammen aus allen Bereichen, z.B. Umwelt, Bürgerrechte, Kultur und Bildung. Der hundertste Verein ist z.B. das Kulturbüro Sachsen e.V.«●

Weitere Informationen unter:
www.robinwood.de/wordpress/tag/verfassungsschutz
und www.attac.de

AKTION 2012

Redaktion Heidelberg ● Aus Platzgründen hier nur eine Kurzübersicht: Unsere Aboentwicklung ist weiterhin positiv. In den Sommermonaten gab es zehn neue Abonnements, leider aber auch wieder fünf Kündigungen, eine davon durch einen Todesfall (Robert Kurz, s. Nachruf auf dieser Seite) und eine aus Österreich. 110+ Abos sind nun noch notwendig, um zukünftig wirtschaftlich arbeiten zu können.

Erfreulich auch unsere Spendenentwicklung, in den Sommermonaten gingen weitere 1.048 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Wir benötigen nun noch 375 EUR bis zum Ende der diesjährigen Spendenaktion im Oktober. Wir können dank Eurer Spenden und Fördermitgliedschaften dieses Jahr wiederum ohne neue Schulden abschließen. Herzlichen Dank!

Die Spenden:

- Einzelverkauf Österreich (150 EUR)
- Einzelverkauf Stuttgart (25 EUR)
- Sabine Conti, Kassel (25 EUR)
- Gertrud Dorsch, Münster (188 EUR)
- Bodo von Hodenberg, Berlin (5 EUR)
- Rainer Opolka, Wendisch Rietz (5 EUR)
- Stefan Pofahl, Ulm (433 EUR)
- anstiftung & ertomis, München (200 EUR)
- Paul G. Ulrich, Nettersheim (12 EUR)
- Clemens Wigger, Jena (5 EUR)

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 375 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 110+ Neuabos

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung durch Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften und/oder durch Spenden.

Dankbar sind wir auch über Werbung für unser Zeitungsprojekt bei Treffen & Tagungen. Werbeflyer zum selbst ausdrucken sind unter www.contraste.org unter dem Menuepunkt »Über uns« zu finden. Kostenlose Überdrucke der Zeitung zur Werbung können bestellt werden unter: contraste@online.de●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Soldaten sind Mörder?

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Dieses Tucholsky-Zitat (ohne Fragezeichen) hat nichts von seiner Aktualität verloren, ganz im Gegenteil. Das Geschäft des Tötens blüht, Rüstungsgeschäfte sind ein internationaler Wachstumsmarkt und Deutschland ist – nach den USA und Russland – drittgrößter Waffenexporteur der Welt. So weit, so eindeutig. Gleichzeitig bin ich dankbar, dass sowjetische, amerikanische, französische und britische Soldaten 1945 dem Faschismus in Deutschland ein Ende bereitet haben. Diese Soldaten haben getötet und waren gleichzeitig Lebensretter.

Meine pazifistische Grundüberzeugung ist von Fragezeichen umwölkt. Selbstverständlich sollen Konflikte gewaltfrei und zivil gelöst werden – werden sie aber leider nicht. Das Jahr 2011 war mit 20 Kriegen und vielen gewalttätigen Auseinandersetzungen das konfliktreichste Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Keine Frage: da hilft nur rigorose Abrüstung. In meiner Utopie haben Waffen keinen Platz. Aber hätte das kriegerische Hitler-Deutschland anders als militärisch besiegt werden können? Wie kann im Fall von Massakern und Völkermord friedfertig interveniert werden? Ist es nicht notwendig, notfalls auch bewaffnet einzugreifen, um Menschenleben zu retten?

Natürlich wird das Menschenrechts-Argument für geostrategische Interessen missbraucht, Interventions- und Kriegsanlässe werden zur Rohstoffsicherung erfunden, Waffenlobbys mischen in der Politik mit. Große Teile der Wirtschaft sind direkt oder indirekt in die Herstellung militärischer Güter einbezogen. Die Auseinandersetzungen um oft viel zu hilflose Zivilklauseln an Hochschulen sind vermutlich nur die Spitze eines Eisbergs der Forschung und Entwicklung im Interesse wirtschaftlicher Akteure, die vom Töten profitieren. Dabei fällt auch zivil Nutzbares ab, wie zum Beispiel das Internet oder die Atomenergiegewinnung. Aber beides ist in erster Linie Militärtechnologie. Auch Solarenergie-, Transport- oder Bekleidungstechnik sind keineswegs so friedlich wie sie scheinen. Kurz: Macht, Geld und Militär hängen viel zu oft viel zu eng zusammen.

Das macht mich hilflos, und mir fehlen überzeugende Vorstellungen davon, wie konkret gangbare Wege in eine friedfertigere Zukunft aussehen können. Diese Wege wären gesäumt von vielfältigen Konversionsvorhaben und umfangreichen Entwicklungsprogrammen für zivile Konfliktlösungsmethoden. Sie würden aber kaum darum herum kommen, Akteure zu benennen, die demokratisch legitimiert wären, mit wirksamen Mittel dort einzugreifen, wo zivile Krisenintervention (noch) nicht greift. Und genau an diesem Punkt merke ich, wie ich mich drehe und winde, denn natürlich will ich keiner Form von Bewaffnung das Wort reden. Auf Gewalt folgt mehr Gewalt und Krieg für Frieden finde ich schlicht pervers.

In die Freude über die Abschaffung der Wehrpflicht mischt sich die Furcht vor einer nach innen und außen kriegstauglichen Berufsarmee. Die aktuelle Ermächtigung der Bundeswehr für Einsätze im Inneren durch das Bundesverfassungsgericht lässt Schlimmstes befürchten, sollte es hier zum Beispiel zu krisenbedingten Aufständen kommen. Ist es nicht höchste Zeit für ernsthafte und gesellschaftlich breit geführte Auseinandersetzungen mit dem Friedensthema?●

REDAKTION BERLIN

Selbstorganisation und Solidarische Ökonomie in Berlin-Brandenburg:
CONTRASTE-Radio gemeinsam mit dem NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg: »Geld oder Leben«, jeden Mittwoch kurz nach 8 Uhr bei Radio multicult.fm auf UKW Berlin 88,4 (Potsdam: 90,7) oder online auf www.multicult.fm
Mitschnitte hier: www.contraste.netz-bb.de
Mailingliste von NETZ und CONTRASTE: https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/solioeko

Wenn Du Interesse an der Mitarbeit in einer entstehenden Berlin-Brandenburg-Redaktion der CONTRASTE hast, dann schicke eine Mail an: elisabeth.voss@solioeko.de

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

NACHRUF

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...

Robert Kurz ist tot. Er war radikaler Gesellschaftskritiker und hat die Wertabspaltungskritik maßgeblich geprägt. Dabei hat er Bedeutendes geleistet. Er hat Karl Marx aus dem Turm »marxistischer« Theorie befreit, in den ihn seine Jünger gesperrt hatten.

Robert wies bereits beim Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers, des von ihm so genannten »Kasernensozialismus«, nach, dass es sich bei diesem Experiment keineswegs um die Einführung der kommunistischen Gesellschaft handelte, sondern von Geschichte und Handlungen her um das, was er »nachholende Modernisierung« nannte, also den Eintritt zurückgebliebener Regionen in die moderne kapitalistische Weltökonomie. Sein Buch »Der Kollaps der Modernisierung« wie sein »Schwarzbuch des Kapitalismus« waren Renner nicht nur in der linken Szene, sondern weit darüber hinaus. Hierin zeigte er auf, dass die Rationalisierungspotentiale der Computertechnologie der Geldmoderne den Boden wegziehen und den Kapitalismus in den Metropolen selbst in eine tiefstrukturelle Krise stürzen werden. Robert Kurz sah im Zusammenbruch der Sowjetunion bereits die Flammenschrift auf der Wand. Mit seiner klugen und von großer Sachkenntnis getragenen Neuinterpretation des Marxschen Werkes hat Robert allen denen geholfen, die sich endlich freimachen wollten von einem orthodoxen, verkürzten Marxismus samt seinen Lager- und Grabenkämpfen.

Damit war er nicht allein. Von anderen Theoretikern und Philosophen hat er sich aber dadurch unterschieden, dass er auch sehr früh und sehr klar darüber gesprochen hat, dass eine andere Ökonomie heute schon beginnbar ist. Mit seiner »Aneignungsperspektive« hat er Gruppen wie unserer »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« einen großen Impuls gegeben und uns ermutigt, unsere Vorstellungen von einer Solidarischen Ökonomie nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch zu vertreten. Seine Besuche bei uns waren jedes Mal ein kleines Fest. Seine theoretische Klarheit und Schärfe waren nämlich gepaart mit einer großen Bescheidenheit und Liebenswürdigkeit im persönlichen und menschlichen Umgang. Eigenschaften, die uns heute umso mehr um ihn trauern lassen.●

Robert, wir werden Dich vermissen!
Deine Freunde vom SSM
(Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim)

....es kommt darauf an, sie zu verändern!
(Karl Marx, Thesen zu Feuerbach)

Robert Kurz (1943-2012).
Mehr zum Autor unter www.exit-online.org

DAS KAFFEEKOLLEKTIV »AROMA ZAPATISTA EG« STELLT SICH VOR

Selbstverwaltet, kollektiv, solidarisch

Seit Mai diesen Jahres gibt es uns als neue selbstverwaltete Genossenschaft in Hamburg, die im solidarischen Handel aktiv ist und zapatistischen Kaffee anbietet.

Wir sind ein selbstverwaltetes Arbeitskollektiv (3 Frauen und 1 Mann). Seit Ende Februar 2012 haben wir begonnen, die Kaffeekollektiv »Aroma Zapatista«-Genossenschaft aufzubauen und haben Anfang Mai mit dem Verkauf von zapatistischem Kaffee begonnen. Unsere Motivation, das Kollektiv zu gründen, ist zum einen, durch den solidarischen Handel mit Kaffee von zapatistischen Kooperativen die Selbstverwaltungsstrukturen in Chiapas/Mexiko direkt zu unterstützen. Zum anderen möchten wir mit dem Kollektiv selbstverwaltete Arbeitsstrukturen hier schaffen. Wir alle haben vorher mehrere Jahre lang bei Café Libertad in Hamburg gearbeitet. Dort gab es leider interne Konflikte, die trotz zahlreicher Versuche nicht gelöst werden konnten. Letztendlich blieb nur die Trennung im Februar diesen Jahres. Sechs von neun Personen sind von Café Libertad weggegangen. Zu viert haben wir das neue Kollektiv aufgebaut. Es gibt immer noch viel zu tun, solch eine Gründung bringt viel Arbeit mit sich, es ist aber auch schon ein großer Berg geschafft.

Interne Organisation

Wir arbeiten gleichberechtigt im Kollektiv zusammen. Alle haben die gleichen Rechte und Pflichten. Ein Mal pro Woche haben wir ein ausgiebiges Plenum, wo wir alle anstehenden Entscheidungen und to do's besprechen und im Konsens entscheiden. Eine offene Kommunikation und ein respektvoller Umgang miteinander sind für uns äußerst wichtig und nach unserer Einschätzung eine Voraussetzung für die Arbeit im Kollektiv. Hierarchien möchten wir so gut es geht vermeiden, wobei informelle Hierarchien und insbesondere Wissenshierarchien wohl immer vorhanden sein werden. Da es erfahrungsgemäß in Gruppen und Kollektiven durch informelle Hierarchien zu Problemen kommen kann, versuchen wir dem entgegenzuwirken, indem z.B. die anstehenden Arbeiten von möglichst allen erlernt werden sollen. Wir arbeiten zur Zeit überwiegend ehrenamtlich. Unser Ziel ist schon eine Bezahlung unserer Arbeit, aber das wird wohl noch seine Zeit

Foto: »Aroma Zapatista«

brauchen. Wenn es dann soweit ist, werden wir alle Arbeiten gleich bezahlen; alle bekommen den gleichen Stundenlohn. Wichtig ist hierbei zu betonen, dass wir nicht gewinnorientiert arbeiten. Mögliche Gewinne werden wir den gesetzlichen Rücklagen zukommen lassen, in den Aufbau des Betriebs investieren, als Unterstützungsgelder an die zapatistischen Gemeinden im Widerstand übergeben oder auch spenden.●

INTERVIEW MIT »AROMA ZAPATISTA«: UNTERSTÜTZUNG DER ZAPATISTISCHEN BEWEGUNG KONKRET

Solidarischer Handel mit zapatistischem Kaffee

CONTRASTE: Warum kauft ihr Kaffee von zapatistischen Kooperativen?

Aroma Zapatista: Einige von uns begleiten den Aufstand der Zapatistas schon seit vielen Jahren oder sogar von Beginn an. Zwei von uns waren mehrfach als Menschenrechtsbeobachterinnen in Chiapas und haben dort mit Organisationen zusammengearbeitet. Sie sind hier in Soligruppen, Netzwerken und in einem alternativen Bildungsverein aktiv und sind an Publikationen wie Zeitungen, Ausstellungen oder Dokumentarfilmen sowie Infoveranstaltungen beteiligt. Es besteht daher schon seit langem ein direkter Bezug zu Chiapas. Wir finden die Unterstützung der zapatistischen Bewegung, die sich am 1. Januar 1994 gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Rassismus erhoben hat, nach wie vor sehr wichtig. Es ist eine Bewegung, von der auch wir hier vieles lernen können. Die Zapatistas nehmen den Aufbau von selbstverwalteten Strukturen seit 1994 konkret selbst in die Hand. Hierzu zählen ein eigenes Rechtssystem, Verwaltungsstrukturen, Bildungs- und Gesundheitsstrukturen, Medienprojekte sowie Produktivprojekte (wie z.B. Kaffeekooperativen). Viele Zapatistas mussten früher für Großgrundbesitzer unter miserablen Bedingungen Kaffee ernten – nun haben sie ihre eigenen Kaffeefelder und sind in Kooperativen organisiert. Oft liegen die Kaffeefelder auf ehemaligen Ländereien der Großgrundbesitzer, welche die Zapatistas im Zuge des Aufstands vertrieben haben.

Wie viele Kaffeekooperativen gibt es?

Es gibt mittlerweile drei zapatistische Kaffeekooperativen, die eine Exportgenehmigung haben: Ssit Lequil Lum, Yachil Xojobal Chulchán und Yochin Tayel K'inal. Alle drei Kooperativen kennen wir persönlich und von allen dreien bekommen wir Rohkaffee. Die Zapatistas verkaufen den Rohkaffee direkt an die solidarischen Gruppen – ohne den Umweg über die Zwischenhändler, die sogenannten Coyotes, welche die KaffeebäuerInnen oft betrogen und ihnen nur einen geringen Preis gezahlt haben.

Was ist Euch im Sinne des solidarischen Handels besonders wichtig?

Für uns ist ein gleichberechtigtes Miteinander und eine regelmäßige Kommunikation auf Augenhöhe mit den Kooperativen elementar. Die Idee ist, dass die Kooperativen durch den solidarischen Handel mit einem jährlichen sicheren Kaffeepreis rechnen können, was ihnen mehr Sicherheit und Planungsmöglichkeiten geben soll. Im Gegensatz zur klassischen Entwicklungshilfearbeit ist es uns wichtig, dass die Kooperativen ihre Belange und Anforderungen formulieren und in Zusammenarbeit umzusetzen. Wir kritisieren an der klassischen Entwicklungspolitik und vielen gut gemeinten Projekten, dass Personen von außen kommen und sagen, was zu tun und zu lassen sei und meinen ihnen etwas beibringen zu müssen. Eurozentrismus kommt sogar auch im alternativ-solidarischen Handel vor. Und das wollen wir vermeiden. Wir möchten ein Voneinander-Lernen, Austauschen und gegenseitiges Zuhören.

Für uns ist auch wichtig, die Kooperativen persönlich zu kennen, zu besuchen, den Kontakt zu halten und weiter auszubauen. Bezüglich des konkreten Handels ist für uns z.B. von Bedeutung, dass wir uns zusammen mit den Kooperativen auf einen Kaffeepreis einigen und den Kooperativen eine Vorfinanzierung für den Kaffee zahlen, damit die anstehenden Ausgaben, von der Ernte bis zur Verschiffung des Kaffees nach Hamburg, bezahlt werden können.

Auch ist uns wichtig, nicht nur diejenigen Zapatistas zu unterstützen, welche die Möglichkeit haben, Kaffee anzubauen. Daher sammeln wir mit dem Verkauf jedes Päckchens Röstkaffee zusätzlich 0,45 Euro pro Kilo. Dieses Geld übergeben wir den Räten der Guten Regierung, die dann entscheiden, in welchem Bereich, in welcher Gemeinde finanzielle Unterstützung am notwendigsten ist.

Darüber hinaus ist uns auch Infoarbeit hier vor Ort

Foto: »Aroma Zapatista«

wichtig: Wir bieten im Rahmen von »Aroma Zapatista« oder den Soligruppen, in denen wir mitmachen, Veranstaltungen an, laden ReferentInnen ein und informieren über die aktuelle Situation in Chiapas.

Welche Schwierigkeiten gibt es im solidarischen Handel?

Der solidarische Handel ist natürlich nicht nur einfach und alles läuft perfekt. Wir können noch vieles voneinander lernen. Die Sprache, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Sozialisationen können zu Missverständnissen führen. Die weiten Entfernungen und Kosten – sowohl von Deutschland nach Mexiko, aber auch in Chiapas selbst – tragen dazu bei, dass mensch sich nicht mal eben treffen kann, um dieses oder jenes zu besprechen. Veränderungen brauchen daher seine Zeit. In Mexiko läuft nicht alles so, wie wir es von hier vielleicht gewohnt sind. Und anders herum läuft hier nicht alles so, wie die Compas in Mexiko es gewohnt sind.

Wichtig für die Soliarbeit mit den Zapatistas ist unserer Meinung nach, die Funktionsweise der autonomen zapatistischen Gemeinden zu kennen und anzuerkennen, eine Offenheit fürs Vorwärtsgehen und der Wille, die europäische Brille abzusetzen und zu versuchen, sich in andere Lebensrealitäten hinein zu versetzen.

Was unterscheidet euch von anderen »fairen« Kaffeeanbietern?

Es gibt mehrere Unterschiede. Ein Beispiel ist der politische Anspruch: Für die meisten »fairen« KaffeeanbieterInnen ist die politische Ausrichtung der Kaffeekooperativen nicht von Bedeutung; wichtig ist es , einen faireren Kaffeepreis zu zahlen. Das ist natürlich schon mal gut, aber unserer Meinung nach zu wenig. »Fair Trade« steht im Ruf strukturerhaltend zu wirken, während wir mit Kooperativen zusammenarbeiten wollen, die das jetzige Wirtschaftssystem in Frage stellen und uns politisch nahe stehen. In Bezug auf Chiapas kann es nicht unproblematisch sein, Kaffee von Fair Trade arbeitenden Kooperativen zu beziehen: Es kann passieren, dass mensch beim Kauf dieses Kaffees auch Zapatista-GegnerInnen und sogar Paramilitärs unterstützt.

Eine weitere Differenz ist der Kaffeepreis: Wir zahlen einen höheren Kaffeepreis als der klassische »faire« Handel. Ein anderer wichtiger Unterschied liegt in der Organisationsform hier: die meisten »fairen« Anbieter sind als klassische Unternehmen organisiert. Sie haben einen Chef, sind gewinnorientiert, es gibt Hierarchien, keine Mitbestimmung der Angestellten, gehen respektlos miteinander um, usw. Aroma Zapatista hat andere Ansprüche und kritisiert das jetzige, kapitalistische Wirtschaftssystem bzw. lehnt es ab. Wir arbeiten kollektiv und gleichberechtigt zusammen.

Warum heißt ihr »Aroma Zapatista«?

Wir haben uns für den Namen entschieden, weil er für uns mehreres beinhaltet. Zum einen spiegelt er unsere Solidarität mit der zapatistischen Bewegung wieder. Zum anderen steht »Aroma« für uns für Genuss und beschreibt den qualitativ sehr guten und ökologisch angebauten zapatistischen Arabica-Kaffee. Und als drittes steht »Aroma Zapatista« auch für eine Art des Politikmachens und der politischen Ausrichtung.

Was habt ihr für Zukunftspläne?

Wir haben viele Ideen für die Zukunft. So wollen wir zukünftig gerne weitere Produkte ins Sortiment aufnehmen. Neben Kaffee gibt es jetzt schon Bücher und Filme über Lateinamerika. Zukünftig möchten wir zapatistischen Zitronengrastee aufnehmen. Wir sind auch sehr an einer Vernetzung mit Kollektiven aus Deutschland und Europa interessiert, ebenso wie an der Aufnahme von Produkten ins Sortiment aus umweltfreundlicher und alternativer Produktion.

Wir geben auch gerne unsere Erfahrungen an Gruppen und Interessierte weiter, die überlegen, ein selbstverwaltetes Arbeitskollektiv oder auch eine Genossenschaft zu gründen. Wir halten den Aufbau von selbstverwalteten Arbeitsstrukturen für eine gute konkrete Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem. Wir glauben nicht daran, dass Politik oder Wirtschaft an den bestehenden Verhältnissen etwas ändern wollen oder werden. Wir meinen, dass wir den Aufbau von Alternativen selbst in die Hand nehmen sollten.

Wenn es uns finanziell möglich ist, möchten wir zukünftig emanzipatorische, linke Projekte und Aktionen hier unterstützen. Politische Arbeit, Widerstand und der Aufbau von Alternativen ist bekannterweise oft auf Geld angewiesen. Und es ist schade, wenn Engagement am Geld scheitert. Daher ist es unser Ziel, möglichst schnell viel Kaffee zu verkaufen, damit auch andere Kämpfe vom zapatistischen Aroma der Rebellion unterstützt werden können.

Wie und wo kann mensch Euren Kaffee bekommen?

Es gibt mehrere Möglichkeiten: Ihr könnt gerne bei uns persönlich in Hamburg vorbeikommen, Kaffee trinken und kaufen. Ebenso könnt ihr uns eine Mail schicken oder anrufen, um Eure Kaffeewünsche aufzugeben.●

Die Fragen für CONTRASTE stellte Lucia Thiemann.

Info

Nähere Informationen zum Kollektiv findet ihr auf unserer Internetseite:
www.aroma-zapatista.de
oder ihr kommt vorbei und wir tauschen uns persönlich bei einem rebellischen Kaffee aus, in unserem Raum in Hamburg-Wilhelmsburg.

Anzeige

ArchivCD.4

8 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2010 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2012 - Das alternative Adressbuch **und**
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

TECHNIKBRACHE WIRD ZUM NATURPARK – EIN UMWELTPROJEKT AUF MALTA

Xrobb l-Ghagin

Der Name ist für Nichtmalteser schwer auszusprechen. Xrobb l-Ghagin (etwa: Schrobb l-aadschiin) wird die kleine Halbinsel im Südosten Maltas genannt. Sie liegt in der Nähe des Hafens Marsaxlokk und auch unweit von Delimara, dem größten – mit schwerem Heizöl betriebenen – Kraftwerk der Insel.

Von Hans Weber, Redaktion Göttingen ● Während des Zweiten Weltkriegs befanden sich dort Fliegerabwehrstellungen der Alliierten, zwischen 1971 und 1996 wurde das Gelände für eine Relaisstation der Deutschen Welle genutzt. Damals stand hier ein regelrechter Antennenwald für die Kurz- und Mittelwellensender der DW. Nach der Schließung wurden die Antennen und technischen Geräte zwar abgebaut, die Gebäude blieben jedoch stehen. Allerdings verfiel die Anlage zusehends.

»Im Laufe der Zeit wurde alles gestohlen, was man mitnehmen konnte«, sagt Vincent Attard. Er ist »Executive President« von Nature Trust Malta (NTM) und für das verantwortlich, was heute aus der einstigen »Technikbrache« geworden ist. »Xrobb l-Ghagin Nature Park and Sustainable Development Centre« lautet, etwas sperrig, der Name dieses einzigartigen Projektes.

Ein Windrad der etwas anderen Art Foto: Hans Weber

Der Nature Trust ist eine lokale Naturschutzorganisation, die im Dezember diesen Jahres schon ihr 50jähriges Bestehen feiert. Gegründet wurde sie 1962 als »Natural History Society of Malta«, ab 1972 »Society for Study and Conservation of Nature«. Der heutige Name entstand nach der Fusion mit zwei weiteren Umweltorganisationen (»Arbor« und »Verde«) im Jahr 1999. Vincent Attard war dort bereits seit seiner Studienzeit ehrenamtlich aktiv. Im Jahr 2006, als der NTM zu einer professionell geführten NGO umgestaltet wurde, gab er seinen Job als Banker auf und übernahm hauptamtlich die Geschäftsführung.

Das ehemalige DW-Gelände war zum Schandfleck in der Landschaft geworden. Das fiel selbst der maltesischen Regierung auf, die es seit 2005 für eine Aufforstung vorsah. Der NTM, und besonders sein Schatzmeister Orland Bonavia (heute Projektkoordinator), entwickelten daraufhin ein Konzept, das weit über die bloße Renaturierung hinausging. Es gelang, bei verschiedenen maltesischen Firmen, aber auch bei internationalen Organisationen Mittel einzuwerben. So wurde das Projekt u.a. von der norwegischen Regierung und der European Economic Area (neben Norwegen noch Island und Liechtenstein) unterstützt.

Der Wiederaufbau startete im Jahr 2006 mit der Aufforstung. Mehr als 15.000 einheimische Bäume und Sträucher wurden im Lauf von drei Jahren gepflanzt. Mehrere hundert Studenten leisteten diese Arbeit ehrenamtlich. Im folgenden Jahr wurde das Gebiet durch einen Vertrag von der Regierung in die Verantwortung des NTM gegeben und es begann die eigentliche Aufbauphase, die bis Anfang des Jahres 2011 andauern sollte. Die alten Gebäude der Deutschen Welle wurden nicht abgerissen, sondern renoviert und umweltgerecht umgebaut. Attard spricht den Erbauern aus den siebziger Jahren sogar ein Lob aus. Die Energieeffizienz sei für damalige Verhältnisse erstaunlich gewesen.

Foto: Hans Weber

Forschung – Erziehung – Erlebnis

Am 8. April 2011 fand die Eröffnung statt. Xrobb l-Ghagin ist heute zugleich ein Naturpark, ein Schulungszentrum und eine Forschungseinrichtung. Forschung, Umwelterziehung und Naturerlebnis sollen hier zusammenkommen. Das Konzept des Projektes gründet sich auf drei Säulen: Erneuerbare Energien, Wasser/Abwasserwirtschaft und Biodiversität.

Der Naturpark stellt ursprüngliche, auf der Insel früher überall vorhandene Lebensräume dar. Er gliedert sich in drei unterschiedliche Habitate. Erstens eine mediterrane Waldlandschaft mit Tamariske und Aleppofichte als vorherrschenden Baumarten; zum zweiten ein Steppenhabitat, in dem vornehmlich Gräser, kleinere Sträucher und Büsche wachsen. Der dritte Teil wird als »Garigue« bezeichnet. Das ist ein karges Strauchheideland auf einem felsigen, sehr flachgründigen Boden, das nach der FFH-Richtlinie der EU als gefährdet und besonders schützenswert gilt. Dieser Teil befindet sich vornehmlich in der Nähe der nicht ungefährlichen Klippen.

In allen drei Teilen finden sich Pflanzenarten, die zum Teil nur hier oder zumindest nur auf Malta vorkommen. Dazu gehören der Maltesische Salzstrauch (Darniella melitensis) und mehrere Orchideenarten.

Inmitten des Parkes liegt der alte Gebäudekomplex der DW. Früher wurde er für die Sendetechnik und zur Unterkunft der dort beschäftigten Ingenieure und Techniker genutzt. Heute befinden sich hier die Büros der Projektleitung, verschiedene Schulungsräume, ein Konferenzsaal und neuerdings auch ein Hostel. Auch die für die Versorgung notwendige Technik ist hier untergebracht.

Die Energieversorgung des Zentrums erfolgt mit Sonnen- und Windenergie. Die Sonne dient hier sowohl der Wärmegewinnung als auch der Stromerzeugung, zusätzlich wurden mehrere Windkraftanlagen installiert. Neben der Selbstversorgung dienen die Anlagen auch zu Forschungszwecken. So werden zwei verschiedene Arten von Windturbinen verwendet und »gegeneinander« getestet. Die einen haben eine horizontale Achse (HAWT). Das sind die Windräder so wie wir sie kennen. Es gibt aber noch eine andere Bauart: die mit vertikaler Achse (VAWT). Das Forschungszentrum vergleicht die Eigenschaften und Leistungen der beiden Bauarten. Die VAWT sollen für kleinere Projekte und in Wohngebieten besser geeignet sein, können bei schwierigeren Windverhältnissen betrieben werden und müssten nicht so hoch installiert werden. Dafür sind die HAWT im Dauerbetrieb energieeffizienter.

Auch im Bereich Photovoltaik wird geforscht: man arbeitet deshalb mit verschiedenen Varianten von Photozellen (Polykristallin, Monokristallin, Dünnfilm).

Die Station versorgt sich nicht nur selbst, sondern produziert zusätzlichen Strom, der ins Netz eingespeist wird. Nicht ohne Genugtuung bemerkt Vincent Attard, dass seine Anlage – in Sichtweite der Dreckschleuder Delimara – sauberen Strom produziert.

Die Anlage besitzt auch einen eigenen Wasserkreislauf. In einem großen Reservoir wird Regenwasser gesammelt, das für die Duschen, Toiletten und Waschmaschinen eingesetzt wird. Abwasser wird nicht mehr, wie zu Zeiten der Deutschen Welle, ins Meer geleitet, sondern nach Aufbereitung zur Bewässerung der umliegenden Parkanlage eingesetzt.

Zweiter Schwerpunkt des Projektes ist die Umwelterziehung. Das Angebot richtet sich vor allem an Schüler und Studenten. Die Anlage ist als solche ja schon ein lohnendes Studienobjekt. Ein Umweltlehrpfad gehört ebenso dazu wie Exkursionen in die nähere Umgebung mit ihrer spezifischen Flora und Fauna. Der NMT organisiert verschiedene Kurse, zum Beispiel in Meeresbiologie und Naturgeschichte. Und auch für die Kleinsten ist etwas dabei: Kinder ab drei Jahren sollen spielerisch an Umweltthemen herangeführt werden. Für Veranstaltungen von Schulen und anderen Organisationen stellt das Zentrum Räumlichkeiten bereit – vom kleinen Seminarraum für zehn Teilnehmer bis zum Konferenzsaal, der 110 Plätze bietet.

Auf dem Gelände befindet sich ein Hostel mit 30 Betten. Es dient als Unterkunft für Teilnehmer mehrtägiger Kurse, Schüler und Studenten aus dem In- und Ausland. Wenn Plätze frei sind, kann aber jeder hier herkommen und übernachten. Ausdrücklich richtet sich das Angebot auch an Familien mit Kindern.

Doch auch Tagesausflügler sind willkommen, auch solche, die »nur mal schauen wollen«. Das Zentrum ist für Besucher geöffnet – Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen von 8 bis 17 Uhr.

Der Betrieb des Zentrums wäre nicht möglich ohne die Arbeit der Ehrenamtlichen und Freiwilligen, der »Volunteers« und Praktikanten aus Malta selbst und aus allen Teilen Europas. Mit dem, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde, ist Vincent Attard zwar zufrieden; abgeschlossen ist das Projekt aber noch lange nicht. »Phase 2 hat gerade erst begonnen«. Eine Auffangstation für verletzte Wildtiere steht als nächstes auf dem Programm. Vor allem Vögel, aber auch Schildkröten und sogar Delfine werden zu den »Patienten« gehören.

Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es auf den Webseiten www.naturetrustmalta.org und www.xrobblghagin.org.mt, welche allerdings leider zurzeit nicht auf dem neuesten Stand sind.●

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 34 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Racial Profiling und rassistische Polizeigewalt

Kann ich's nicht sehn, ist's nicht passiert?!?

Seit dem Urteil des Koblenzer Verwaltungsgerichts, dass Beamten der Bundespolizei erlaubte, auf Bahnstrecken, die Ausländern zur unerlaubten Einreise oder zu Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetzt dienen, auch verdachtsunabhängig und nach dem äußeren Erscheinungsbild zu kontrollieren, wird das Thema des Racial Profiling wieder vermehrt diskutiert. Dabei ist Racial Profiling seit langem gängige Polizeipraxis, gehört zum bundesdeutschen Alltag und bezeichnet die Erstellung eines »Verdächtigenprofils«, bei dem Merkmale wie Hautfarbe, Haarfarbe oder religiöse Symbole, meist in Zusammenwirkung mit Faktoren wie Gender, Klasse und Alter, maßgeblich handlungsleitend für polizeiliche Kontrollen, Durchsuchungen, Ermittlungen und Überwachungen werden.

Ein konkretes Beispiel ist die »Rasterfahndung« im Zusammenhang des »Kampfes gegen den Terror«, welche die typische Abwesenheit von konkretem strafrechtsrelevantem Verhalten verdächtiger Personen zeigt. Aber auch jenseits von dokumentierten Beispielen trifft die sogenannte verdachtsunabhängige Kontrolle vor allem Menschen, die den Polizisten als »fremd« erscheinen. Diese Schikanierung in Form von selektiven Kontrollen, stellt dabei nur den Anfang der Bandbreite von rassistisch institutionalisierten Praxen dar, die bis zu körperlichen, psychischen und sexuellen Misshandlungen und Mord reichen. Die Todesumstände von Oury Jalloh, Slieman Hamade, Lyla Condé und Christy Schwundeck zeugen davon, dass es sich kaum um Einzelfälle und tragische Ausnahmen oder individuelle Fehlleistungen von PolizeibeamtInnen handeln kann.

KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt

Seit ihrem Bestehen 2002 setzt sich die Kampagne kontinuierlich mit dem Thema rassistischer Polizeigewalt und Racial Profiling auseinander und dokumentiert detailliert Fälle, in denen Menschen von Polizisten diskriminiert werden. Neben der Dokumentation findet man auf der Internetseite zudem eine Broschüre »Was tun bei rassistischen Polizeiübergriffen?«. Darüber hinaus haben sie einen Rechtshilfefond gegründet, mit dem sie Opfer unterstützen. Sie beraten und fordern seit langem die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz, um institutionellen Rassismus innerhalb der Polizei wirksamer bekämpfen zu können.

Im Oktober 2012 plant die Initiative eine Abendveranstaltung mit anschließender Tagung, unter dem Namen »Racial Profiling – The Color of guilt and innocence – Reloaded«. Diese bezieht sich auf eine bereits im März 2009 durchgeführte Veranstaltung. Da Racial Profiling und institutioneller Rassismus innerhalb der Polizei von politischen Entscheidungsträgern weiterhin beständig geleugnet wird, soll die Abendveranstaltung eine vergleichende Perspektive in Hinblick auf den aktuellen Forschungsstand geben, wofür internationale ReferentInnen u.a. Angela Davis aus Washington und Liz Fekete aus London, eingeladen werden. Die Tagung mit verschiedenen Workshops zu Möglichkeiten der juristischen Vertretung Betroffener, Aufklärung zur gesetzlichen Grundlage, Folgen von Polizeigewalt und zum Widerstandsparagraph, richtet sich an ein breit gefächertes Publikum, um den Erfahrungsaustausch sowie die Vernetzung zu fördern.●

Weitere Informationen unter: www.kop-berlin.de

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

LOSSEHOF

Mein neues Leben in der Kommune

In unserer Sommerausgabe veröffentlichten wir einen Aufruf zu Austausch und Auseinandersetzung mit der im Frühjahr 2012 gestarteten Kommune, die aus dem »Los geht's 2011«-Treffen zu Pfingsten 2011 hervorging. Die VeranstalterInnen – das Kommuja-Netzwerk – hatten damals die Idee, ihr traditionelles Treffen auf einem zum Verkauf stehenden Hof zu veranstalten. Nachstehend ein Bericht über das bisherige Geschehen.

Von Claudia Herbst, Lossehof ● Hier will ich berichten, wie sich die Dinge in unserer frisch gegründeten Kommune entwickeln. Der Lossehof liegt in Oberkaufungen bei Kassel, in direkter Nachbarschaft zu den drei weiteren Kommunen Niederkaufungen, gASTWERKe und Villa Locomuna.

Ein einjähriger Gründungsprozess liegt nun hinter uns und seit Mai 2012 können wir nach und nach in unsere provisorischen Unterkünfte einziehen. Denn leider ist der Hof unserer Träume noch nicht bewohnbar. Nach einer reinen Planungsphase gehen wir jetzt von der Theorie zur Praxis über: Unser gemeinsamer Kommune-Alltag ist jetzt Wirklichkeit geworden.

Zunächst will ich erzählen, wie unser Gründungsprozess abgelaufen ist. Es geht um die Zeitspanne zwischen Frühjahr 2011 und Frühjahr 2012. Zu Pfingsten 2011 fand das »Los Geht's Kommune Treffen« auf unserem jetzt gekauften Hof statt. Ein paar Niederkaufunger Kommunarden wollten dort etwas Neues wagen und fanden ca. 30 begeisterte Menschen, die sich ins Abenteuer stürzen und ein neues Kommune-Projekt entwickeln wollten.

Aus dieser Gruppe entstand allmählich ein fester Stamm von Leuten. Einige gingen, andere kamen. Wir trafen uns regelmäßig ungefähr alle 3 Wochenenden. Anfangs zelteten wir auf der Obstwiese am Lossehof. Für mich war es eine elende Schlepperei: Ich sehe mich noch an manchem Freitag, bepackt mit unserem Zelt, drei Schlafsäcken, drei Isomatten und einem Tramperrucksack voller Kleider für meine Kinder und mich, plus der Wochenendration Windeln, auf den Kinderwagen gestützt, in Hamburg zur S-Bahn-Station Reeperbahn watscheln. Mangels Fahrstuhl gewöhnte ich mir schnell an, kaum an der Treppe angelangt, sofort um Hilfe zu brüllen. Das klappte gut. Als es zu kalt wurde, um auf dem Hof zu zelten, durften wir die Räume der Freien Schule in Kassel für unsere Treffen nutzen.

Neben den Treffen war das Internet unser wichtigstes Vernetzungs-Instrument. Wir richteten eine E-Mail-Liste ein, stimmten unsere Termine über Doodle ab und organisierten unseren Austausch im Riseup-Wiki. Wir bildeten Arbeitsgruppen (AGs) zu verschiedenen Themen und tauschten uns auf zusätzlichen Treffen, per E-Mail und Telefonkonferenz aus. Die Ergebnisse unserer Überlegungen stellten wir dann der Gesamtgruppe im Plenum vor.

Thematisch lässt sich unsere Arbeit in drei große Bereiche gliedern, die sich zum Teil überschneiden:

1. Pragmatisches (Finanzen, Kaufverhandlungen, Organisation der Treffen, Arbeitsbereiche abstecken);
2. Politisch-Weltanschauliches (Gemeinsame Ziele, Sinn und Zweck der Kommune, gemeinsame (?) politische Praxis);
3. Soziales (Entwicklung eines Entscheidungsfindungsmodells mit verschiedenen Varianten, Spiele, Spaß und Albernheiten, Konfliktbearbeitung, Aufnahme von Neuen, Bildung einer festen Gründungsgruppe).

Die zentrale Frage, die wir uns immer wieder stellten, lautete: Was brauchen wir jetzt, damit die Gruppe gut weiter bestehen kann? Zum Beispiel: Eine Finanzberatung? Ein Baugutachten? Einen Termin bei der Therapeutin? Ein gnadenlos albernes Spiel? Ein Gespräch unter vier Augen? Ein Gespräch mit einer vermittelnden Person? Kinderbetreuung? Mehr Informationen zu einem bestimmten Thema?

An manchen Punkten lagen unsere Ansichten darüber, was nun an der Zeit und gut sei, teils weit auseinander. Es gab und gibt unterschiedliche Einschätzungen zu unserem finanziellen Druck, unterschiedliche Ansprüche an die Genauigkeit und auch Dringlichkeit unserer Beschlüsse, sich entgegenstehende Wünsche nach Intimität oder Offenheit. Für uns Einzelne heißt das abzuwägen: Wie wichtig sind mir meine derzeitigen Bedürfnisse? Was betrachte ich als dringend notwendig dafür, dass ich darauf vertrauen kann, dass die Gruppe insgesamt eine gute Entwicklung nimmt und es auch in meinem Sinne vorwärts geht? Muss ich etwas einfordern, weil dieser Wunsch mir sehr dringlich ist? Kann ich mein Bedürfnis im Interesse der Gruppe oder einzelner KommunardInnen zurückstellen? Wo mache ich auf keinen Fall Kompromisse? Was will ich in der Verantwortung der Einzelnen lassen? Wofür möchte ich in der Gruppe verbindliche Richtlinien und Strukturen entwickeln? Und wie um Himmels Willen behalte ich hier den Überblick?

In der Schlussphase unseres Gründungsprozesses gab es einige besonders wichtige Schritte:

• Einzelgespräche: An einem Wochenende nahmen wir uns Zeit, uns gegenseitig zu sagen, was wir aneinander schätzen, wo wir Konfliktpotential sehen und wo wir tatsächlich schon Schwierigkeiten im Umgang miteinander hatten oder haben.

Foto: Lossehof e.V.

• Selbsteinschätzung zu den Fragen: Traue ich mir jetzt und mit dieser Gruppe unter diesen Umständen zu, eine Kommune zu gründen? Was fehlt mir eventuell? Passt es überhaupt? Am Ende fanden alle ihren Platz: in der Gründungsgruppe, als noch unentschiedene Interessierte oder ganz außerhalb der Kommune.
• Kaufverhandlungen: Unsere Finanzarbeitsgruppe bereitete eine Übersicht über unser voraussichtliches Einkommen incl. Fördergelder vor. Daraus entwickelten wir ein Mandat für die Verhandlungsgruppe, die mit dem Vertreter der Erbengemeinschaft des Hofs um den Preis verhandelte.

Nachdem wir uns als Gruppe gefestigt hatten und die Kaufverhandlungen abgeschlossen waren, luden wir zu Pfingsten 2012 neue Interessierte ein, uns und unser Projekt kennen zu lernen. Einige davon sind wieder gekommen oder sagten uns, dass sie kommen wollen. Andere haben auch von uns erfahren und kommen mit ihren Schlafsäcken und Rucksäcken und Ideen zu uns. Während wir also an unseren Übergangsunterkünften werkeln, die Kinder füttern und unsere Privat-Finanzen aufdröseln und in die gemeinsame Ökonomie überführen, sehen wir nicht selten ein neues neugieriges Gesicht.

Schwankend zwischen Stolz und Scham führen wir die Neuen, Freunde und Bekannte über den Hof und durch die WGs. Ja – was für ein schönes Fachwerkhaus. Igitt – ne Mäusefalle. Haha – schlau gesagt, lieber Mitbewohner. Au weia – da lässt aber wieder jemand platte Sprüche ab. Was für ein toller selbst gemachter Brotaufstrich! Wo kommt eigentlich die Mayonnaise mit den Eiern von gequälten Hühnern her?

Mit dem Zusammenleben treten neue Fragen in den Vordergrund. Wir sind enger zusammen gerückt, freuen uns aneinander und nerven uns gewaltig. Vieles wird verbindlicher. Manche Hoffnungen werden bestätigt und manche enttäuscht. Und es gibt immer wieder überraschend neue (feine) Züge an den anderen zu entdecken. Für einige von uns ist es ganz neu, ständig mit so vielen Menschen zu tun zu haben. Auch unsere Wohnumstände sind zum Teil radikal anders als vorher. Ich tauschte meine lichtdurchflutete Hamburger Neubauwohnung gegen ein muffiges dunkles Haus ein. Der Vormieter hat es sich nach seinem Geschmack umgebaut und es erinnert mich in vieler Hinsicht an einen Partykeller aus den Siebziger Jahren. Statt der Hauptverkehrsstraße führt jetzt ein Spazierweg an meinem Fenster vorbei und erheiternde und mysteriöse Gesprächsfetzen der HundespaziergängerInnen beflügeln meine geistige Vorstellungskraft. Eine Quelle hinter dem Haus plätschert mir jeden Abend ein idyllisches Schlaflied.

Die gesamte Gruppe lebt zur Zeit auf 4 Wohngemeinschaften in verschiedenen Häusern verteilt. Das bringt es mit sich, dass die WGs im Moment einen höheren Stellenwert im Zusammenleben haben als später, wenn wir alle auf dem Hof wohnen wollen. Neben dem wöchentlichen Plenum ergibt sich nicht immer die Gelegenheit alle Projekt-Mitglieder zu treffen. Das Plenum veranstalten wir zur Zeit abwechselnd abends und vormittags, damit sowohl unsere Leute dabei sein können, die vormittags arbeiten, als auch alle, die abends die Kinder ins Bett bringen. Zusätzlich machen wir nach wie vor unsere Gruppenwochenenden, um größere Themen zu bearbeiten und den Kontakt untereinander zu pflegen, jenseits der üblichen Alltagslasten.

Ich bin gespannt, wie sich unsere Kommune auf den verschiedenen Standorten mit der Zeit entwickeln wird. Wer zieht längerfristig in welche WG? Wer kommt neu dazu? Gründen wir noch eine fünfte WG? Wann ist der Hof so weit fertig, dass Leute einziehen können? Wer zieht als erstes dort ein?

Neben der Hofbaustelle und den kleineren Baustellen in unseren Übergangswohnungen gibt es noch vieles andere zu tun. Auf unserer langen Themen-Liste stehen als nächstes unter anderem:

- Gewaltfreie Kommunikation üben;
- Struktur und Arbeitsprofil für unsere gemeinsame Verwaltung erstellen;
- unsere Bauvorhaben nach Dringlichkeit sortieren;
- ein Umzug;
- Anschaffung von Autos;
- Ordnung schaffen und eine Übersicht erstellen, was wo aufbewahrt werden soll;
- Direktkredite werben (Hast du etwa Geld zu verleihen? Dann schau dir mal auf unserer Website an, wie du es bei uns anlegen kannst...).

Neugierige sind herzlich willkommen und wir suchen nach wie vor noch EinsteigerInnen. Aber bitte meldet Euch vorher an. Wir möchten uns nämlich sicher sein, dass wir auch Zeit für Euch haben. Wäre doch blöde, wenn ihr am Ende allein am Frühstückstisch sitzt, oder?●

Kontakt:
Lossehof e.V., An der Losse 13, 34260 Kaufungen
Tel. (0 56 05) 919 02 19 und (01 76) 62 99 61 42
Web: www.lossehof.de
E-Mail: info@lossehof.de

BOLIVIEN

»Wasserkrieg« in Cochabamba

Interview mit Lucia Fernandez über die Hintergründe des preisgekrönten Filmes »Und dann der Regen«, der in ihrer Heimatstadt in Bolivien spielt.

Lucia Fernandez, die derzeit im Rahmen eines internationalen Freiwilligen-Austausches in Deutschland weilt, stammt aus Cochabamba, der Stadt in Bolivien, in der der Film »Und dann der Regen« spielt. Uwe Ciesla interviewte die junge Bolivianerin zu dem Film und den wahren Begebenheiten, auf die sich dieser bezieht.

Lucia, du hast den Film in Bolivien gesehen. Wovon handelt er?

»Und dann der Regen« handelt von einem spanischen Filmteam, dass die Eroberung des amerikanischen Kontinents durch Christoph Kolumbus aus einer kritischen Perspektive zeigen will. Die Filmemacher werden dabei mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen konfrontiert, weil die Regierung die Wasserversorgung an einen Konzern aus den USA verkauft hat. Der Film stellt zwei Arten von Kolonisation gegenüber: Früher waren es die Eroberer, heute sind es multinationale Firmen, die versuchen, die Kontrolle zu übernehmen.

Was ist in dem sogenannten »Wasserkrieg« tatsächlich passiert?

In Cochabamba, der Stadt, aus der ich komme, gab es im Jahr 2000 eine große Trockenzeit. Die Stadtwerke waren schlecht organisiert und die Technik war veraltet, sodass es nur im Zentrum, und dort auch nur stundenweise, fließendes Wasser gab. In den ärmeren Vororten und auf dem Land gab es nur ein paar Brunnen, aus denen das Wasser geschleppt werden musste. Deshalb wurde der Vertrag mit dem Konzern abgeschlossen. Dieser hat als erstes die Preise verdoppelt, um die Versorgung verbessern zu können. Es wurde aber nicht darüber nachgedacht, dass viele Menschen diese Preise gar nicht bezahlen konnten und somit komplett von der Wasserversorgung ausgeschlossen waren. Daraufhin gab es viele Demonstrationen, auf die mit Repressionen reagiert wurde, sodass die Stimmung auf beiden Seiten immer aggressiver wurde. Es war sehr gefährlich und es gab einen Toten und viele Verletzte, bis die Stadt den Vertrag wieder aufgelöst hat.

Was hast du damals von den Ereignissen mitbekommen?

Ich war zehn Jahre alt, wohnte im Norden von Cochabamba und habe dadurch nicht soviel direkt mitbekommen. Irgendwann fiel dann durch die Unruhen in der ganzen Stadt die Schule aus, das fand ich als Kind ganz gut. Meine Oma, meine Tante und meine Cousine wohnten jedoch direkt im Zentrum und hatten sehr viel Angst. Meine damals schwangere Mutter blieb irgendwann zu Hause, weil es zu gefährlich für sie war, zur Arbeit zu fahren.

Wie ging der Streit aus?

Die Firma war natürlich sauer und wollte Entschädigungen für den Vertragsbruch und Rückerstattung ihrer Investitionen. Die UNO hat sich dann dafür eingesetzt, dass Bolivien nicht zahlen musste. Es wurde eine neue Organisation gegründet, mit demokratischeren Strukturen. Dadurch ist die Versorgung etwas besser geworden, aber es gibt weiterhin viele Probleme.

Spürt man sonst noch Auswirkungen aus dem »Wasserkrieg«?

Die damaligen Ereignisse werden heute im Schulunterricht behandelt, so dass auch die jungen Leute darüber Bescheid wissen. Ich glaube auch die Haltung der Menschen hat sich dadurch geändert. Sie lassen sich nicht mehr alles gefallen. In Cochabamba gibt es deutlich mehr Demonstrationen als in anderen Städten Boliviens.

Findest du die Ereignisse werden im Film realistisch dargestellt? Was hat dir gefallen und was nicht so?

Du darfst den Film nicht als Dokumentation sehen. Dennoch macht er viele reale Dinge deutlich. Insbesondere die Repression wird sehr realistisch und eindringlich dargestellt. Der Film hat viele unterschiedliche Ebenen. Interessant ist z.B. die Gegenüberstellung der Rollen der Schauspieler und ihr Verhalten während des Konflikts. Sie geraten dabei selbst in Widersprüche und zeigen exemplarisch, wie schwer es ist, sich in eine andere Perspektive hineinzuversetzen. Das Ende ist mir allerdings zu hollywoodmäßig und macht dadurch die Aussage des Filmes wieder etwas kaputt. Trotzdem ist es insgesamt ein sehr guter Film.●

Tipp:
Auf der Homepage www.und-dann-der-regen.de sind die Kinotermine zu finden.

EIN BEISPIEL AUF DEM EHEMALIGEN FLUGHAFEN BERLIN-TEMPELHOF

Das Zurückfordern der Allmenden

Am 16. April 2011 begann das Projekt »Allmende-Kontor« auf dem ehemaligen Tempelhofer Flughafen. Binnen eines Jahres entwickelte sich der wildkreative Gemeinschaftsgarten des »Allmende-Kontors« zu einem der neuen Anziehungspunkte Berlins. Neben unendlichen Heerscharen von Journalisten aus dem In- und Ausland, Stadtplaner- und Studentengruppen aus allen Fächern und aus aller Herren Länder, würdigte zuletzt die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Aigner das Projekt mit ihrem Besuch, mit einem ganzen Bus voller Journalisten im Gefolge.

Von Elisabeth Meyer-Renschhausen ● Heute gilt der Garten des »Allmende-Kontors« am Rand des Problembezirks Neukölln als eine der »größten Hochbeeteanlagen der Welt«. Etwa 300 Hochbeete werden von ca. 700 Gärtnern gepflegt. Eine 13-köpfige Organisationsgruppe sorgt für die notwendigen Rahmenbedingungen und eine vielleicht 20köpfige »Vorortgruppe« sorgt reihum dafür, dass die beiden großen Wassertanks täglich gefüllt werden, und vieles andere. Am 16. April 2011 durfte die Gruppe »Allmende-Kontor« mit dem Bauen der ersten Hochbeete beginnen, obwohl sie sich mit der senatseigenen »GrünBerlin« Parkentwicklungs-Firma noch nicht auf einen Pacht- resp. Nutzungs-Vertragstext hatte einigen können. Der erste Vertragsentwurf versuchte einseitig sämtliche Lasten den Bürgern zuzuschieben, ohne zu berücksichtigen, dass ehrenamtlich arbeitende Bürger und Bürgerinnen keineswegs notwendig Abkömmlinge reicher Patrizierhäuser sind. Aber Mitte Mai sollten die neuen Pionier-Projekte auf der neu nun so genannten »Tempelhofer Freiheit« seitens der Senatorin (Ministerin) Frau Junge-Reyer offiziell feierlich eröffnet werden und da sollte »schon etwas zu sehen sein«. Es sollte noch Monate dauern, bis man sich nach zähem Ringen auf einen Vertrags-Text geeinigt hatte.

Gemeinschaftsgärten am ehemaligen Neuköllner Sportgelände

Das »Allmende-Kontor« hatte sich zusammen, resp. parallel, mit anderen Bürger-Initiativen wie dem »Schillerkiez« oder der Gruppe »Rübezahl« um eine Pionierfläche auf dem Tempelhofer Feld beworben. Für die sozialen, ehrenamtlich betriebenen Projekte hielt die für die »Entwicklung« des Geländes

Foto: E. Meyer-Renschhausen

zuständige senatseigene »Tempelhof Projekt GmbH« Landabschnitte auf der Ostseite des Geländes vor. Dieser Teil des Geländes gehört im Gegensatz zum größten Teil der Fläche zum Bezirk Neukölln. Er bot in den 1920ern Sport-, Spiel- und Grünflächen für die örtliche Bevölkerung. Eine Prachttreppe, die von der Oderstraße auf das Gelände führt, zeugt noch heute von der ehemaligen Nutzung als Erholungsfläche. Erst die so genannte Luftbrücke ab 1953, als die Westberliner Bevölkerung zeitweilig per Flugzeug aus der Luft versorgt werden musste, machte eine Verlängerung der Start- und Landebahnen nötig, dem das Neuköllner Erholungsgebiet zu Opfer fiel. Lediglich eine Sporthalle, das Columbiabad und einige wenige Kleingärten blieben von der ehemaligen Erholungsfläche übrig.

Nun aber sollte eben diese Fläche »Pionier-Projekten« zur Zwischennutzung geöffnet werden. Dabei macht man sich die Erkenntnisse vor allem der US-amerikanischen Stadtsoziologie zu nutze: so genannte »Pioniergruppen«, meistens junge Leute, StudentInnen und KünstlerInnen mit geringen Einkünften trauen sich, in einen vernachlässigten Stadtteil zu ziehen. Durch viel Eigenarbeit gelingt es ihnen, ihren Bezirk wieder lebenswert zu machen, in Ökonomensprache »aufzuwerten«. Schließlich »entdecken« die Investoren das »aufgewertete« Quartier. Sie vertreiben mit mancherlei Tricks die Mieter, darunter die meisten der Pioniere, um es maximal »verwerten« zu können. Kurzum: das Viertel wird »gentrifiziert«(= veredelt).

Im Fall des Tempelhofer Feldes geht es nach momentaner Planung darum, daß die Pioniergruppe laut Infotafeln bis 2016 die etwas eintönigen Rasenflächen belebt. Das bunte Treiben soll, finanzkräftige Investoren anziehen, die bereit sind, das Gelände »zu entwickeln« und dem Land Berlin dafür tüchtig Gelder in die Taschen zu spülen.

To Reclaim the Commons

Obwohl der Gruppe »Allmende-Kontor« diese Zusammenhänge klar waren, ließ sie sich auf einen Vertrag

Foto: E. Meyer-Renschhausen

als »Zwischennutzerin« ein. Wieso? Der Gruppe »Allmende-Kontor« erschien es noch wichtiger, einen sichtbares Zeichen für das »To Reclaim the Commons« zu setzen. »To Reclaim the Commons« heißt die entsprechende Parole unter den Gemeinschaftsgärtnerinnen und -gärtnern der USA. Mitglieder der Gruppe hatten diese Informationen aus den USA mitgebracht.

Das »Allmende-Kontor« ließ sich also auf Zwischennutzung ein, mit dem Ziel, Politik und Behörden klar zu machen, dass der postmodernen halb-erwerbslosen Stadtgesellschaft vermehrt Land für den Eigenanbau von Gemüse zur Verfügung gestellt werden muss. Und dass die riesige Fläche des ehemaligen Flughafens deshalb nicht der Bauindustrie in den Rachen geworfen, sondern den Bürgern als eine »Allmende« zurückgegeben werden sollte.

Was heißt eigentlich »Allmende«?

Das altmodische Wort Allmende (die Allgemeine) bezeichnet eine Gemeindeflur, den Grundbesitz einer Dorfgemeinschaft. Oft waren das die so genannten »Ödländer«, die bis zur Neuzeit in Gemeinbesitz blieben. Im Mittelalter handelte es sich hierbei in Europa meistens um Wiesen, magere Ackerländer, Waldstücke oder Seen, die von allen Dorfbewohnern gemeinschaftlich bewirtschaftet wurden. Dazu gehörte scharfe Ahndung von Missbrauch, wie die Forschungen von Elinor Ostrom zeigen. Die Übertragung gemeinschaftlicher Flächen in herrschaftlichen bzw. privatwirtschaftlichen Besitz war einer der Auslöser für den deutschen Bauernkrieg ab 1525. In Preußen wurden die Allmenden im Zuge der »Bauernbefreiung« ab 1813 privatisiert. Die Folge war, dass die landlosen KleinhausbesitzerInnen in den Dörfern zu einer Hungerschicht wurden, die bald der städtischen Armenfürsorge zur Last fielen. In England zählen heute noch ca. 4% der Landfläche zu den Commons, in den Alpen werden viele Almen (Singular: Alm) weiterhin als Gemeingüter gehalten.

Nomadisches in Kisten Gärtnern

Da man seitens der zuständigen Stellen befürchtete, dass der Boden mit Giften aus dem Flugbetrieb verseucht wäre, untersagte man den temporären Gemüseanbauern in die Erde zu gehen. Das macht das Gärtnern nicht eben einfacher. Es mussten außer den Gerätschaften auch noch geeignete Pflanzgefäße und die Erde besorgt werden. Zudem musste die Wasserversorgung geregelt werden. Hochbeete trocknen sehr schnell aus. Merkwürdigerweise gelang der Gruppe von nur dreizehn Organisatorinnen und Organisatoren ausreichend gebrauchte Bretter, Kisten, zertifizierte Bio-Erde, Samen aus biologischer Erzeugung, Spaten und Schaufeln, Nägel und Hämmer zu beschaffen, so dass es losgehen konnte. Einer schenkte der Gruppe ein selbstgebautes, wunderbares, pinkfarben bemaltes Kinderhaus, was der Gruppe bald als Anschlagtafel diente. Einem anderen gelang es, eine Rettungsinsel geschenkt zu bekommen. Beides geriet im ersten Frühsommer unendlichen Kinderscharen zum Vergnügen.

Das Erstaunlichste war, dass es den meisten Neugärtnern und -gärtnerinnen des »Allmende-Kontors« offenbar überhaupt nichts ausmachte, sich erst einmal umständlich ein Beet zimmern zu müssen. Im Gegenteil. Von Stund' an war jedes Wochenende ein fröhliches Gehämmere zu hören, dem bald die erstaunlichsten Beetkreaturen entsprangen. Und kaum war das Kastenbeet fertig, wurde aus alten Bettgestellen u.ä. auch schon eine Bank daran gebaut. Bänke, die jedermann zur Verfügung stehen, um den abendlichen Sonnenuntergang im Westen jenseits des Feldes zu genießen. Vielleicht ist es sogar dieser Zwang, sich etwas bauen zu müssen, der bewirkt, dass die Gärtner des »Allmende-Kontors« überdurchschnittlich jung und männlich sind. Besonders erstaunt habe sie, meinte eine der KünstlerInnengruppe von der »Bienenbewegung« im Juli 2012 gegenüber der Verfasserin dieses Artikels, die soziale Vielfalt im »Allmende-Kontor«.

Tatsächlich sind unter den Gärtnerinnen und Gärtnern des »Allmende-Kontors« Menschen aus allen Alters- und Bildungsschichten zu finden. Zumindest ein Drittel der GärtnerInnen sind Menschen mit den unterschiedlichsten Muttersprachen. Die Menschen wuchsen etwa polnisch, spanischsprachig, türkisch-, kurdisch- oder arabischsprachig auf, oder plauderten in ihrer Kindheit auf Farsi oder Portugiesisch, Ungarisch

Foto: E. Meyer-Renschhausen

oder Thai, Niederländisch, Schwedisch oder Französisch. Nachdem im Frühsommer 2011 innerhalb von nur drei bis vier Monaten bereits 300 Holzbeete entstanden waren, verfügte die »Orga-Gruppe« einen »Baustopp«, um ein allzu planloses Zubauen der Fläche zu verhindern. Es kam damals außerdem zu den ersten Konflikten, weil einige Ältere bäuerlicher Herkunft sich am liebsten gleich ein ganzes Areal von der Größe eines Schrebergartens abgetrennt hätten. Immerhin kamen zu einigen Gartenpartys, zu denen die Orga-Gruppe alle per Email und Anschlag am rosa Häuschen eingeladen hatte, jeweils über hundert Menschen und brachten großzügig Speisen und Getränke mit.

Die Hauptaufgabe, aus einer so großen Gruppe eine funktionierende Gemeinschaft zu machen, steht der Gründerinnengruppe aber erst noch bevor. Aus der Forschung über »intentional communities« weiß man, dass das ab einer Größe von über 100 Menschen nicht eben leicht ist. Es wäre hilfreich, wenn die Behörden anerkennen würden, dass vorbildliche ökologische Gärtnerei im Sinne der Allgemeinheit nicht ohne deutliche Förderung zu haben ist. Die erfolgreichen Interkulturellen Gartenprojekte hatten fast alle (zumindest zeitweilig) honorierte KoordinatorInnen, die etwa traditionellen Landleuten peu à peu verständlich machten, wie nahe das alte Gärtnern der neuen Biogärtnerei ist und die sich um behutsame Integration der Gemeinschaftsgärten in eine Gewohnheitenfixierte Behördenlandschaft bemühten. Der zweite Teil des Namens des »Allmende-Kontors« zielt auf die Einrichtung einer Koordinatorenstelle nach dem Vorbild des New Yorker »GreenThumb«, was heute ein Teil der »Park- and Recreation«-Administration ist. Der Verein »workstation Ideenwerkstatt e.V.«, an den das »Allmende-Kontor« angedockt ist, solange noch keine eigenen Vereinsstrukturen existieren, funktioniert bereits ein wenig wie so eine Vernetzungsstelle.

Während noch vor einem dutzend Jahren sich auch grüne Bürgermeister nicht vorstellen konnten, dass man in innerstädtischen Parks »Community Gardens« würde durchsetzen können, ist ein Teil der Zuständigen davon jetzt überzeugt. Auch die landschaftsplanerische Idee aus den 1920er Jahren, den Kommunen Kosten zu ersparen, indem man einen Teil der Grünanlagen von (Klein-)Gärtnern besorgen lässt, erfährt angesichts klammer Kassen ein Revival.

Zuvor waren lange Jahre des »Redens in der Wüste« durchzustehen. Seit 1997 setzte sich die Berliner »Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land« für Subsistenzgärten für Erwerbslose ein. 1998 wurden »Gärten der Kulturen der Welt« für das Berliner Gleisdreieck gefordert. Im Jahr 2000 erschien der erste Sammelband zum Thema »Die Wiederkehr der Gärten«, 2002 der zweite, »Die Gärten der Frauen«. Der Tagungsband »Welternährung durch Ökolandbau – Die Agrarwende nimmt Formen an« wurde auf geheimnisvolle Art und Weise konfisziert. 2009 wurde die AG Kleinstlandwirtschaft auf dem McPlanet-Kongress in Berlin mit der Initiative »Squat Tempelhof« zusammengelegt. Gemeinsam erlernte man Samenbomben zu bauen – nach dem Vorbild der Green Guerilla von New York City. Ein Jahr nach der wesentlich von StudentInnen getragenen Aktion »Squat Tempelhof« im Juni 2009 öffnete das Land Berlin das Tempelhofer Feld für alle. Eine im April 2009 entstandene Jugendgruppe »Tempel-Gärten« jedoch gab wieder auf, es dauerte ihr zulange, bis es wiederum noch ein Jahr später endlich auch erlaubt wurde, auf dem Feld zu gärtnern.

Kurzum: Community gardening oder interkulturelle Gemeinschaftsgärtnerei ist mehr als nur in der Erde zu buddeln. Innerstädtischer Gemüseanbau wird zu dem Zeichen eines tätigen Protests. Eines Protestes gegen Finanzpolitiken, die die Gelder der Bürger via »Rettungspakete« den Banken zuschieben und gegen die autokratischen Herrschaftsbestrebungen der Monsantos dieser Welt. Gigantische Chemiefirmen, die sich, um ihre Pflanzengifte besser verkaufen zu können, auch die Saatgutbranche einverleibt haben.

Und so kehrt das, was bisher als informelle Selbsthilfeökonomie verachtet wurde, nämlich die Subsistenzlandwirtschaft in die Städte zurück. Neben innerstädtischen Oasen entstehen neue Sichtweisen auf unser Ernährungsverhalten im Rahmen einer umweltbewussten Stadtentwicklung. Es entsteht eine neue klimabewusste Reflexion der Herkunft unserer Lebensmittel. Der Gemüseanbau wird neben »dem Spaß am Vergnügen« zu einem Bedürfnis. Immer mehr Menschen trauen sich, mit anderen zusammen Brachen zu besetzen und zu probieren, wieder ernsthaft zu gärtnern. Leicht ist das nicht in Zeiten, da von den Finanzinstituten vor sich her geschobene Regierungen kaum noch ernsthafte Politik machen mögen. Politik und Verwaltungen vergeben innerstädtische Brachen daher gerne nur als eine Art gehobener Spielwiesen für Erwachsene zur temporären Zwischennutzung. So werden aus ehedem mal ehrwürdigen Stadtbürgern zwangsläufig Nomaden, die alle paar Jahre sich einen neuen Fleck zum Begärtnern suchen müssen. Aus Sesshaften werden Unstetige, aus Citoyens (Staatsbürgern) sozusagen Unstetige, »Zigeuner«.

Aber paradoxerweise werden über das Verteidigen-Müssen innerstädtischer Brachen bisher Randständige, Marginalisierte, zugleich zu Verteidigern der Demokratie. Gegen eine staatliche geförderte Politik einer unverantwortlichen Bodenspekulation fordern lustige Green Guerillas die Allmenden zurück. Eigenarbeit und Gemüseanbau ergreift so als »Idee, die in der Luft liegt«, breiteste Bevölkerungsschichten. Die Generation Internet »goes green« heißt das ja wohl in der Kurzsprache von Twitter, Facebook und Co.●

www.allmende-kontor.de

NACHWUCHSWERBUNG

ANTIMILITARISMUS

Rekruten aus dem Klassenraum

Die Bundeswehr sucht in Schulen nach Zustimmung und neuen Rekruten

9.350 Freiwillig Wehrdienstleistende konnte die deutsche Armee ein Jahr nach Aussetzung – und damit de facto Abschaffung – der Wehrpflicht gewinnen. Die Bundeswehr feiert und ließ dazu über die Medien positive Nachrichten verbreiten: es gebe keinen Nachwuchsmangel, der Dienst als Soldat sei beliebt. Doch wie konnte die Bundeswehr so viele neue Rekruten gewinnen? Und ist die Zahl der Freiwillig Wehrdienstleistenden wirklich ein Erfolg?

Von Michael Schulze von Glaßer ● »Die Schule ist der richtige Ort, an dem wir junge Menschen erreichen«, gab schon der ehemalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg den künftigen Kurs der militärischen Nachwuchsgewinnung vor. Auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Reserveoffizier und Verantwortlicher für den Entwurf der Bundeswehr-Reform, Franz-Jürgen Weise sprach sich für dieses Ziel aus: »Wichtig ist (neben der allgemeinen Werbung für die Armee), dass man das Thema Bundeswehr verstärkt in die Schulen trägt.« Der aktuelle Verteidigungsminister Thomas de Maizière setzt das Gesagte in die Tat um, denn: in Schulen sitzt potentieller Bundeswehr-Nachwuchs, und wenn die Kinder und Jugendlichen nicht für den Dienst an der Waffe geworben werden können, so sollen sie wenigstens von der Armee und ihren Einsätzen überzeugt werden. Auf Dauer soll die deutsche Bevölkerung – im Gegensatz zu heute – hinter deutschen Militärinterventionen im Ausland stehen und wieder »stolz« auf ihre Soldaten sein. Zur Werbung an Schulen hat die Bundeswehr mittlerweile eine ganze Palette an Propagandawerkzeugen entwickelt:

• Jugendoffiziere sollen zwar offiziell nur über Sicherheitspolitik informieren, machen aber de facto Werbung für die Bundeswehr. Die bundesweit 94 hauptamtlichen und 300 nebenamtlichen, rhetorisch geschulten Soldaten halten Vorträge an Schulen, führen Klassenbesuche in Kasernen durch oder spielen mit Schülern das Simulationsspiel »POL&IS«. Bei 9.253 Veranstaltungen haben die Jugendoffiziere im letzten Jahr 130.460 Schülerinnen und Schüler erreicht.

• Die bundesweit etwa 360 Wehrdienstberater werben direkt für den Dienst in der Armee. Im Jahr 2010 fanden 12.935 Werbeveranstaltungen von Wehrdienstberatern mit 196.075 jungen TeilnehmerInnen an Schulen statt.

• Beim Simulationsspiel »POL&IS« schlüpfen bis zu 55 SpielerInnen in Rollen von Staats- und Regierungschefs sowie NGO-Vertretern, um Weltpolitik nachzuspielen. Angeleitet wird das Spiel von den Jugendoffizieren, die Spielereignisse frei erfinden und somit auch das Spielgeschehen in eine von der Bundeswehr gewünschte Richtung lenken können.

• Mit dem Titel »Frieden & Sicherheit« kommen kostenlose Schulmaterialien, die vom Verteidigungsministerium mit herausgegeben werden, daher. Die Schüler- und Lehrerhefte wurden in den vergangenen Jahren hunderttausendfach von Lehrern und Schulen bezogen. Produziert werden die Armee-Unterrichtsmaterialien von einem FDP-nahen Think-Tank.

• In Medien für junge Menschen – etwa Schülerzeitungen – wirbt die Bundeswehr in Form von Werbeanzeigen. So findet sich in beinahe jeder Ausgabe der bundesweiten Quartals-Schülerzeitung SPIESSER (Auflage knapp eine Million-Exemplare) eine Bundeswehr-Werbeanzeige. Allein dafür hat die Bundeswehr

schon mehrere hunderttausend Euro ausgegeben.

• Um sich den Zugang in Schulen dauerhaft zu sichern, hat die Bundeswehr im Oktober 2008 damit begonnen so genannte Kooperationsvereinbarungen mit Landesschulministerien zu unterzeichnen. Mittlerweile gibt es die Abkommen in acht Bundesländern: NRW (2008), Saarland (2009), Baden-Württemberg (2009), Rheinland-Pfalz (2010), Bayern (2010), Mecklenburg-Vorpommern (2010), Hessen (2010), Sachsen-Anhalt (2010).

Die Werbung der Bundeswehr um Schüler wird auf absehbare Zeit weiter zunehmen. Die Mitarbeiter der ehemaligen Kreiswehrersatzämter sollen dabei helfen und künftig mit »Auto und Laptop« durchs Land reisen: »Die Mitarbeiter müssen raus in die Schulen, raus in die Sportvereine, raus in die Freiwilligen Feuerwehren, raus zum Technischen Hilfswerk und dort werben«, so Thomas de Maizière im Mai 2011 in Berlin. Dies ist für die Armee auch dringend nötig, wenn sie weiter Krieg führen will: mit den 9.350 Freiwillig Wehrdienstleistenden, die vom ersten Einzugstermin nach Aussetzung der Wehpflicht am 1. Juli 2011 bis zum 1. Juli 2012 gezählt wurden, hat die Bundeswehr ihr Mindestziel der jährlich 5.000 neuen Rekruten zwar erreicht. Diese von Verteidigungsminister de Maizière herausgegebene Zahl ist aber sehr tief angesetzt. Sein Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg wollte noch 15.000 neue Rekruten im Jahr gewinnen – diese Zahl wurde von de Maizière zum absoluten Maximum an neuen Soldaten erklärt und längst nicht erreicht. Dies liegt auch an der hohen Abbrecherquote von rund 25 Prozent der neuen Rekruten – 9.350 ist bereits die bereinigte Rekrutenzahl. Momentan schrumpft sich die Bundeswehr »gesund«, bald müssen aber wieder mehr Rekruten her. Dabei geraten vor allem junge Leute aus unterprivilegierten Bevölkerungsschichten ins Visier der Werber: Jugendlichen aus armen Familien wird angeboten an einer Bundeswehr-Universität zu studieren und sich damit für über zehn Jahre zu verpflichten, Arbeitslosen jungen Menschen und welchen aus Migrantenfamilien wird eine vermeintliche Perspektive geboten.

Über die Gefahren des Dienst an der Waffe und den (Un-)Sinn deutscher Militärinterventionen im Ausland werden die jungen Menschen von der Armee nicht aufgeklärt. Diese wichtige Aufgabe obliegt militärkritischen Gruppen.●

Mehr Infos: Michael Schulze von Glaßer: Soldaten im Klassenzimmer. Die Bundeswehr an Schulen. Köln (Papyrossa-Verlag), 135 Seiten, 12 EUR

INTERVIEW MIT JONATHAN RÖDER, LANDESSCHÜLERiNNENVERTRETUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

»Nicht zum Brunnenbauen«

Jonathan, wie ist deine Meinung als SchülerInnenvertreter zum Kooperationsabkommen des NRW-Kultusministeriums mit der Bundeswehr?

Als LandesschülerInnenvertretung NRW lehnen wir das Kooperationsabkommen genauso wie jedwede davon losgelöste Präsenz der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen, insbesondere in Schulen, ab. Zwar besuchte die Bundeswehr auch schon vor der Existenz der Kooperationsvereinbarung regelmäßig Schulen, aber das Abkommen räumt ihr seit 2008 ein Exklusivrecht als vermeintlicher Bildungspartner für das Schulministerium ein.

Welche Meinungen vertreten SchülerInnen und Lehrende an deiner Schule zu dem Thema?

SchülerInnen, Lehrende und auch Eltern, die sich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, beziehen in der Regel deutlich Position gegen die Präsenz der Bundeswehr in Schulen. Dies wird auch an den Beschlüssen der Interessensvertretungen der einzelnen Gruppen deutlich. Beispielhaft ist hier die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW zu nennen, die auf Bundesebene schon 2010 einen Beschluss fasste, die den »zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts« verurteilt.

Anders sieht die Sache bei eher »unpolitischen« Jugendlichen aus. Diese finden oftmals nichts Schlimmes an dem Besuch der Bundeswehr in Schulen. Dieser Position liegt in der Regel ein Bild von der Bundeswehr zugrunde, welches in deutschen Medien täglich so reproduziert wird: Die Bundeswehr wird als Friedensstifter in Uniform begriffen, die demokratischer Teil der BRD ist. Durch diese, absolut falsche, Annahme gelangen einige dann zu der Meinung, dass die Bundeswehr auch in der Schule präsent sein dürfe.

Hast du schon einen Auftritt eines Jugendoffiziers an einer Schule erlebt? Falls ja, wie war dein Eindruck davon?

Jugendoffiziere und Wehrdienstberater kommen einmal jährlich an meine Schule. Da kommen junge, gut aussehende Männer in Ausgehuniform in den Unterricht und beginnen erst einmal damit, von ihrer eigenen Karriere zu berichten – schon hier kann von Neutralität keine Rede mehr sein. Ich selbst war in der 8. Klasse fest davon überzeugt, dass ich bei der Bundeswehr studieren will, weil mensch da ja angeblich so tolle Möglichkeiten hat. Die Idee war mir von einem Jugendoffizier auf einer Messe ins Ohr gesetzt worden, während er mir gleichzeitig die Teilnahme an einem Gewinnspiel der Bundeswehr nahe legte. Daran kann mensch relativ gut erkennen, wie die Bundeswehr bei der Nachwuchswerbung vorgeht. Ähnlich funktioniert es auch in Schulen. Der Jugendoffizier beeindruckt mit dem, was er erzählt. Und dadurch, dass er quasi die Rolle einer Lehrkraft einnimmt, erhält er gleichzeitig diesen gewissen Wahrheitsanspruch, den Lehrkräfte oft haben. Das ganze Prinzip der Jugendoffiziere ist darauf ausgelegt, Jugendliche zu beeindrucken und zu beeinflussen.

Mit welcher Begründung wendet sich die LSV NRW gegen Auftritte der Bundeswehr an Schulen?

Wir kritisieren die Auftritte der Bundeswehr in Schulen auf zwei Ebenen. Zuerst einmal ist die Schule ein neutraler Raum, weswegen sie frei von einseitiger Beeinflussung sein muss. Organisationen wie die Bundeswehr, aber auch private Unternehmen, die in der Schule Lehrkräfte in manchen Unterrichtseinheiten ersetzen und dadurch versuchen die Schülerinnen und Schüler zu beeinflussen, sind deswegen zu kritisieren.

Die zweite und weit wichtigere Ebene ist die allgemein politische. Diese stellt auch den Grund dar, warum wir Schülerinnen und Schüler uns explizit und verstärkt gegen die Bundeswehr in Schulen einsetzen und nicht genauso intensiv gegen jedes andere Unternehmen.

Die Bundeswehr ist eine Institution, die Menschen gezielt darauf schult, andere Menschen zu töten. Sie führt Krieg in mehreren Regionen der Welt und dies nicht zum Brunnenbauen, sondern für die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Im Gegensatz zu »normalen« Arbeitgebern wirbt die Bundeswehr in Schulen also nicht dafür, acht Stunden täglich an der Maschine zu stehen und Mehrwert zu produzieren, was ohne Zweifel auch Scheiße ist, sondern dafür, Menschen zu töten bzw. selbst getötet zu werden.

Und selbst wenn die Bundeswehr durch ihre Auftritte keine Jugendlichen direkt anwirbt, so macht sie doch zumindest Werbung für ihre Politik und versucht Schülerinnen und Schüler von deren Richtigkeit zu überzeugen. Statt dieser einseitigen Meinungsmache fordern wir eine kritische Friedensbildung in Schulen, die sich vor allen Dingen dadurch auszeichnet, dass sie die SchülerInnen zum reflektierten Denken anregt.

Was unternehmt ihr gegen die Militarisierung der Schulen?

In den vergangenen zwei Jahren hat die LSV NRW Kampagnen zu dem Thema gestaltet und so für einen stärkeren öffentlichen Fokus auf dieses Thema gesorgt. In diesem Zusammenhang ist auch das »Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW« entstanden, welches bis heute noch aktiv an dem Thema arbeitet. Unser erstes Ziel ist es natürlich weiterhin, den Kooperationsvertrag aufzulösen, weswegen wir uns in einem ständigen Konflikt mit der aktuellen Bildungsministerin Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) befinden.

Ansonsten ist es für uns ebenfalls sehr wichtig, direkt in den Schulen Aufklärungsarbeit zu dem Thema zu leisten. Deswegen haben wir vor einiger Zeit einen Reader (1) mit gesammelten Informationen für Eltern, Lehrkräfte und Schüler veröffentlicht.

Natürlich ist auch der direkte Protest gegen die Auftritte der Bundeswehr wichtig. Oftmals finden diese durch die SchülerInnenvertretung einer Schule organisiert statt, aber manchmal – so wie im Fall der Berufsbildungsmesse im September in Bochum – wird auch überregional zum Protest aufgerufen. An solchen direkten Aktionen beteiligen wir uns natürlich auch.●

Die Fragen stellte Ariane Dettloff, Redaktion Köln

Weitere Infos:
1) www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de/material

Michael Schulze von Glaßer: Soldaten im Klassenzimmer – Die Bundeswehr an Schulen. PapyRossa, Köln 2012, Paperback, 135 Seiten, EUR 12,00 [D] ISBN 978-3-89438-492-0

INTERVIEW

ANTIMILITARISMUS

Friedensbildung statt Employability

Interview mit Felix von Hatzfeld, Lehrer für Philosophie und Geschichte

Felix, wie bist du zur Initiative »Schule ohne Bundeswehr« gekommen?

Über Bekannte aus der Friedensbewegung, die den Kölner Aufruf »Die Schule der Nation ist die Schule« entworfen und veröffentlicht haben. Der Friedensbewegung bin ich verbunden, seitdem ich als Kind an den Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre teilgenommen habe. Das Friedens-Engagement wurde dann – notgedrungen – immer wieder »aktualisiert«, so Anfang der 1990er Jahre gegen den Irak-Krieg, Ende der 1990er Jahre gegen den Kosovo-Krieg und nach den Anschlägen vom 11.9.2001 gegen den Afghanistan- und dann den nächsten Irak-Krieg.

Worin besteht deine Aktivität für die Kampagne?

Anfangs in der Verbreitung des Aufrufs der Kölner Gruppe sowie in dem Versuch, Öffentlichkeit herzustellen. Das Interesse war allerdings zunächst sehr gering, z.B. hielt es kein Medienvertreter für notwendig, bei einer Pressekonferenz aufzutauchen, auf der wir verdeutlichen wollten, was das Anliegen des Aufrufs ist und weshalb wir die Auftritte der Bundeswehr in Schulen ablehnen.

Seitdem die Kampagne ins Rollen gekommen ist, habe ich unser Anliegen bei verschiedenen Gelegenheiten dargestellt, beispielsweise bei einer Podiumsdiskussion mit Grünen und Linken (die SPD hat leider niemanden geschickt) in einem Kölner Bürgerzentrum oder bei einer Veranstaltung für StudentInnen an der humanwissenschaftlichen Fakultät in Köln. Mit ein paar friedensbewegten KölnerInnen sind wir auch an einzelne Schulen gegangen, um Informationsmaterial da zu lassen, u.a. den Reader »Es lernt sich besser ohne Helm«. Wir haben die Schulleitungen gebeten, das Material an die Kollegien und die SchülerInnenvertretungen weiterzugeben. Außerdem habe ich in anderen bildungspolitischen Zusammenhängen über »Schule ohne Bundeswehr« informiert, z.B. beim Kölner ATTAC-AK Bildung und Erziehung oder bei GEW-Treffen (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft).

Was ist deine Motivation?

Ganz generell verstehe ich nicht, weshalb es immer noch Menschen gibt, die denken, dass Krieg zur Verbesserung einer schlechten Situation beitragen kann oder dass man manche Menschenrechte – wie Meinungs- und Religionsfreiheit – durch Bruch anderer Menschenrechte – allen voran das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit – durchsetzen soll.

Wenn sich Menschen dazu entscheiden, als Beruf andere Menschen zu töten (Tucholsky würde sagen: zu ermorden) und das Risiko einzugehen, getötet zu werden, dann sollten sie diese Entscheidung meiner Ansicht nach in einem Alter fällen, in dem sie alle Konsequenzen ihrer Entscheidung überblicken können, also erst, wenn sie volljährig sind. So sieht es ja auch die UN-Kinderrechtskonvention vor. In der Schule trifft die Bundeswehr aber weitgehend auf Menschen, die diese Reife noch nicht haben. Und dass sie sich als »neutraler« Bildungsdienstleister in Sachen Sicherheitspolitik darstellt, liegt wohl eher daran, dass sie professionelle Werbestrategen hat... Mehr Zurückhaltung stünde ihr – als staatlicher Institution – gut.

Welche Erfahrungen hast du in Gesprächen mit KollegInnen, SchülerInnen und Eltern zum Thema »Bundeswehr im Klassenzimmer« gemacht?

Die SchülerInnen, mit denen ich gesprochen habe, lehnen die Bundeswehrbesuche weitgehend ab. Es ist ja auch nachvollziehbar, dass man als junger Mensch wenig Interesse an einer hierarchisch organisierten Organisation hat. Jugendliche entwickeln ja gerade ihre Autonomie und fordern – am liebsten unbegrenzte – Freiheit ein. Abgesehen davon verstehen viele nicht, weshalb sie in der Pause zur Streitschlichtung gehen sollen, »große Männer« (und seit Madeleine Albright auch »große Frauen«) ihre Probleme aber mit Drohnenattacken, angereichertem Uran und anderen Formen der Gewaltausübung lösen dürfen.

Mit Eltern habe ich noch nicht oft darüber gesprochen. Die, mit denen ich gesprochen habe, wollen ihre Kinder ungern in einer Armee sehen, die sich seit geraumer Zeit von einer Verteidigungsarmee – wie es das Grundgesetz vorsieht – zu einer »Armee im Einsatz« wandelt, die laut verteidigungspolitischen Richtlinien auch zur Durchsetzung »nationaler Interessen« – wie z.B. Sicherung des Zugangs zu Ressourcen – eingesetzt werden kann. Die Eltern bekommen ja mit, dass Soldaten im Einsatz sterben oder traumatisiert zurück kommen. Und viele lehnen – wie die Mehrheit der Bevölkerung – die Einsätze der Bundeswehr in aller Welt ab.

Kolleginnen und Kollegen vertreten sehr unterschiedliche Positionen: Manche finden es völlig richtig, dass die Bundeswehr in der Schule aufläuft. Vielleicht, weil sie selbst bei der Bundeswehr waren und ihr als Reserveoffiziere weiterhin verbunden sind. Oder »weil wir uns doch verteidigen können müssen«. Manche sind völlig unkritisch oder sogar froh, dass ihnen ein wenig der täglichen Arbeitslast genommen wird, z.B. indem sie das – ansprechend gestaltete und immer mal wieder aktualisierte – Material von »Frieden und Sicherheit« einsetzen. Manche argumentieren sehr staatstragend: »Die Bundeswehr ist ja eine staatliche Organisation, da müssen wir sie doch auch in die Schulen lassen«. Als ob man in einer Demokratie nicht auch die Vorgehensweise staatlicher Organisationen zur Diskussion stellen könnte.

Foto: Michael Schulze von Glaser / Montage CONTRASTE

Andere meinen, dass man »alle Positionen zu Wort kommen lassen soll«, auch wenn sie selbst der Bundeswehr eher ablehnend gegenüber stehen. Diese KollegInnen sind manchmal sehr reflektiert und sicher fit genug, um tatsächlich die Einseitigkeit eines Jugendoffiziers im Unterricht zu problematisieren. Manche gehen sogar davon aus, dass bei entsprechender »Nachbearbeitung« die SchülerInnen die Bundeswehr kritischer betrachten werden, als wenn man sie nicht einlädt.

Aktionswoche vom 24. bis 29. September 2012 gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen.

In vielen Städten sollen dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln, um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantierten, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.

Flashmob, Samstag den 29. September 2012: »Bundeswehr wegputzen«

Nähere Infos: www.antimilaktionswoche.wordpress.com

Die meisten aber fragen sich, ob die Lösung der Bildungsmisere aus Sicht unserer Politiker darin besteht, dass man mit der Bundeswehr einen Kooperationsvertrag schließt.

Diese Logik – nach Oderbruch und Fußball-WM wird die Bundeswehr auch die Bildungsreform schaukeln – ist ja auch wirklich an Absurdität kaum zu übertreffen. Es machen zwar noch nicht alle ihren Mund auf, die etwas gegen die Bundeswehr in der Schule haben, aber langsam werden es mehr.

Welche Erfolge der Kampagne siehst du?

Ich denke, dass die Bundeswehreinsätze in der Schule mittlerweile in großen Kreisen der Öffentlichkeit diskutiert werden. Daran hatten wir einen gewissen Anteil, neben vielen anderen wie der »imi« (Informationsstelle Militarisierung) Tübingen, mittlerweile auch der GEW, terres des hommes, usw.

Ein wenig hat die rot-grüne Minderheitenregierung in NRW auch den Kooperationsvertrag modifiziert, beispielsweise in Bezug auf die BW-Einsätze in der Lehrerfortbildung.

Die zentrale Forderung unserer Kampagne – Aufhebung des Kooperationsvertrags, stattdessen Friedensbildung – findet aber leider nur in kleinen Teilen von SPD und Grünen Zustimmung. Und dass man so tut, als sei die Friedensbewegung eine ähnlich große und finanziell schlagkräftige Organisation wie die Bundeswehr, so dass man ihr nur die Fahrtkosten erstatten müsse, um eine Ebenbürtigkeit zu schaffen, ist lächerlich. Die 30.000 Euro, die NRW für Fahrtkosten zur Verfügung stellt, verdient schätzungsweise jeder der 93 hauptamtlichen Jugendoffiziere im Jahr, abgesehen davon, dass er auch noch einen Dienstwagen, Laptop etc. pp. zur Verfügung gestellt bekommt.

Man sieht daran einerseits, dass die Kampagne etwas bewirkt, aber andererseits, dass die politische Konsequenz reine Symbolpolitik – ein rot-grünes Feigenblatt – ist.

Welche Misserfolge gab es?

Ich bedauere es, dass Rot-Grün bisher nicht dazu zu bewegen war, den Kooperationsvertrag in NRW zu kündigen, den die CDU-Ministerin Sommer 2008 geschlossen hatte. Mit den Linken zusammen wäre eine Mehrheit möglich gewesen, auch wenn das für die Konservativen und Liberalen ein gefundenes Fressen gewesen wäre, so nach dem Motto: »Die roten Socken und grünen Strickstrümpfe erklären der Bundeswehr den Krieg!«. Aber Parteien sollten eben parteiisch sein, und wenn die SPD und die Grünen es mit der Friedenspolitik ernst meinen, wäre das ein notwendiger, wenn auch nicht hinreichender Schritt.

Was kann verbessert werden?

Ich finde es schwierig, diese Frage zu beantworten, aber vermutlich müsste man noch stärker die Eltern mit ins Boot holen. Und eine allgemeine Debatte darüber führen, was im 21. Jahrhundert unter »Bildung« zu verstehen ist. Für viele Bildungspolitiker scheint da allein die Employability von Bedeutung zu sein, also die zügige Integration in den Arbeitsmarkt, und der umfasst aus ihrer Sicht auch den »Arbeitsplatz Bundeswehr«. Als höchstes Ziel der Bildung emanzipierte Menschen zu sehen, die mit anderen in Frieden die Welt zum Besseren verändern, scheint für sie idealistische Träumerei zu sein. Und in Zeiten der Krise könne man sich die nicht leisten.

Meiner Ansicht nach wäre es gerade in Zeiten der Krise(n) wichtig, sich über Werte wie Friedfertigkeit, Selbstbestimmung und Solidarität Gedanken zu machen. Denn ohne die wird man eine Krise nur auf barbarische Art lösen können.

Gab es etwas im Rahmen der Kampagne, das dich besonders gefreut hat?

Beeindruckend fand ich, dass viele SchülerInnen sich engagiert und Courage gezeigt haben. »Politikverdrossenheit« gibt es bei ihnen nicht, höchstens Frust, dass PolitikerInnen ihre Anliegen, Positionen und Argumente nicht ernst nehmen.

Welche Schwierigkeiten hat es gegeben?

»Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenshaft (GEW) lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.«

Beschluss des GEW-Hauptvorstands, März 2010

Wirkliche Schwierigkeiten habe ich nicht in Erinnerung, außer dass es schwierig ist, Öffentlichkeit zu erzeugen. Die Menschen werden einfach mit unbedeutenden Informationen überschüttet, z.B. wo Lady Gaga Urlaub macht. Aber: Heute kann jedeR selbst entscheiden, wie und worüber er oder sie sich informiert. Ob man also Boulevardpresse oder doch lieber Zeitschriften wie »CONTRASTE« liest.

Welche Perspektiven siehst du für die Fortentwicklung der Kampagne?

Ich hoffe, dass sich immer mehr SchülerInnen und Schüler, Kolleginnen und Kollegen und Eltern beteiligen werden und wir gemeinsam erreichen, dass die Schule ein Ort der Friedensbildung wird. ●

Das Gespräch führte Ariane Dettloff, Redaktion Köln

SOLDATISCHE UNTERRICHTSANGEBOTE

ANTIMILITARISMUS

»Frieden & Sicherheit« und »POL&IS«

»Frieden & Sicherheit« (1) nennt sich ein Schülermagazin für die Sekundarstufe II. Es deckt das gesamte Themenspektrum der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bildung im Schulunterricht ab. Diese Unterrichtsmaterialien zur deutschen Sicherheitspolitik werden von einer »gemeinnützigen« und »unabhängigen« Arbeitsgemeinschaft herausgegeben. Es gibt ein Schülermagazin und ein Lehrerheft. Für Lehrer bietet ein Onlineportal Arbeitsblätter und Übungsmaterialien zu außen- und sicherheitspolitischen Themen zum Download oder zur Verschickung an. 2007 sind über 325.000 Schüler- und ca. 16.000 Lehrerhefte bestellt worden (1). Als Partner für die »fachliche« Beratung des kostenfreien Materials wird das Bundesministerium der Verteidigung genannt.

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Von Rolf Rüdiger Noack ● Allerdings wird »Frieden & Sicherheit« gemeinsam mit dem Ministerium herausgegeben. Es alimentierte 2007 und 2008 Schüler- und Lehrerhefte mit 330.000 Euro (1). Zweiter Partner ist der Universum-Verlag, der sich zu 50% in Händen der FDP befindet. Auch personell ist der Verlag eng mit der FDP und deren »Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung« verbunden: Verlagsleiter ist der ehemalige Chef der politischen Abteilung der FDP, Siegfried Pabst. (1)

Die Texte sind psychologisch und inhaltlich für Schüler scheinbar gut aufgearbeitet. Die Zahlen und Fakten sind Aussagen von Regierung und Bundeswehr. Fakten von UN- oder Nichtregierungsorganisationen (NGO's) werden nicht berücksichtigt. Auffallend an der Konzeption des Arbeitsblattes ist das Fehlen jeglicher Hinweise auf das grundsätzliche Gewalt- und Interventionsverbot in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Eine Intervention würde die Verletzung der Souveränität eines Staates und somit den Bruch des Völkerrechts und Verstoß gegen die UN-Charta bedeuten. Stattdessen argumentiert das Blatt mit der sogenannten Responsibility to Protect (R2P = Schutzverantwortung bei Vertreibung, Verfolgung, Terrorismus etc.), mit der man auch die völkerrechtliche Ächtung von Kriegen umgehen kann.

Die R2P ist ein von internationalen Expertengremien entwickeltes Konzept, dessen Existenz von der UN-Generalversammlung im Anhang einer Resolution zwar anerkannt wurde, aber keinerlei rechtliche Bindungswirkung hat. Die westlichen Staaten und die NATO haben die R2P bisher argumentativ dazu missbraucht, um Krieg zu führen (z.B. Libyen).

»POL&IS« (1) ist ein Strategie-Spiel, das ursprünglich von dem Politikwissenschaftler der Kölner Universität Wolfgang Leidhold an der Uni Erlangen entwickelt wurde. 1989 kaufte die Bundeswehr das Spiel und baute es zu einer Sicherheitspolitischen Simulation für Schulen um.

Das Spiel besteht aus einem »zentralen Spieltisch« und »Spielbrettern«, die verschiedene Regionen darstellen. Gespielt werden mehrere »Runden«, wobei jede Runde ca. einem Jahr entspricht. Die Spieler verfügen über verschiedene Güter und Geld zum »Handel« zwischen den Regionen. Am »zentralen Spieltisch«, an dem sich die Regionen zur »jährlichen UN-Konferenz« treffen, gibt es die Möglichkeit für militärische Einsätze: Streitkräfte, Polizeieinheiten und/oder ABC-Waffen.

Andererseits kann Entwicklungshilfe geleistet werden und Diplomaten könnten Konflikte friedlich lösen. Die Jugendlichen werden aber in der Regel so geleitet, dass zivile Mittel ausgeschlossen werden.

Bei Spielbeginn geben die Jugendoffiziere das »Ausgangs-Setting« vor: die SchülerInnen erhalten Informationen über ihre Region (Wirtschaft, politisches System etc.) und wichtige internationale Verträge (Kyoto-Protokoll, Atomwaffensperrvertrag etc.). Sie bearbeiten das Ausgangs-Setting selbständig, müssen aber die Quasi-Realität als Voraussetzung übernehmen. Der Jugendoffizier ist zwar Spielleiter, steuert den Spielverlauf aber nur indirekt, indem er Rückmeldung darüber gibt, welche Konsequenzen die von den SchülerInnen getroffenen Entscheidungen haben können – insofern wird der Spielverlauf dann doch gesteuert.

2010 gab es 492 Veranstaltungen mit über 24.000 Schülern und Lehrern (1). Grundsätzlich gilt POL&IS als schulische Unterrichtseinheit, es besteht also die Pflicht zur Teilnahme. Eine Freistellung obliegt der Schule.

Die Arbeit mit dem Unterrichtsmaterial »Frieden & Sicherheit« und das Spiel »POL&IS« werden von Jugendoffizieren geleitet und betreut. Die Abteilung der »Jugendoffiziere« wurde 1958 auf Befehl des ehemaligen Nazi-Endkampf-Hardliners und Hitler-Verehrers und nun erstem Generalinspekteur der Bundeswehr Adolf Heusinger ins Leben gerufen (2). Anfangs sollte der Bevölkerung die Remilitarisierung der BRD und der Beitritt zur NATO »erklärt« werden. Bald drängten die Jugendoffiziere auch in die Schulen. Zunächst geschah das nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Was dahinter steckt

Als nach 1989 mit der Einvernahme der DDR die außenpolitischen Ambitionen der BRD »anspruchsvoller« wurden, strebten die Militärs offensiv in die Bildungseinrichtungen. Höhepunkte sind die in letzter Zeit abgeschlossenen sog. Kooperationsvereinbarungen der Bundeswehr mit den Kultusministerien der Länder. Verstärkt wird das Vorgehen durch die Umstrukturierung der Bundeswehr und die Aussetzung der Wehrpflicht. 2009 agitierten hauptamtliche Jugendoffiziere 5.600 mal an Schulen, sie erreichten ca. 150.000 Schüler (1). Der Werbeetat für die Jugendoffiziere stieg von 1998 (ca. 9 Millionen Euro) bis 2010 auf über 27 Millionen Euro. (3)

Im Handbuch für Jugendoffiziere (4) vom 1.11.2009 werden deren Aufgaben definiert: »Als Jugendoffizier bist Du im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wesentlicher Bestandteil der Informationsarbeit der Bundeswehr. Wir sollen in unserer Gesellschaft über die Bundeswehr und die umfangreiche Thematik der Sicherheits- und Verteidigungspolitik informieren«. Weiter (Selbstverständnis): »Für die Arbeit müssen sie sich immer an politische Grundsatzaussagen des Bundesministers der Verteidigung halten. Als Offizier sind sie Repräsentant der Exekutive der BRD in der Öffentlichkeit«.

Eigene Meinungen »dürfen« sie haben, müssen diese aber als solche kennzeichnen. In einem Anschreiben für Schulleitungen von 2009 heißt es: »Sehr geehrte Damen und Herren, die Jugendoffiziere ... möchten Ihnen wieder unser lehrplanabgestimmtes Programm anbieten. Mit unserem Angebot leisten wir eine fachspezifische Ergänzung zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Friedenssicherung. Im Rahmen des Schwerpunktthemas 'Struktur der Staatenwelt und Konfliktbewältigung' bieten wir zudem wieder eine intensive Abiturvorbereitung in Seminarform an.(...) Wir haben beide teilgenommen am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und können somit aus 'erster Hand' über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten.«

»Jugendoffiziere« sind von »Werbeoffizieren« unterschieden. Sie sind als Referenten Bestandteil der Öffentlichkeits- und Informationspolitik der Bundeswehr, dürfen aber nicht direkt anwerben. »Werbeoffiziere« dagegen sind ausschließlich in der Nachwuchsgewinnung tätig.

Die wichtigsten Kritikpunkte

Die Friedensbewegung und Antimilitaristische Gruppen kritisierten von je her die Praktiken der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen. Nach dem Bekanntwerden der Kooperationsvereinbarungen und dem »Informations-Blitzkrieg« der BW an Schulen protestierten auch andere Bildungsträger, die Organisation »terre des hommes« (5), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Schülervertretungen, Eltern und Lehrer gegen diese Praktiken, denn:

1. Die Anwesenheit von Jugendoffizieren und deren Tätigkeit an Schulen verstößt gegen den »Beutelsbacher Konsens«. Dieser besagt, dass Schüler nicht durch propagandistische Darstellungen indoktriniert werden dürfen. Es müssen Gegenpositionen dargestellt werden, und Schüler müssen in der Lage sein, sich ein eigenes Urteil zu bilden (1).
2. Das Spiel POL&IS dient laut Angabe von Jugendoffizieren als »Türöffner« zu Schülern (3), 24% der jungen Männer, die den Werbeoffizieren zum Opfer fallen, hatten Kontakt zu einem Jugendoffizier! (1)
3. In dieser Form des Unterrichts fällt es jungen Menschen oft schwer, eine eigene, andere Meinung zu formulieren. Die kumpelhaften, psychologisch und inhaltlich gut geschulten Jugendoffiziere argumentieren »alles platt«.
4. Die Bundeswehr erhält unwidersprochen ein Monopol in Friedens- und Sicherheitsfragen. Militärs erhalten somit eine Deutungshoheit.
5. Das Militär fördert mit seinen Schuleinsätzen militaristisches Denken bei Jugendlichen. Es wird vermittelt, dass der Einsatz von Militär zur »Sicherung des Friedens und der Rohstoffwege« völlig legitim sei. Für Auslandseinsätze und den Kampf gegen den Terrorismus – auch im Innern – wird bei jungen Menschen um Zustimmung geworben. Das steht allerdings im krassen Gegensatz zur Aufgabe der Schulen, den Friedens- und Humanitätsgedanken zu fördern.
6. Die Schuleinsätze und die Veröffentlichungen in Jugendzeitschriften verstoßen gegen das Jugendschutzgesetz, da viele der erreichten Jugendlichen unter 18 Jahre alt sind. Die »Abenteuer-Events« auf Kasernen- oder Übungsgeländen der Bundeswehr erreichen sogar oft auch Jugendliche, die jünger als 12 Jahre sind.
7. Von einigen Schulen und vom Militär wird oft behauptet, die Bundeswehr sei ein »normaler Arbeitgeber«. Das Militär könne also auch an Schulen für sich werben. Das trifft nicht zu, denn die Aufgaben des Militärs – das Töten, der widerrechtliche militärische »Schutz« bei der Ausbeutung anderer Länder, alles bei absolutem Gehorsam, und die Risiken (Todes- und Traumatisierungsgefahr) widersprechen dieser Behauptung.
8. Die Behauptung, Schüler müssten den Unterricht mit Jugendoffizieren ertragen, ist falsch. Eltern und Schüler können darauf bestehen, dass diese Unterrichtseinheit nicht besucht werden muss. Einen Musterantrag dafür hat »terre des hommes« entwickelt. Alternativ muss die Möglichkeit einer anderen Unterrichtseinheit ermöglicht werden.

Falsch ist gleichfalls die Behauptung, die Schulen müssten sich mit der Besetzung durch das Militär abfinden, dass die Kooperationsvereinbarung verpflichtend sei. Lehrer, Schüler und Eltern haben das Recht in Schulkonferenzen zu beschließen, dass die Bundeswehr unerwünscht ist. Und es existieren auch schon etliche Militärfreie Schulen: Robert-Blum-Gymnasium, Berlin Tempelhof-Schöneberg; August-Sander-Schule, Berlin Friedrichshain-Kreuzberg; Käthe-Kollwitz-Berufsfachschule in Offenbach; Hulda-Pankok-Gesamtschule, Düsseldorf; Martin-Buber-Schule (Haupt- und Realschule), Heppenheim; Humboldt-Gymnasium, Köln; Bertolt Brecht Schule (Gymnasiale Oberstufen-Schule), Darmstadt.

Schulen sollen Orte der Friedensbildung und daher militärfrei sein. Statt Soldaten ist der Friedens- und Antimilitarismusbewegung die Möglichkeit zu geben, die Gedanken von Frieden, Humanität und alternativen zivilen Sicherheitsstrategien zu diskutieren. Es ist an der Zeit, mit dem alten Vorurteil aufzuräumen, Frieden sei nur durch Krieg zu erreichen. Die Geschichte zeigt, dass es äußerst uneffektiv ist, jahrtausendealte Fehler immer wieder zu machen, anstatt etwas Neues, Menschenfreundliches zu wagen. Krieg ist ja immer nur deshalb möglich, weil die Politik die Chancen Konflikte zu lösen »verpasst«. Schülern und Schülerinnen sollte der Gedanke des präventiven Handelns als sinnvolles Mittel der Wahl nahegebracht werden.

Dazu ist es notwendig Menschen auszubilden, um zusammen mit LehrerInnen Unterrichtseinheiten zu gestalten. Das bedeutet, dass die Kooperationsvereinbarungen mit dem Militär aufgekündigt werden, dafür neue mit zivilen Gruppierungen abgeschlossen werden. Diese müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um ihre Aufgaben professionell erfüllen zu können. Das kann nicht – wie mancherorts gefordert – bedeuten, dass die Friedensbewegung zu dem Unterricht mit der Bundeswehr als Sparringspartner hinzugezogen wird:

Es muss heißen: Bundeswehr raus aus den Schulen, Friedensbewegung rein in die Schulen! ●

1) Einsatzgebiet Klassenzimmer: www.gew.de/Binaries/.../Einsatzgebiet%20Klassenzimmer-WEB.pdf
2) junge Welt, zitiert bei SDAJ: www.sdaj-bochum.de/1970/01/bundeswehr-macht-schule
3) IMI-Fact-Sheet: www.imi-online.de/download/factsheet_BW_Schule2010.pdf
4) Handbuch der Jugendoffiziere: www.dfg-vk.de/thematisches/umruestung-bundeswehr/2010/446
5) Terre des hommes, Pressemitteilung: www.tdh.de/schule-ohne-militaer

ELTERNSTIMMEN

ANTIMILITARISMUS

Finger weg von meinem Kind

Gedanken einer bundeswehrkritischen Mutter

Die Zeiten haben sich geändert, die Wehrpflicht und auch der Ersatzdienst sind abgeschafft. Die Bundeswehr ist geblieben und als Berufsheer vielleicht gefährlicher als je zuvor. Ein persönlicher Blick zurück auf Fragen, die grundsätzlich immer noch aktuell sind.

Von Lydia Grosman, Berlin ● Im Nachkriegs-Berlin gehörte Militär zum Alltag. Ich wohnte in der amerikanisch besetzten Zone, und es war mir ein vertrauter, aber immer ein wenig unheimlicher Anblick, schwer bepackte Soldatenkolonnen mit geschultertem Gewehr durch die Stadt marschieren zu sehen. Es war die Zeit vor den Ostverträgen, als die Kriegsangst umging und sowjetische Flugzeuge mit lautem Knall die Schallmauer durchbrachen, wenn mal wieder westdeutsche Veranstaltungen in Westberlin durchgeführt wurden, um demonstrativ die Zusammengehörigkeit der BRD mit Westberlin zu betonen, gegen die offizielle 3-Staaten-Doktrin. Damit einher ging die Sonderstellung Westberlins – junge Berliner wurden nicht zum Wehrdienst eingezogen. Aus diesem Grund zogen Pazifisten aus der ganzen Republik nach Westberlin, was der Stadt ihr einmaliges, rebellisches Flair verlieh. Erst nachdem sich die BRD nach 1989 die DDR einverleibt hatte, galt der Kriegsdienst nun in Gesamtdeutschland.

Mein Sohn wurde Mitte der 1980er Jahre geboren. In unserem Freundeskreis gab es einen Totalverweigerer, der über viele Jahre juristische Auseinandersetzungen führte, um sowohl dem Wehr- als auch dem Ersatzdienst zu entgehen. Denn auch dieser vordergründig so harmlos und sozial daherkommende Ersatzdienst war Teil kriegerischer Strategien, die Zivildienstleistenden waren zur Aufrechterhaltung der sozialen Versorgung im Kriegsfall ausdrücklich eingeplant. Das erfuhr ich bereits Anfang der 1980er Jahre, als ich in Berlin eine Ausbildung zur Rettungssanitäterin absolvierte und zum Abschluss einen Fragebogen ausfüllen sollte, in dem u.a. gefragt wurde, wo ich im Verteidigungsfall eingesetzt werden möchte. Ich habe das dann verweigert, mit der Folge, dass ich keine Bescheinigung über meine Ausbildung bekam und nicht bei Rettungsdiensten arbeiten durfte.

Schon im Grundschulalter war für meinen Sohn ganz klar, dass er nie ein Soldat wird, sondern auch totalverweigern würde. Ganz stolz erzählte er jahrelang seinen FreundInnen, dass er lieber ins Gefängnis gehen würde als schießen zu lernen oder sich an einem Krieg zu beteiligen und dass seine Mutter ihn im Gefängnis besuchen würde. Und dann war es irgendwann so weit, dass seine Einberufung bevorstand. Wir gingen gemeinsam zur »Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär« und ließen uns beraten. So richtig ermutigend war das nicht, denn eine Totalverweigerung hätte bedeutet, dass über viele Jahre Feldjäger versuchen würden, meinen Sohn zu fangen und zwangsweise in die Kaserne zu schaffen. Auch mit einem Arrest wäre seine Wehrpflicht nicht abgegolten, er würde jahrelang verfolgt werden.

> »Ich stehe jeder Gewalt und darum auch der Bundeswehr ablehnend gegenüber. Wenn die Armee in die Schule geht ohne zu fragen, ob das von den einzelnen Beteiligten gewünscht ist, empfinde ich das als Eindringen in die Privatsphäre. Ich verstehe auch nicht, warum die Lehrkräfte sich nicht deutlich dagegen wehren.«
>
> Patrycja Sielicki, Mutter von zwei 18jährigen Gesamtschülerinnen

Mein Sohn diskutierte das auch mit seinen Freunden, und als sein bester Freund überlegte, sogar eine Ausbildung bei der Bundeswehr zu machen – ein typischer Ausweg für jemanden, der am normalen Ausbildungsmarkt keine Chance bekommt – da machte er ihm harsche Vorhaltungen und fragte ihn, ob er etwa ein Mörder werden wolle. Denn es war – nach über 50 friedlichen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg – mittlerweile so weit, dass sich deutsche Soldaten wieder weltweit an Kriegshandlungen beteiligten.

Ich habe meinen Sohn immer ermutigt zu verweigern, auch wenn es mir eine ausgesprochen unangenehme Vorstellung war, jederzeit damit rechnen zu müssen, dass Bewaffnete vor meiner Tür stehen und nach ihm suchen. Und wohin hätte er gehen können? Er entschied sich dann gegen die Totalverweigerung, weil er keine Lust hatte, jahrelang wie ein Verbrecher verfolgt zu werden – und ein wenig vielleicht auch, um mich zu schützen. Weil er gerade eine Ausbildung begonnen hatte, ließen sie ihn dann erst mal in Ruhe.

Eines Tages erzählte er mir, dass ein Soldat im Auslandseinsatz neben seinem Sold jeden Tag mehr als 100 Euro extra bekommt. Das muss ihn und seine Kumpels gekickt haben. So viel Geld, was man damit alles machen kann. Und so reifte in ihm, in meinem friedfertigen, liebevollen, pazifistisch erzogenen Sohn der Plan, doch vielleicht einmal, wenigstens für kurze Zeit, zur Bundeswehr zu gehen, und so richtig viel Kohle zu machen. Besänftigend versprach er mir, dass ich auch etwas von dem Geld bekäme, und dass es ja nicht für immer sei. Er würde auch sicher nie auf einen Menschen schießen.

Ich war verzweifelt, erinnerte ihn an seine alten pazifistischen Überzeugungen und sagte ihm, dass kein Geld der Welt es mir wert sei, mein Kind einer solchen Gefahr auszusetzen. Dass ich Angst hätte, dass er in einem Zinksarg zurück kommt. Dann rückte er damit raus, dass er sich das nicht nur wegen dem Geld überlegt habe, sondern weil er glaubte, dass ihm die Disziplin gut täte, und dass er dadurch ein richtiger Mann würde. Ihm war schon oft in der Schule gesagt worden, er sei zu weich. Ich hasste all diejenigen, die ihm das eingeredet hatten, und zweifelte an mir, weil es mir nicht gelungen war, ihm mehr Selbstvertrauen zu vermitteln. Und ich war entsetzt über eine Bundeswehr, die junge Männer in ihrer sensiblen Selbstfindungsphase mit machistischen Vorbildern und Entwicklungskonzepten ködert und versucht, ihnen ihr Leben abzukaufen.

> »Als Vater von zwei Söhnen und einer Tochter würde ich es sehr begrüßen, wenn die Kinder sich in der Schulzeit frei orientieren können und lernen eigene Wege zu beschreiten oder diese zu suchen. Eine Lenkung in irgendeine Richtung halte ich für bedenklich. Eine Werbeveranstaltung, die subjektiv informiert und manipuliert, ist fehl am Platz.«
>
> Martin Ellerbrok, Vater von zwei Schülern und einer Schülerin

Was meinen Sohn bewogen hat, dieses furchtbare Vorhaben wieder aufzugeben, weiß ich nicht. Vielleicht hat auch mein Reden eine kleine Rolle dabei gespielt. Er hat das Thema dann ganz einfach erledigt: Er ging zur Musterung, und nachdem er auf die Frage, ob er Drogen nimmt, bejahte und einem Urintest unterzogen wurde, war klar: T5, nicht wehrdienstfähig. Schlussendlich ist auch keiner seiner Freunde zum Militär gegangen. Vielleicht mussten sie das Thema einfach mal im Kopf durchspielen.

Ich bin froh, dass ich dieses Problem nicht auch noch mit meiner Tochter durchmachen musste. Zwar ist es aus feministischer Sicht nicht legitim, Frauen und Mädchen von bestimmten Berufen auszuschließen, aber dazu, Soldat zu sein, darf meiner festen Überzeugung nach niemand, egal welchen Geschlechts, gezwungen werden. Darum ist es gut, dass die Wehrpflicht in Deutschland endlich abgeschafft ist.●

AKTIONSBEISPIELE AUS BILDUNGSMESSEN UND SCHULEN

Gegen die Militarisierung der Bildung

An allen möglichen Orten, wo die Bundeswehr versucht SchülerInnen für sich zu gewinnen, setzen sich KriegsgegnerInnen dagegen zur Wehr. Die Homepage der bundesweiten Initiative »Bundeswehr wegtreten« dokumentiert solche antimilitaristischen Aktionen (www.bundeswehr-wegtreten.org). Einige Beispiele:

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Am 21. Juni 2012 protestierten AktivistInnen vor der Fach- und Berufsoberschule in Rosenheim gegen die Präsenz der Bundeswehr auf der »Berufsinformationsmesse« unter dem Motto »WAR STARTS HERE – LET'S STOP IT HERE! Bundeswehr raus aus den Schulen«. Als makaber bezeichnete Alexander Steigmann vom Friedensbündnis Rosenheim die Einbindung des Militärs: »Die Bundeswehr ist doch kein Arbeitgeber wie jeder andere. Ich habe noch nie von einer Schreinerlehre gehört, in der ich vor meinem Gesellenstück ein Testament ablegen soll. SoldatInnen müssen das vor dem Auslandseinsatz.«

Sogar bei der Bildungsmesse »didacta« macht sich die Bundeswehr regelmäßig mit ihren Werbeständen breit – so auch in Hannover im Februar 2012. Dagegen protestierten u.a. das Friedensbüro Hannover, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Organisation »unique planet«. Die Demonstranten diskutierten mit Passanten, Jugendoffizieren und Teilnehmern eines Planspiels, mit dem die Bundeswehroffiziere Schüler anwerben wollten. Sie entrollten Transparente und verteilten Flugblätter. Die Soldaten reagierten irritiert und riefen die Messeleitung, welche die AktivistInnen aufforderte die Transparente einzurollen und nur noch individuell zu diskutieren, andernfalls werde die Polizei gerufen.

> »Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber kriegsablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist. Das weiß man nicht. Man kennt nur staatlich verhetzte Jugend.«
>
> Kurt Tucholsky

Die-in beim »Ketchup-Prozess« in Stuttgart 2011 Foto: Bundeswehr wegtreten

In Göttingen wehrten sich im Februar 2012 Aktionsgruppen gegen die Militärpräsenz auf der Berufsmesse »GöBit«. Mit dem Transparent »Kein Werben für's Sterben« wurde der Bundeswehrstand in der Sporthalle blockiert. Sprüche wie »Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze« wurden skandiert, und AntimilitaristInnen versperrten als Leichen auf dem Boden liegend den Zugang zum Stand der Soldaten. Ein Großtransparent »Militär wegfegen« verdeckte die Bundeswehr-Werbetafeln, überall lagen antimilitaristische Flugblätter auf dem Boden. Schlussendlich räumte die Polizei.

Im »Ketchup-Prozess« in Stuttgart, im April 2012, erklärten die wegen Beschmutzung eines Teppichs und einer Uniform Angeklagten: »Wir, Jan Laibling und Anna Sander befinden uns heute hier, weil wir an einer Protestaktion gegen die Bundeswehr auf der Didacta-Bildungsmesse am 24. Februar 2011 beteiligt waren. Auf dieser Messe haben wir mit einer symbolischen und kreativen Aktion dargestellt, wofür die Bundeswehr eigentlich steht: für den Krieg!

Mit einer Rede erläuterten wir den Anwesenden, dass wir es nicht für richtig halten und nicht akzeptieren wollen, dass die Bundeswehr auf Bildungsmessen, an Schulen, in Jobcentern, im Fernsehen und sonst wo offen Werbung für ihre Kriegsmaschinerie macht. (...) Für uns gehören die Bundeswehrbefehlshaber, die für Hunderte von Toten in der Welt verantwortlich sind, auf die Anklagebank – nicht diejenigen, die sich dagegen engagieren!

Bundeswehroberst Klein war am 4. September 2009 in Kundus für den Tod von 104 Menschen verantwortlich. Das Verfahren gegen ihn wegen Mordes wurde aber von deutschen Gerichten zurückgewiesen und der Versuch eines Disziplinarverfahrens gegen ihn wurde wieder eingestellt!

Wir als AntimilitaristInnen hingegen müssen uns wegen einer harmlosen AntiKriegsaktion hier von der Staatsanwaltschaft vor Gericht zerren lassen!«

Militärfreie Schulen

Völlig legal, super wirksam, aber leider noch zu selten praktiziert ist die Verbannung der Militärs aus deutschen Schulen durch Beschluss der Schulkonferenz. Sieben Schulen haben bisher der Bundeswehr die Tür gewiesen. Die erste war das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin. Am 24. März 2011 erklärte es sich mit folgender Begründung zur militärfreien Zone: »Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspricht der an unserer Schule gepflegten Kultur und unseren Erziehungsidealen. Wie sollen wir Jugendliche zum gewaltfreien Lösen von Konflikten erziehen, wenn das Vertreten von Wirtschafts- oder Länderinteressen mit militärischen Mitteln von uns mit unterstützt wird? Dies widerspricht dem in Paragrafen 1 des Schulgesetzes formulierten Erziehungsziel der friedlichen Verständigung der Völker.«

Ähnliche Beschlüsse fassten die August-Sander-Schule, Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, die Käthe-Kollwitz-Berufsfachschule in Offenbach, Hessen, die Hulda-Pankok-Gesamtschule, Düsseldorf, die Martin-Buber-Schule (Haupt- und Realschule), Heppenheim und das Humboldt-Gymnasium in Köln.

Die vorläufig letzte Schule, die beschloss, das Militär aus ihren Räumen fernzuhalten, war die Bertolt-Brecht-Schule in Darmstadt. Am 31. Mai 2012 entschied die Schulkonferenz einstimmig, sich zur bundeswehrfreien Zone zu erklären. Klara Lesch von der BBS-Schülervertretung erklärte bündig: »Wir wollen diese Leute nicht unter unserem Dach haben.«●

Mehr Infos: www.bundeswehr-wegtreten.org

SCHWEIZ

Produzieren Museen Bewusstsein?

Die Ausstellung »Industrious« im Kunstmuseum bescherte der Berner Stadtbevölkerung einen heißen Monat. Wöchentliche Protestaktionen und die Medienberichterstattung ließ die Veranstalter und Sponsoren nicht mehr ruhig schlafen.

Von Sabine Hunziker, Bern ● Wer hätte gedacht, dass Kunst in der Schweiz noch politische Prozesse auslösen kann? Im Kunstmuseum Bern, in der Hauptstadt der Schweiz, feierte der Konzern Holcim mit der Fotoausstellung »Industrious« vom 1. März bis zum 6. Mai 2012 sein 100-jähriges Jubiläum. Holcim AG beschäftig 80.000 Mitarbeiter in 150 Zementfabriken und einer großen Anzahl Kies- und Asphaltwerken weltweit.

Auf schwarz-weißen körnigen Fotos hielten die Fotografen Marco Grob, David Hiepler und Fritz Brunier die Persönlichkeiten an den Arbeitsplätzen und die Gebäude der Anlagen fest. Obwohl die so entstandenen Bilder an Sozialstudien erinnern, könnte der Schein trügen. Bereits zuvor hatte Holcim AG im Kunstmuseum Ausstellungen mitfinanziert. Was diesmal wieder lediglich an Kultursponsoring erinnert, hat sich eine Werbeagentur für den Konzern ausgedacht. Obwohl das Firmenlogo nur prominent am Eingang der Hallen zu sehen war und sonst dezent die Bildränder schmückte, bezeichnete eine Berner Zeitung die Fotos als eine Selbstdarstellung der holcim'schen fortschrittlichen Technik und eine Imagination der Einheit der Arbeiterfamilie. Die Ausstellungsplattform, bei der Holcim AG 40% der Kosten übernahm, wurde für Firmenanlässe gebraucht und die produzierten Kataloge auch als Geschenke abgegeben. Doch ist diese Aktion mehr als eine simple Gratiswerbung?

Naomi Klein könnte diese ungewohnt enge Zusammenarbeit zwischen einer Kunstinstitution und der Privatwirtschaft erklären. In ihrem Buch »no logo« (2000) beschrieb sie neue Strategien, die Werbung spirituell gestalten und mit einer Identität ausstatten. Das reale Produkt hinkt zunehmend hinter der Marke her, die eine Philosophie in die Unternehmensstruktur integriert und sie zum Fetisch macht. Die Produkte, die in Zukunft florieren, werden nicht mehr als

Engagement der Holcim Schweiz im Bruno Weber Park, Dietikon

Ware in Form von Zementsäcken präsentiert, sondern als Ideen, als Haltung oder Wertesystem. Klein zitierte, dass diese Strategie Herrschaft mit philanthropischer Fassade ist und die Firmen der Kultur, die eigentlich nichts mit ihren Produkten zu tun hat, ihre Marke aufdrücken, kulturelle Ideen und Metaphern zur Markenerweiterung aufsaugen und anschliessend an die Kultur zurückgeben. Im Fall Holcim AG würde Hans Magnus Enzensberger zusätzlich sagen, dass die Firma mit ihrer Dokumentation und Darstellung die Arbeiter und die Umgebung mit den Fabriken neben ihrer Funktion als Arbeitskraft und Produktionsmittel auch für den Wertzuwachs ihrer Marke und den Machterhalt verwendet. Lange vor Naomi Klein warnte Hans Magnus Enzensberger vor den Bewusstseins-Industrien, deren Auftrag es ist, existierende Herrschaftsverhältnisse, gleich welcher Art, zu verewigen. Das heißt, materielle Ausbeutung muss eine immaterielle Deckung suchen und die Zustimmung aller erreichen. Enzensberger kritisierte, dass die Ausbeutung offenbar nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine Bewusstseinssache ist.

Protestgruppe und einzelne Aktivisten wurden auf Widersprüche, die formal und inhaltlich in der Ausstellung »Industrious« zu finden sein könnten, aufmerksam. Während der ganzen Zeitdauer protestierten Akteure wie die Menschenrechtsorganisation Mulitwatch und die indische Leiharbeitergewerkschaft gegen die prekären Arbeitsbedingungen der Holcim AG in Indien, wo die ArbeiterInnen beispielsweise 3 Franken Lohn pro Tag erhalten.

Ein Vertreter der Partei der Arbeit Bern äusserte sich im Stadtrat kritisch gegenüber der Profilierung des Konzerns im Kunstmuseum als städtisch subventionierte Institution. Bei einer Generalversammlung des Konzerns störten unter anderem die Gewerkschaft UNIA, wobei neben den bereits genannten Aspekten auch die Umweltschäden in Kolumbien in Form von Überschwemmungen und Erdrutschen bei der Umleitung eines Flusses für die Zementproduktion bemängelt wurden. Ein Aktivist brachte seine Kritik künstlerisch in Form eines Kommentars an einer Säule zum Ausdruck und wies damit auf den Fall Stephan Schmidheiny hin, bei dem in den1970er/80er Jahren in Italien bei der Produktion von asbesthaltigem Baustoff Personen tödlich erkrankt sind. Holcim AG war damals bei der betreffenden Firma finanziell beteiligt. Schmidheiny, Verwaltungsrat und Bruder des größten Holcim Aktionärs, wurde mittlerweile zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Vielzahl von Protesten hatte dazu geführt, dass das Museum gezwungenermaßen eine Podiumsdiskussion organisierte, wo Vertreter von Pro Helvetia, Kulturjournalisten und weitere geladene Gäste über das Thema Sponsoring und subventionierte Institutionen diskutierten. Spannend ist es, die Museumspolitik auch in Zukunft weiter zu verfolgen. Was erst damit begonnen hatte, dass Firmen einzelne Ausstellungen im Rahmen von 20%-30% der Kosten mitfinanzieren, sich später zur Mitstiftung ganzer Museen und nun zur Realisierung einer eigenen Ausstellung entwickelt hat, könnte auch in Zukunft äußerst brisant bleiben.●

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

OLG Schleswig bestätigt Rockerbandenverbot

2010 verbot das Innenministerium Schleswig-Holstein die »Hells Angels« Flensburg. Die Verbotsverfügung stützte sich auf zwei Punkte. 1. Die Hells Angels Flensburg sind kriminell (Schutzgelderpressung, Körperverletzung, Versuchter Mord). 2. Die Bande unterhält einen sogenannten »Solidarity Fund«. Aus diesem Solidarity Fund würden bei Strafverfahren Anwaltskosten und Strafen bezahlt werden, und außerdem inhaftierte Mitglieder unterstützt. Laut dem Innenministerium sei dies verfassungsfeindlich und untergrabe die Rechtsordnung. Außerdem werde damit der Begehung von Straftaten Vorschub geleistet. Diese Argumentation ist deshalb problematisch, weil sie die Unterstützung von Angeklagten in Strafverfahren mehr oder weniger per se als »verfassungsfeindlich« und als »Straftaten Vorschub leisten« kriminalisiert. Die Betroffenen strebten eine Eilentscheidung des OLG Schleswigs gegen die Verbotsverfügung an. Dieses lehnte dies 2010 mit der Begründung, dass die Vorwürfe offensichtlich stichhaltig seien, ab. In der Gerichtsverhandlung fast zwei Jahre später bestätigte das OLG nun die Verbotsverfügung. Allerdings nur auf Grundlage des ersten Punktes. Über die Stichhaltigkeit des zweiten Punktes wurde nicht entschieden, da das Innenministerium pünktlich zur Verhandlung diese Argumentation zurückgezogen hatte.
Mehr Infos zum Verfahren:
www.schleswigholstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2010/100429_im_vereinsverbot.html

Demnächst Guantanamo in Bremen?

In Bremen fordert nun die Gewerkschaft der Polizei (GDP) eine »Spuckhaube«, die Festgenommenen übergezogen werden soll. Sie soll PolizistInnen davor schützen, angespuckt zu werden. Als »eine Kapuze, die vorn geschlossen ist« beschreibt Horst Goebel, GDP-Vorsitzender in Bremen, die Haube. Andere sprechen von »einer Art Jute-Beutel«, der den Delinquenten bis zur Schulter übergezogen werden soll. Die »Fachgruppe Schutzpolizei« der GDP schreibt in einer Mitteilung: »Spuckhauben=Guantanamo??? Nein!« Und: »Die Politik muss jetzt Flagge zeigen.« Bislang würde den KollegInnen verweigert, sich vor fremdem Speichel zu schützen. »Ekelig« und »beleidigend« sei der, vor allem aber ansteckend, Spuckhauben dagegen ein »mildes Einsatzmittel«. Die Haube sei sehr weit, sitze nicht fest und es scheine Licht hindurch. Auch solle sie nur eingesetzt werden, wenn die Gefahr des Anspuckens bestehe. Wann das der Fall sei, müsse man der Erfahrung der Kollegen überlassen. »Einem Ladendieb, der friedlich ist, wird man nicht zwangsläufig eine Haube aufsetzen«, so Goebel. Thomas von Zabern von der Humanistischen Union sieht darin ein Problem: »Immer, wenn die Polizei neue Einsatzmittel oder Befugnisse bekommt, werden sie auch eingesetzt.« Eine Haube, die einem die Sicht nimmt und womöglich das Atmen erschwert hält er für Folter.
www.taz.de/Bremer-Polizisten-fordern-Festnahme-Haube/!96109/

Berlin: Ausnahmsweise Polizisten verurteilt

Ausnahmsweise in Verfahren gegen Polizisten mal eine gute Nachricht: Die beiden Polizisten, die 2009 auf der »Freiheit statt Angst«-Demo in Berlin den sogenannten »Mann in Blau« verprügelten, sind zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Ein Fahrradfahrer im blauen T-Shirt hatte damals einen Beamten angesprochen und war danach verprügelt worden. Die Beamten behaupteten wie üblich, von dem Betroffenen angegriffen zu sein. Allerdings war der Vorfall dokumentiert worden. Das Material zeigt wenig überraschend einen ruhigen besonnenen Passanten, der völlig grundlos von uniformierten Gewalttätern anlasslos zusammengeschlagen wird (Wer es nicht glaubt: www.youtube.com/watch?v=DopH0DRef0w). Wegen Körperverletzung im Amt müssen sie jeweils 120 Tagessätze à 50 Euro zahlen, urteilte das Amtsgericht Tiergarten. Rechtskräftig ist das Urteil noch nicht.
www.taz.de/Urteil-zu-Polizeigewalt/!92537/

Rassistische Diskriminierungen kein Grund für Namensänderung

Das Annehmen eines deutsch klingenden Namens ist laut dem Verwaltungsgericht Göttingen für Menschen mit Migrationshintergrund nicht in Ordnung. Die als Asylbewerber anerkannten Eltern und ihre drei Kinder wollten deutsche Vor- und Nachnamen annehmen, um möglichen Diskriminierungen zu entgehen und die Zuordnung zu einer bestimmten Volksgruppe oder Religion zu vermeiden. Namensänderungen seien aus wichtigem Grund zwar möglich. Dass ein Name fremdsprachigen Ursprungs sei oder nicht deutsch klinge, reiche jedoch nicht aus, heißt es in der Urteilsbegründung. Zwar seien Diskriminierungen wegen des ausländischen Namens etwa am Arbeitsplatz nicht auszuschließen. Es sei aber nicht Aufgabe des Namensrechts, einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung entgegenzusteuern. (Az. 4 A 18/11)
www.welt.de/politik/deutschland/article106277161/Deutsche-Namen-fuerAuslaender-nicht-erlaubt.html

Held in Haft?

Die allgemeine Willkür von Gerichtsbehörden kommt immer nur bei besonders spektakulären Fällen ans Licht. Eine dieser Geschichten ereignete sich in Koblenz. In Jahr 2010 greift ein Mann in Koblenz helfend in eine Schlägerei ein. Für seine Zivilcourage wird er vom Land Rheinland-Pfalz und dem Polizeipräsidenten ausgezeichnet. Den Gerichtsprozess, wo er als Zeuge geladen ist, verschläft er jedoch. Das verhängte Bußgeld bezahlt er sofort und erhält auch eine Quittung.

Trotzdem mahnt in das Gericht mehrmals an. Versuche, das Ganze telefonisch aufzuklären, scheitern. »Ich hatte ja den Beleg, aber man hat mich gar nicht zur zuständigen Stelle durchgelassen«, sagt Schmitt. Im Januar diesen Jahres kommt es dann dicke: Weil er das Ordnungsgeld angeblich nicht gezahlt hat, soll er für zwei Tage in Haft. Der erneute Versuch eines Gesprächs scheitert: »Die Mitarbeiterin hat mir nur gesagt, ich soll jetzt endlich in die Gänge kommen«, empört sich Schmitt. Er telefoniert wieder, diesmal mit der Regionalzeitung , die die Staatsanwaltschaft mit der Quittung konfrontiert. Es stellt sich heraus: Der Betroffene hat den Beleg zwar bekommen, die Behörde hat das aber offenbar nicht ordnungsgemäß dokumentiert.
www.rhein-zeitung.de/region/koblenz_artikel-Zivilcourage-Heldlandet-fast-im-Gefaengnis-_arid,381579.html

Blockupy verboten: »erstes Demoverbot«?

Das politische Kurzzeitgedächtnis linker Bewegungseliten in Deutschland ist immer wieder beeindruckend kurz. So bewirkte das Demonstrationsverbot der Blockupy-Proteste in Frankfurt im Mai 2012 einen gigantischen Presse-wirbel. Stellvertretend für den dort vertretenen Tenor sei hier Constanze Lehr von der Linkspartei Hessen zitiert: »von dem fadenscheinigen Verbot der europäischen Krisenproteste habt ihr alle schon gehört. Dieses Verbot ist ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger skandalöser Vorgang und eine offene Verletzung des verfassungsrechtlich garantierten Demonstrationsrechts« (Mailaussendung vom 5.5.2012).

Leider ist dem nicht so. In der Bundesrepublik werden regelmäßig Versammlungen verboten, so z.B. zu den alljährlichen Castor-Protesten, zum G8-Gipfel 2007 oder zum Nato-Gipfel 2009. Und in alltäglichen Situationen wird das Demonstrationsrecht ständig eingeschränkt. So ist es in Berlin z.B. üblich, das die Polizei bei der völlig legalen Anmeldung von Spontanversammlungen gleichzeitig die Anmeldung aufnimmt, und im Kooperationsgespräch die Anzeige wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz schreibt. Dies kriminalisiert die anmeldende Person und hebelt gleichzeitig das Zeugnisverweigerungsrecht aus. Und bevor ein Gericht aufkommt: Die Gerichte helfen regelmäßig auch nicht. Da die Beispiele für alle, die sie sehen wollen, Geschichte sind, sei auf eine Auflistung verzichtet...●

Hauke Thoroe

Anzeige

Anzeige

DAS PROJEKT »DEMOKRATISCHE BANK« TRITT IN EINE ENTSCHEIDENDE PHASE

Eine Good Bank für Österreich

Die GLS-Bank, das weiß mensch auch in Österreich, ist Expertin für die Finanzierung von Wohnprojekten und sonstigen alternativen und selbstorganisierten Vorhaben. Auf die Anfrage, ob denn auch eine Finanzierung österreichischer Projekte möglich sei, lautete die Antwort »leider nein«. Aber der nette Mann am anderen Ende der Leitung meinte hoffnungsfroh, es gäbe ein internationales Netzwerk von ökologischen und sozialen Banken und er werde gleich eine entsprechende österreichische Bank heraussuchen. Die Skepsis bestätigte sich – leider, da finde er nichts in seinem Verzeichnis. Noch einmal begann er zu suchen, schließlich doch eine Erfolgsmeldung: die »Demokratische Bank«! Da gibt es allerdings ein Problem: die existiert noch nicht! Grund genug, sich schlau zu machen über den aktuellen Stand der Entwicklung.

Foto: www.attac.at

Von Brigitte Kratzwald, Redaktion Österreich ● Die Attac Sommerakademie im salzburgischen Goldegg bot eine gute Gelegenheit dafür. Der Raum füllte sich, mehr als 40 Menschen waren gekommen, die Erwartungen waren groß. »Ich finde es faszinierend hier dabei zu sein, wenn eine Bank durch einen zivilgesellschaftlichen Prozess gegründet wird«, meint einer der Anwesenden. »Wann kann ich endlich mein Geld bei euch einzahlen?« war die oft gehörte Frage.

Die Finanzmarktaufsicht (FMA) hatte sich auch schon früh für das Projekt interessiert und sich am Namen der Webseite gestoßen. Sie dürften sich nicht »Bank« nennen, solange sie keine Bankenkonzession haben, so der Vorwurf. Die Domain durfte dann doch bleiben wie sie war, unter der Bedingung, dass klar ersichtlich ist, dass es sich um keine Bank handelt, sondern um den »Verein zur Förderung und Gründung einer Demokratischen Bank« und dass nicht von der »Demokratischen Bank«, sondern vom »Projekt Demokratische Bank« gesprochen wird. Entstanden ist das Projekt aus Attac heraus, aus der allgemeinen Kritik am Bankensystem. Nachdem Josef Ackermann die verstaatlichten »Bad Banks« gefordert hatte, tauchte die Idee einer »Good Bank« auf und der Plan, gleich mit der Schaffung eines Prototyps zu beginnen und eine Lücke im Angebot der österreichischen Bankenszene zu schließen. Begonnen wurde 2010 mit dem Visionsprozess, der dann die Basis für alle weiteren Schritte war.

Die zentralen Punkte der Vision: Nachhaltiges Wirtschaften, gelebte Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Transparenz, Orientierung an der Region und Wertschätzung von Vielfalt und Gemeinwohlorientierung. Der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Gehalt der MitarbeiterInnen soll nicht größer als 5:1 sein. Die Eigenkapitalausstattung soll über den Mindestanforderungen von Basel II liegen. Die Kreditvergabe erfolgt nach den Kriterien der Gemeinwohlökonomie, die in den Statuten festgeschrieben sind – je höher die Bewertung, desto niedriger die Zinsen. Für Einlagen ist ein freiwilliger Zinsverzicht möglich. Anstatt Gewinne auszuschütten, sind Sozialkonten für Menschen mit geringem Einkommen geplant. Außerdem möchte die Bank einen Bildungsauftrag erfüllen, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, geplant ist eine »Demokratische Bank Akademie«. Und schließlich versteht sich die Bank als gesellschaftspolitische Akteurin, die auch die Rahmenbedingungen mitgestalten will.

Derzeit sind etwa 100 Personen aktiv am Gründungsprozess beteiligt, es gibt Regionalgruppen in allen österreichischen Bundesländern. Nachdem die Strategie, der Businessplan und die Satzung für die Genossenschaftsgründung stehen, tritt das Projekt nun in eine entscheidende Phase ein. Es gilt, eine Bankenkonzession von der FMA zur erhalten. Der erste Schritt dazu ist die Ausschreibung des Postens der Geschäftsführung, die den Anforderungen der FMA für eine Bankenkonzession entspricht. Bewerbungen gab es einige, die Anstellung soll ab Herbst erfolgen. Ebenfalls ab Herbst wird damit begonnen, das Gründungskapital einzusammeln, dann kann jede und jeder ihr oder sein Erspartes auf ein eigens errichtetes Treuhandkonto einzahlen. Dann muss die Aufnahme in einen von drei Bankenverbänden erfolgen, was sich als schwierige Hürde erweisen könnte. Es wird sogar über die Gründung eines eigenen Verbandes nachgedacht.

Eine weitere Besonderheit dieses Projekts ist die Vielfalt der Menschen, die daran beteiligt sind, und von denen nur wenige aus dem Bankengeschäft kommen. Eine von den Quereinsteigerinnen ist Anna Erber, mit der Brigitte Kratzwald gesprochen hat.

CONTRASTE: Anna, wann und wie bist du zur Demokratischen Bank dazugestoßen?

Anna Erber: Ich bin als Grafikerin dazugekommen, das ist mein Beruf und das wollte ich einbringen. Daher war ich von Anfang an immer in der Arbeitsgruppe, die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig war. Dann hab ich einmal hier, einmal dort eine Aufgabe übernommen, wo gerade etwas zu tun war. Am Beginn war das für mich sehr unbefriedigend, ich hab mich immer wieder gefragt, wofür braucht mich dieses Projekt? Ich hatte ja keine Ahnung vom Bankgeschäft. Schließlich bin ich draufgekommen, dass es genau das war, was gebraucht wurde: jemand, der dort anpackt, wo es gerade notwendig ist. Seit drei Wochen bin ich jetzt in der Gesamtprojektkoordination.

Wie ist die Demokratische Bank organisiert?

Wir sind ein Verein, der Vorstand repräsentiert das Projekt nach außen und hält die Energie. Das spürt man sehr stark. Nach innen hat er hauptsächlich eine Kontrollfunktion, er trägt ja die Haftung, aber keine Entscheidungsfunktion. Die Entscheidungen werden vom Koordinierungskreis und vom Plenum getroffen. Im Koordinierungskreis sind je zwei gewählte Personen aus allen Arbeitsgruppen, er trifft sich 14-tägig, das Plenum trifft sich einmal im Monat. Wir treffen unsere Entscheidungen nach der Methode des systemischen Konsensierens.

Die »Demokratische Bank« hat vor einiger Zeit den Posten eines Geschäftsführers oder einer Geschäftsführerin ausgeschrieben. Es war sicher ein langer Prozess bis zu diesem Zeitpunkt. Was waren denn Meilensteine bis hierher?

Das erste war der Visionsprozess, für den wir uns wirklich viel Zeit genommen haben, etwa vier bis fünf Monate. Erst jetzt merke ich, wie wichtig das war, dass wir uns diese Zeit genommen haben. Das nächste war der Logo-Prozess, da haben wir einen Wettbewerb ausgeschrieben und das war dann auch die erste Entscheidung, die wir nach dem SK-Prinzip getroffen haben. Dann kam die Strategieentwicklung und die Planung des »Roll-out«, also die Frage, wie entsteht eine Bank? Im Oktober 2011 stand die Strategie und auch ein durchgerechneter Businessplan. Den braucht man, um ihn bei der FMA einzureichen. Wichtig war auch, dass wir an unseren eigenen Entscheidungsstrukturen gearbeitet haben, da gab es am Anfang immer wieder Konflikte. Wir haben die Gremien eingerichtet, die Kompetenzen verteilt, dann eben das SK-Prinzip eingeführt, die Arbeitsgruppen-Struktur, die immer noch fließend ist, je nach Arbeitsaufgaben. In dem Prozess wurde auch klar, dass es eine Gesamtkoordination braucht.

Im Juni 2011 schon hatte es ein großes Regionalgruppentreffen in Salzburg gegeben und dann war Anfang diesen Jahres noch unsere zweite Generalversammlung. Dann wurde die Genossenschaftssatzung ausgearbeitet, von einer Expertengruppe. Dafür wurde die Standard-Satzung für eine Genossenschaftsgründung abgewandelt, so dass sie für unsere Zielsetzungen passt und dann gab es einen Workshop für das Plenum, wo das so erklärt wurde, dass wir es alle verstehen konnten, das war sehr spannend, und dann ist die Erstfassung der Satzung auch vom Plenum beschlossen worden.

Das heißt, ihr könnt jetzt durchstarten?

So einfach ist das noch nicht. Eine Voraussetzung für die Einreichung bei der FMA ist, dass man in einen Einlagensicherungsverband aufgenommen wird, weil ja in Österreich alle Einlagen bis 100.000 Euro gesichert sein müssen. Es gibt vier solcher Verbände in Österreich, für uns kommen zwei in Frage, der von der Raiffeisenbank und von der Volksbank. Wir haben beschlossen, es mit der Volksbank zu versuchen und das Spannende ist, wir sind jetzt in der Gesamtkoordination drei Personen, die nicht wirklich mit dem Bankwesen vertraut sind, und jemand von uns sollte bei diesen Verhandlungen dabei sein. Wir sollten zumindest grob verstehen, worum es geht, deshalb lesen wir uns gerade ins Bankwesengesetz ein.

Was steht sonst noch an?

Ein weiterer Meilenstein zur Gründung der Bank war, dass wir eine Notariatskanzlei finden mussten, die das Treuhandkonto verwaltet für die Genossenschaftsgründung. Das war auch nicht so leicht, schließlich wollen wir 10.000e Genossenschafter, wir brauchen dann ein Online-Tool für die Verwaltung dieser großen Zahl von Einzahlungen und auch eines für die Abstimmung von so vielen Mitgliedern. Am Ende sind dann nur zwei Kanzleien übrig geblieben, die sich mit der Idee identifizieren – das war für uns ganz wichtig – und die sich das auch antun wollen. Im September soll das Treuhandkonto eröffnet werden und dann gehen wir zur FMA, das ist der große unberechenbare Faktor.

Bis wann, denkst du, wird es so weit sein, dass die Bank starten kann?

Wenn alles nach Plan läuft, wollen wir im Herbst 2013 beginnen, so lange dauert der Prozess mindestens. Darum haben wir jetzt auch begonnen, zwei Leute für die Geschäftsführung zu suchen, damit die schon in die Gruppe hineinwachsen können, bevor wir wirklich starten. Inzwischen ist uns aber auch klar geworden, wir brauchen noch mehr Menschen, die wirklich mitmachen. Deshalb haben wir begonnen, monatlich Menschen einzuladen, die sich irgendwann einmal in eine Liste eingetragen haben und angekreuzt hatten, dass sie mitarbeiten wollen. Onboarding-Treffen nennen wir das, und das ist eine Aufgabe, die ich sehr gerne mache und die sehr spannend ist. Zum Beispiel war da letztens jemand von der FMA dabei, aber auch viele Menschen aus Banken. Banker, die manchmal wirklich verzweifelt sind, weil sie wissen, dass es so nicht weitergehen kann oder die auch schon gekündigt haben. Manchmal möchten sie inkognito mitarbeiten, manchen ist das auch schon egal.

Was sind denn eure Visionen, was soll die »Demokratische Bank« können, was ist anders als bei anderen Banken?

Für mich am wichtigsten ist der Punkt, der jetzt als letztes auf dem Visionspapier steht. Da heißt es, die »Demokratische Bank« soll auch eine politische Akteurin sein und mit dem Druck der Genossenschaft im Hintergrund auf die Gesetzgebung Einfluss nehmen. Auf der anderen Seite geht es natürlich darum, Kredite für sinnvolle Unternehmungen zu vergeben, die das Gemeinwohl fördern. Es gibt da so unterschiedliche Richtungen in der Gruppe. Die einen wollen sehr rasch die »technischen« Fragen lösen, also dass wir möglichst schnell anfangen können. Den anderen ist dieser umfassendere Kontext wichtiger.

Die Bank soll Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen – ist das wirklich wünschenswert? Es ist doch ein Hauptkritikpunkt an der derzeitigen Situation, dass die Wirtschaft, die Unternehmen und die Banken zuviel Einfluss auf die Politik nehmen und sich die Politik in ihrem Sinn selbst gestalten. Gefordert wird dann meist, die Politik muss die Macht über die Wirtschaft zurück gewinnen. Warum ist das bei der Demokratische Bank anders, warum darf die auf die Gesetzgebung einwirken?

Also da möchte ich dein »in ihrem Sinn« aufgreifen. Denn wir haben es ja in der Vision verankert, dass wir eben nicht »in dem Sinn«, in dem Banken und Konzerne jetzt auf die Gesetzgebung Einfluss nehmen, handeln. Dementsprechend wird die »Demokratische Bank« nicht in Richtung Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung lobbyieren, ebensowenig für Schuldenauffangmanöver à la EFS, sondern für Gesetze, die einerseits die Krisenverantwortlichen in die Pflicht nehmen, und die andererseits den vielen kleinen Initiativen und redlichen UnternehmerInnen in ihrer Absicht, nachhaltig dem Gemeinwohl zu dienen, Luft verschaffen.

Bisher wurde nur ehrenamtlich gearbeitet, wie lange kann das weitergehen? Womit verdienst du dein Geld?

Ich bin Grafikerin, ich arbeite 22 Stunden in der Woche. Wir planen, dass es in Zukunft eine Aufwandsentschädigung geben soll für das Gesamtprojektkoordinationsteam und dann soll die Geschäftsführung in die Koordination einsteigen.

Was ist deine persönliche Motivation bei der »Demokratischen Bank« mitzumachen?

Als ich zum ersten Mal davon gehört hab, da hab ich gedacht, ja, das ist die Idee! Es war ja die Finanzkrise und ich dachte, das klingt inhaltlich sinnvoll, es war eine Möglichkeit, mich sinnvoll zu diesem Wahnsinn, der mich umgibt, in Beziehung zu setzen. Es war auch so aufgezogen, dass ich dachte, das kann funktionieren. Und auch der soziale Prozess war von Anfang an spannend, dass wir immer auf die Kommunikationskultur geachtet haben. Wenn der Banker und der Qi-Gong Trainer miteinander diskutieren, da kracht es leicht, weil die Banker glauben, sie wissen eh wie es geht. Aber im Lauf der Zeit kommen sie drauf, dass das doch ein anderes Projekt ist, wo sie noch nicht alles wissen, wie es geht. Das ist interessant.

Danke für das Interview!●

Link: www.demokratische-bank.at

GENOSSENSCHAFTLICHE PFLICHTPRÜFUNG

Freie Beauftragung der Prüfung

Voraussetzung eines offenen Genossenschaftswesens

Eines Tages wird es zum guten Ton ordnungsmäßiger Geschäftsführung gehören, auch den Dienstleistungseinkauf von Prüfungsleistungen bei Genossenschaften unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchzuführen. Derzeit stöhnen wechselwillige Genossenschaften unter den von den etablierten Prüfungsverbänden vor ihnen aufgetürmten Hürden. Es zeigt sich, dass diese keine gesetzlichen Grundlagen haben und aus einer Tradition stammen, die der Wirtschafts- und Rechtsentwicklung im nationalen wie im europäischen Raum nicht mehr gerecht wird. Wesentliche Hausaufgaben sind bei den eigenen eG-Satzungen zu erledigen. Formale Einwendungen der bestehenden Prüfungsverbände sind überwindbar.

Von H.-W. Kortmann, Red. Genossenschaften ● Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine Rechtsform mit dem hohen Anspruch, im Innenverhältnis zu ihren Mitgliedern das Selbsthilfeprinzip in demokratischer Selbstverantwortung zu verwirklichen. Zugleich muss sie aber dem zum Überleben wichtigen Anspruch gerecht werden, gegenüber dem Markt uneingeschränkt wettbewerbsfähig mit Unternehmen anderer Rechtsformen und Gesellschafterstrukturen zu sein. Die Erreichung und Erhaltung dieser Wettbewerbsfähigkeit gebietet es Vorständen und Aufsichtsräten einer eG, jeglichen Einengungen in der Handlungsfreiheit der eG entschlossen entgegen zu treten. Sie müssen der eG Wege zur freien Souveränitätsentfaltung im Interesse ihrer Mitglieder erschließen.

Eine schwerwiegende Einschränkung der Handlungsfreiheit stellt die heute immer noch übliche Praxis der genossenschaftlichen Pflichtprüfung dar, die eG an »ihren« Prüfungsverband zu ketten, dem sie angehört und nur ihm das Recht zur Durchführung der genossenschaftlichen Pflichtprüfung zubilligt. Diese über viele Jahrzehnte u.a. in der überwiegend konservativen Kommentarliteratur tradierte Sichtweise passt nicht zu modernen wettbewerbsorientierten Genossenschaften, die auf höchstmögliche Qualität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit in der Prüfung sowie der häufig damit verbundenen Beratung achten müssen.

Satzungen liberalisieren

Im Genossenschaftswesen bedarf es eines Paradigmenwechsels. Prüfungsverbände haben die ihnen durch Gesetz und Verleihung des Prüfungsrechts durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden zugewiesenen gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Die einzelne eG hat das Recht, sich die Erfüllung ihrer Prüfungsverpflichtung in einer ihren Mitgliederinteressen bestmöglich entsprechenden Weise zu organisieren. Durch das Entstehen neuer, von den etablierten Prüfungsverbandsstrukturen unabhängiger Prüfungsverbände ist eine Wettbewerbssituation entstanden, die die Genossenschaften für sich nutzen können. Dies kann geschehen durch – eventuell turnusmäßig wiederholten – Wechsel des Prüfungsverbands oder durch eine parallele Mitgliedschaft in z.B. zwei Prüfungsverbänden (Doppelmitgliedschaft).

Das Genossenschaftsgesetz steht diesen Überlegungen nicht entgegen. Wesentliche Hürden werden durch die etablierten Prüfungsverbände selbst, und zwar in Gestalt einengender eG-Mustersatzungen und langer Kündigungsfristen sowie durch argumentativen Rückgriff auf den eher konservativen Teil der Kommentarliteratur aufgebaut. Das muss wettbewerbsorientierte Genossenschaften jedoch nicht daran hindern, ihren Weg zu gehen. Entscheidend hierbei ist es, dass es Vorstand und Aufsichtsrat gelingt, ihre Mitglieder von dem beabsichtigten Prüfungskonzept zu überzeugen und die eG-Satzung in diesem Punkt durchgreifend zu liberalisieren.

Entscheidungszuständigkeiten

Bei der Ausgestaltung der eG-Satzung kommt es in erster Linie darauf an, dass sich die Genossenschaft nicht an einen bestimmten Prüfungsverband kettet, der wohlmöglich auch noch in der Satzung namentlich genannt ist. Regelungen zur Auswahl des Prüfungsverbands gehören nicht zum Pflichtbestandteil einer eG-Satzung. Wenn zu diesem Punkt eine Regelung gewünscht ist, sollte sie offen gefasst werden, beispielsweise, dass die Genossenschaft einem oder mehreren Prüfungsverbänden angehören kann. Als weiteren wesentlichen Punkt sollte die Satzung regeln, welches Organ der Genossenschaft (Vorstand, Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam oder die Generalversammlung bzw. die Vertreterversammlung) für die Entscheidung über den Beitritt zu oder den Austritt aus einem Prüfungsverband zuständig ist.

Häufig wird die Beitrittsentscheidung Vorstand und Aufsichtsrat überlassen, während die Austrittsentscheidung der Generalversammlung vorbehalten bleibt. Dies sollte nach den individuellen Gegebenheiten jeder Genossenschaft entschieden werden. Schließlich bedarf es angesichts einer dauerhaft oder – im Fall eines Verbandswechsels durch Kündigung – für die Dauer der Kündigungsfrist temporär bestehenden Doppelmitgliedschaft bei zwei Prüfungsverbänden einer Satzungsbestimmung, welchem Organ das Recht zusteht, den für die Durchführung der gesetzlichen Pflichtprüfung zuständigen Prüfungsverband auszuwählen und zu beauftragen. Es muss also eindeutig geregelt sein, welcher Verband für die Durchführung der Pflichtprüfung zuständig ist. Aus Gründen der Unabhängigkeit zwischen Prüfer und Geprüftem kommt hierfür eine alleinige Zuständigkeit des Vorstands nicht in Betracht.

Das größere Entscheidungsgewicht sollte insoweit der Aufsichtsrat haben. Dieser ist einerseits pflichtgemäß gegenüber dem Vorstand unabhängig und sollte andererseits über die notwendige Sachkunde für Prüferentscheidungen verfügen. Im Konfliktfall zwischen Aufsichtsrat und Vorstand könnte die Entscheidung auf die Generalversammlung übertragen werden. Mit einer modernisierten Satzung haben Vorstand und Aufsichtsrat die notwendige Rechtssicherheit im Verhältnis zu ihren Mitgliedern. Zugleich verdeutlicht die Genossenschaft gegenüber jeglichen Außenstehenden – Prüfungsverbände eingeschlossen – welches Konzept der Durchführung der genossenschaftlichen Pflichtprüfung sie sich wünscht.

Veränderte Rechtsauffassung

Genossenschaften, die bereits einen Verbandswechsel vollzogen haben, stoßen regelmäßig auf den entschiedenen Widerstand der gekündigten Prüfungsverbände. Sie reklamieren unter Verweis auf ihre Vereinssatzungen für sich das Recht, bis zum Ende der oft mehrjährigen Kündigungsfrist die genossenschaftliche Pflichtprüfung durchzuführen. Parallel wird unter Rückgriff auf einschlägige Kommentarliteratur (wegen seiner insoweit sehr klaren Rechtsposition häufig Beuthien) der Standpunkt vertreten, dass im Fall einer Doppelmitgliedschaft bei zwei Prüfungsverbänden nicht etwa die Genossenschaften selbst das Entscheidungsrecht hätten, welcher Prüfungsverband für die genossenschaftliche Pflichtprüfung zuständig ist, sondern der bei dieser eG »dienstältere« Prüfungsverband (so u.a. Beuthien in Kommentar zum »Genossenschaftsgesetz«, 15. Aufl. 2011, Rn. 2 zu § 54 GenG).

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

In einem sehr beachtlichen Aufsatz in der ZfgG, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Heft 4/2011, S. 277 ff., befassen sich Faerber und Garbe ausführlich mit der Frage, welchem Prüfungsverband im Fall der Doppelmitgliedschaft das Prüfungsrecht zusteht. Sie kommen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die Genossenschaft ein freies Wahlrecht hat, welcher Prüfungsverband die Pflichtprüfung vornehmen soll. Ergänzend erfolgt sogar der Hinweis, dass dieses Wahlrecht nicht an die Einhaltung bestimmter Kündigungsfristen gebunden sei. Über die Ausübung des Wahlrechts soll die Generalversammlung entscheiden, und den »Prüfungsauftrag« solle der Aufsichtsrat und nicht der Vorstand erteilen. Auch andere Kommentarquellen gehen in diese Richtung, so u.a. Hettrich/Pöhlmann/Gräser/Röhrich in ihrem GenG-Kommentar, 2. Auflage 2001, Rz. 7 zu § 54 GenG (»die eG hat die Wahl von welchem Prüfungsverband sie sich prüfen lassen will.«) sowie Lang/Weidmüller, GenG, 36. Auflage 2008, Rz 16 zu § 54 GenG (»das Bestimmungsrecht liegt grundsätzlich bei der eG.«).

Frischer Wind bei der Prüfung

Während Beuthien die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Prüfungsverbände von Entscheidungen der Genossenschaften und die s.E. dadurch gewährleistete »Prüfungsstrenge« als maßgebliches Kriterium in den Vordergrund stellt, betonen Faerber und Garbe die Bedeutung eines lebendigen Wettbewerbs zwischen den Prüfungsverbänden. Dies entspricht dem Bewusstseins- und Wertewandel in der Gesellschaft und nicht zuletzt auch den Entwicklungen auf europäischer Ebene. In dem von der Europäischen Kommission herausgegebenen sogenannten Grünbuch »Weiteres Vorgehen im Bereich der Abschlussprüfung« vertritt die Europäische Kommission die Auffassung, dass ein regelmäßiger Wechsel des Abschlussprüfers der Qualität der Prüfung dienlich sein kann. Durch einen gelegentlichen Prüferwechsel können im Zweifel über Jahrzehnte hinweg entstandene Verkrustungen in der Prüfung aufgebrochen werden. Die Zeit erscheint reif für einen frischen Wind in der genossenschaftlichen Pflichtprüfung.

Die gewissermaßen automatische Zuständigkeit des dienstälteren Prüfungsverbands würde im Übrigen die völlig unstrittige Zulässigkeit einer Doppelmitgliedschaft praktisch ad absurdum führen. Das gilt insbesondere für den Fall einer auf Dauer angelegten Doppelmitgliedschaft. Diese kann schon aus Gründen der Trennung zwischen Prüfung einerseits und Interessenvertretung andererseits sinnvoll und notwendig sein. Denn im Rahmen einer derartigen Konstruktion wäre die Hegemonie des dienstälteren Prüfungsverbands faktisch festgeschrieben. Der zweite Prüfungsverband wäre auf Dauer ein »Verband zweiter Klasse«.

Genauso wie der Gesetzgeber eine ausdrückliche Regelung bezüglich des Prüferwechsels unterlassen hat, ist diese Problematik – und schon gar nicht die Option einer Doppelmitgliedschaft – in den Vereinssatzungen der etablierten Prüfungsverbände berücksichtigt. Deswegen vermag es nicht zu überzeugen, wenn sich ein Prüfungsverband im Fall einer durch die eG herbeigeführten Doppelmitgliedschaft darauf beruft, dass ihm allein qua Mitgliedschaft das Prüfungsrecht zustünde. Für den Fall einer temporären Mitgliedschaft im Zusammenhang mit einer Kündigung würde das Argument eines dauerhaften Ausschlusses des zweiten Verbands zwar nicht zutreffen. Dennoch kann es gute Gründe dafür geben, den neuen Prüfungsverband schon vor Ablauf der Kündigungsfrist mit der Durchführung der gesetzlichen Pflichtprüfung zu beauftragen.

Gründe für Prüfungswechsel

Dies können sowohl qualitative als auch finanzielle Gesichtspunkte sein. In Einzelfällen lässt sich zudem eine berechtigte Besorgnis der Befangenheit des gekündigten Prüfungsverbands nicht ausschließen i.S. von § 55 Abs. 2 GenG. Bei berechtigtem Interesse der eG zur anderweitigen Zuordnung des Prüfungsrechts und insbesondere bei Erfüllung der übrigen Verpflichtungen gemäß Verbandssatzung bis zum Auslaufen der Kündigungszeit (insbesondere die Zahlung der Mitgliedsbeiträge) dürfte es im Normalfall keine Ansatzpunkte dafür geben, die kündigende eG seitens des gekündigten Verbands aus Vertragsrecht – z.B. auf Schadenersatz – in Anspruch zu nehmen. Einschlägige gerichtsanhängige Verfahren oder gerichtliche Entscheidungen sind nicht bekannt.●

Autor

Dr. H.-W. Kortmann ist Vorstandsmitglied beim bundesweit tätigen DHV-Genossenschaftlicher Prüfungsverband für Dienstleistung, Immobilien und Handel e.V., sowie Geschäftsführer der Hanseatische Mittelstands Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, beide Hamburg.

SELBSTORGANISIERTE HAUSPROJEKTE

Klaus-Novy-Preis für das »Mietshäuser Syndikat«

Am Tag der Genossenschaften, dem 7. Juli 2012, im Jahr der Genossenschaften, welches letztes Jahr von der UNO ausgerufen wurde, hat das »Mietshäuser Syndikat« den »Klaus Novy Preis« für Innovationen beim genossenschaftlichen Bauen und Wohnen erhalten. Der Preis wird alle fünf Jahre vom Spar- und Bauverein eG in Solingen, der zweitgrößten Wohnungsgenossenschaft in NRW, vergeben und ist mit 3.000 EUR dotiert.

Mietshäuser Syndikat, Freiburg ● Das »Mietshäuser Syndikat« ist ein wachsender Unternehmensverbund von zur Zeit 60 selbstorganisierten Hausprojekten in über 30 Städten und Gemeinden Deutschlands, die sich den Ideen der dauerhaften sozialen Bindung des Eigentums und des Solidartransfers von Altprojekt zu Neuprojekt verpflichtet haben, letzteres in Form von ehrenamtlicher Beratung und von Kapitalbeteiligungen, insbesondere durch einen Solidarfonds. (siehe www.syndikat.org)

Entstanden war diese Idee um 1990 beim »Gretherprojekt« in Freiburg. Der 2. Preis ging an den »Wohnungsverein Herne eG« gemeinsam mit: »Wohnen in Gemeinschaft e.V.«, Herne (2.000 Euro) und der 3. Preis an die »KunstWohnWerke eG« (1.000 Euro).

Der Preis ist Klaus Novy gewidmet, ehemals Volkswirt und Professor für Planungs- und Stadtökonomie an der TU Berlin, der 1992 früh gestorben ist. In den 70er und 80er Jahren setzte er sich für die Erneuerung der genossenschaftlichen Wohn- und Lebenskultur ein, die nach 1933 und dem Zweiten Weltkrieg weitgehend verschüttet wurde. Insbesondere ging es Klaus Novy und dem »WOHNBUND« um die Verbindung der alten Traditionsgenossenschaften mit den neuen Wohnprojekten, die im Gefolge der 68er Bewegung entstanden.

Wir freuen uns sehr darüber, dass wir der Jury die Verbindung des Organisationsmodells des »Mietshäuser Syndikats« mit dem ideengeschichtlichen Hintergrund der Wohngenossenschaftsbewegung darstellen und deutlich machen konnten; insbesondere auch die neue/alte Idee der kleinen, nicht wachsenden Bewohnervereine/-Genossenschaften, die in einen gemeinsamen Solidarfonds zur Unterstützung neuer Projektinitiativen einzahlen.

Die Umsetzung dieser Idee war auch eines der Anliegen von Klaus Novy, der die Vorschläge von Martin Wagner aus den 20er Jahren aufgegriffen und propagiert hatte. (Martin Wagner war Berliner Baustadtrat und Bauhausarchitekt, der z.B. mit seinem Bauhauskollegen Bruno Taut die berühmte Hufeisensiedlung Britz in Berlin Neukölln erbaut hat). Die Bewerber für den Preis wurden dieses Jahr von ehemaligen Preisträgern und vom Verband Rheinisch-Westfälischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen nominiert. Das »Mietshäuser Syndikat« wurde in diesem Jahr von der »MieterInneninitiative Karlsruhe eG« (MiKa) vorgeschlagen, die den Preis 2002 erhalten hatte.

Das »Mietshäuser Syndikat« freut sich außerordentlich über den Klaus-NovyPreis, der unterstreicht, dass die Zukunft nicht in einer der Rechtsform geschuldeten Abgrenzung, sondern in der gemeinsamen genossenschaftlichen Idee und der Kooperation liegt.●

Quelle: Pressemitteilung, 25.7.2012

Protagonistin in Angst

Das Musikinstrument Triangel in Form eines gleichschenkligen Dreiecks kennt wohl jeder – spielt vielleicht Musik eine große Rolle in diesem Roman? Nein, überhaupt nicht! Das Buch beginnt mit der Beschreibung eines idyllischen Gartens, in dem an einer Stelle Erdarbeiten vorgenommen werden, das Kapitel endet mit dem Fund eines Totenschädels!

Die Protagonistin Regina Aigner arbeitet als Justizwachbeamtin in der Strafvollzugsanstalt der Stadt. Bei den männlichen Kollegen hat sie es anfangs nicht leicht, weil sie eine der ersten weiblichen Vollzugsbeamten im Haus ist. Einzelne suchen näheren Kontakt zu ihr, besonders hartnäckig dabei ist Paul Marek. Der ältere Kollege Kowalsky versucht ihr am Arbeitsplatz beizustehen, ihr zu helfen, sie zu beschützen.

Kontakte zu Besuchern und Insassen ergeben sich zwangsläufig, so auch zu der älteren Johanna, die zu einer mütterliche Freundin wird. Johanna hat ein Haus vor den Toren der Stadt mit eben dem idyllischen Garten. Sie bietet Regina an, dort zu wohnen und Miteigentümerin zu werden. Die Erfüllung eines Traums ist nahe – raus aus der Großstadt, ein Leben fern der Hektik und unliebsamen Situationen des Alltags. Die beiden Frauen wollen sich als Ausgleich ein Paradies schaffen.

Nach und nach erfahren Leserinnen und Leser, warum die Protagonistin so voller Ängste steckt. Da sind in der Vergangenheit ihre schlechten Familienverhältnisse, ihre Kämpfe für eine berufliche Karriere und die negative Beziehung zu einem Mann. Widrige Erlebnisse im Alltag blockieren Regina total, lösen wieder neue Ängste aus, verstärken mangelndes Vertrauen zu sich und anderen. Ihre Aktionen laufen ins Leere und verbessern keineswegs ihre Situation. Sie schottet sich mehr und mehr ab, isoliert sich innerlich, die Ängste bremsen verstärkt ihr Handeln und verhindern Veränderungen. So wird der Roman zum Thriller, denn es geht immer nervenaufreibender zu.

Nach Johannas Tod wird im Nachlass eine Mappe mit Unterlagen zu einem lange zurück liegenden Mord gefunden. Es gibt eine Verbindung zum kürzlich entlassenen Häftling Hassler und dem Knochenfund im Garten.

Beim Lesen konnte man immer wieder verschiedene »Triangel« zwischen den Personen um/mit Regina erstellen. Im neuen Dreieck finden wir sie jetzt in beängstigender Verbindung mit Paul und Hassler. Der erste will immer noch ihre Liebe, der zweite will finanziellen Nutzen aus ihrer Situation ziehen. Man ahnte schon die eine oder andere Eskalation, jetzt aber nimmt Reginas Lage eine ziemlich bedrohende Form an. Eine Lösung scheint nicht in Sicht!

Natürlich erfährt man zum Schluss die Auflösung all der hintergründigen Geschehnisse und das Verhalten der Beteiligten wird erklärt. Triangel ist eben kein üblicher Krimi, in dem ein Verbrechen passiert, Kommissare und/oder eine Soko nehmen die Ermittlungen auf und lösen am Ende den Fall. Weit gefehlt!

Eine spannende Lektüre, man freut sich über jede kleine, entspannte Situation um/bei Regina, man leidet mit ihr, wenn verschiedene Ängste immer wieder auftauchen. Man ist sauer, wenn sie in »Fehlverhalten« verharrt, man bedauert sie in ihrer Panik. Man will ganz einfach, dass alles irgendwie zu Ende ist und Regina letztlich ihren Traum vom selbstbestimmten Leben in ihrer Idylle leben kann.●

Jochen Wiegand

Anne Goldmann: Triangel, Ariadne Krimi, Argument Verlag, Hamburg 2012, 266 Seiten, 11 EUR

Stimmen aus dem Gefängnis

Seit einigen Jahren boomt im deutschsprachigen Raum die Historische Kriminalitätsforschung. Zentrale Themen sind – für das 19. Jahrhundert – die Veränderung der Rechtsnormen, der Ausbau der Strafverfolgung und die Reformansätze im Strafvollzug, das Entstehen der Kriminologie als Wissenschaft, die Generierung des »Kriminellen« als Gegenbild zur bürgerlichen Gesellschaft und die mediale Inszenierung von Kriminalität in Zeitungen und in der (Kriminal)-Literatur.

Was erst langsam in den Blick kommt, sind die Lebensverhältnisse der DelinquentInnen und die Selbstdeutungen der kriminell Gewordenen. Das Buch von Heike Talkenberger, Archivarin und Redakteurin der populärwissenschaftlichen Geschichtszeitschrift »Damals«, liefert dazu einen spannenden Ansatz. Die Autorin hat zeitgenössische Autobiografien und Memoiren von DelinquentInnen aus der Zeit von 1810 bis 1900 herangezogen und durch Häftlingsaufsätze ergänzt, die ein Gefängnispfarrer 1905/06 herausgegeben hat. Der Umgang mit solchen »EgoDokumenten« ist quellenkritisch nicht einfach, denn die Darstellungen sind mit Selbststilisierungen und der Übernahme des in den Gefängnissen herrschenden »Besserungsdiskurses« durchsetzt. Aber sie verraten trotzdem viel über die Lebenswelt und die Wahrnehmungen der DelinquentInnen.

Anhand von drei ausführlichen Porträts erfahren die LeserInnen zunächst einiges über das Leben der ländlichen und städtischen Unterschichten; ein Leben in Armut, das in Bettelei, Vagabondage, Prostitution und Kriminalität abgleiten konnte. Diebstahl war das häufigste Delikt.

Talkenberger streift dann die Entwicklung der Strafgesetzgebung und den Ausbau des polizeilichen Verfolgungsapparates; ihr Schwerpunkt liegt aber auf der Darstellung der Gefängnisdebatte und des Gefängnisalltags. Hier gelingen ihr anhand des autobiografischen Materials sehr eindrucksvolle Schilderungen. So beschreiben Gefangene bestechliche Wärter und die sexuelle Gewalt in den Gemeinschaftszellen, aber auch die seelischen Qualen der Einzelhaft.

Eine besondere Häftlingsgruppe waren die politischen Gefangenen. Sie zeigten keine Reue, sondern stellten in ihren Texten ihre politisch-moralische Mission heraus. Der Anarchist Sepp Oerter, in den 1890er Jahren im Zellengefängnis Münster inhaftiert, schilderte den bürokratischen Sadismus der Anstaltsleitung und die Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen.

Die Resozialisierungschancen für Entlassene waren denkbar schlecht. Trotz Gefängnisfürsorgevereinen und familiärem Rückhalt blieb vielen Ex-Häftlingen nur die bittere Erkenntnis: »Einen aus dem Gefängnis nimmt keiner mehr.«

Heike Talkenberger hat mit diesem Buch das bisher wenig beachtete autobiografische Material von DelinquentInnen für eine anschauliche Alltagsgeschichte der Kriminalität und der Strafvollzugspraxis im 19. Jahrhundert genutzt.●

Frauke Klinge

Heike Talkenberger: Gauner, Dirnen, Revolutionäre. Kriminalität im 19. Jahrhundert, Primus Verlag, Darmstadt 2011, 191 S., 24,90 EUR

Lebenszeichen aus den Knästen der Erde

Im Frühsommer 2012 kam mit der Post die von einem fünfköpfigen Redaktionskollektiv zusammengestellte Sammlung von Wort- und Bildmeldungen aus Knästen in Deutschland, Belgien, Frankreich, bis hin aus den USA. Auf knapp 70 Seiten entfaltet sich das ganze Elend, jedoch ebenso die ganze Sehnsucht von Frauen und Männern, die aus ganz unterschiedlichen Gründen hinter Gittern sitzen.

Den Auftakt macht Nicci, eine Tierrechtsaktivistin, die auch programmatisch für die knastkritische Haltung der Redaktion und der AutorInnen steht: »Knast schafft Probleme, keine Lösungen«, so der Titel ihres Beitrags. Es gibt auch Zeichnungen, an- und berührende Gedichte, wie auch politische Essays.

Hierfür steht ein Autor wie Faruk Ereren (Seite 50-54), der sich ausführlich mit der Situation türkischer Revolutionäre und insbesondere deren politischer Verfolgung durch eine faschisierte Justiz auseinandersetzt.

Was dem/der LeserIn besonders ins Auge fällt, und aus meiner Sicht eine ganz hervorragende und wunderbare Idee des Redaktionskollektivs ist: Wenn sich AutorInnen in ihrer Muttersprache äußern, kommen sie auch so, also im Original, zu Wort – und anschließend findet sich die deutschsprachige Übersetzung. Das erhöht den LeserInnenkreis um ein Vielfaches und respektiert die Würde der AutorInnen in besonderem Maße.

Abgerundet wird die Broschüre durch die Sammlung von Bücherhinweisen (z.B. auf Hubertus Beckers »Ritual Knast. Die Niederlage des Gefängnisses«), Zeitschriften und Gruppen bzw. Links rund um das Thema Knast aus kritischer Perspektive.

Spenden sind selbstredend immer willkommen für das Projekt. LeserInnen mit Internetzugang können die Broschüre »Mit solidarischen Grüßen aus dem Knast – Texte und Bilder von Gefangenen« kostenfrei als pdf-Datei herunterladen (knastbroschuere.blogsport.de), gedruckt ist sie erhältlich über die Webseite oder per Post unter:
Knastbroschüre, c/o KuBiZ, Bernkasteler Str. 78, 13088 Berlin.●

Thomas Meyer-Falk

z.Zt. JVA Bruchsal, www.freedom-for-thomas.de

»Gemeinsam! Eine reale Utopie«

Wie sieht unsere Gesellschaft im Jahr 2025 aus? Welches sind die Antworten auf die gegenwärtigen Fragen der Rohstoffknappheit, sozialen Ungerechtigkeiten und des drohenden Verkehrsinfarkts? Steffen Andreae und Matthias Grundmann sind diesen Fragen in ihrem Buch »Gemeinsam – Eine reale Utopie« nachgegangen. Bewusst haben sie ihren Zukunftsentwurf dabei in die nahe Zukunft verlegt. Immer wieder nehmen sie Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen der Gegenwart und bleiben dadurch nah an der heutigen Realität.

Der Titel »Gemeinsam« deutet bereits darauf hin, dass ihre Zukunftsvision auf kollektive Gesellschafts-, Lebens- und Wohnformen abzielt, wie sie schon heute in Wohnprojekten, Kommunen und Ökodörfern zu finden sind. Ein Thema, dass die beiden Autoren auch privat und beruflich beschäftigt: Grundmann forscht seit 12 Jahren an der Universität Münster Forschungen über soziale Gemeinschaften; Andreae hat die Kommuneprojekte »Villa Lokomuna« in Kassel (www.lokomuna.de) und den »Lossehof« in Kaufungen (www.lossehof.de) mitgegründet und während seiner Arbeit an dem Buch in der »Kommune Niederkaufungen« (www.kommune-niederkaufungen.de) gelebt. Deshalb ist es vermutlich kein Zufall, dass der fiktive Ort Wenningen, in dem das Buch spielt, zahlreiche Parallelen zur Gemeinde Kaufungen aufweist. Wie stelle ich mir meinen Wohnort in 15 Jahren vor, mag eine der Fragen sein, die ihn zu diesem Buch bewogen haben mögen.

Der zweite Grundpfeiler des Zukunftsentwurfes, neben der gemeinschaftlichen Lebensgestaltung, ist die Umsetzung der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Im Wenningen des Jahres 2025 ist dieses als europäischer Modellversuch verwirklicht und setzt kreative und soziale Potentiale in der Bevölkerung frei, die zu einer freieren und lebendigeren Gesellschaft führen. Tauschhandel, regionale Lebensmittelproduktion, Abkehr vom Individualverkehr, Bürgerbeteiligung und gegenseitige Hilfe gehören 2025 ebenso zum Alltag in Wenningen. Alles funktioniert nahezu reibungslos in der Vorstellung der Autoren. Die paar Unternehmer, die den Ort aufgrund des Experimentes verlassen, sind entbehrlich, da sie ihre Angestellten sowieso schlecht behandelten. Sie werden durch Kollektiv-Betriebe ersetzt, die es leichter haben unter den neuen Bedingungen Mitarbeiter zu finden. Die Geschichte wird dadurch aber auch stellenweise etwas spannungsarm. Contrapunkte setzt lediglich eine Flugblattserie, die im Buch eine Rolle spielt und durch die u.a. die Frage aufgeworfen wird, ob die zerstörerischen Kräfte des Kapitalismus tatsächlich durch Reformen wie in Wenningen 2025 aufgehalten werden können oder ob eine Revolte dazu notwendig ist. Eine Frage, die die Autoren nicht selbst beantworten, sondern der Interpretation der LeserInnen überlassen.●

Uwe Ciesla

»Gemeinsam! Eine reale Utopie« von **Steffen Andreae** und **Matthias Grundmann** (160 Seiten, Packpapier Verlag). Das Buch kann für 10 EUR bestellt werden unter www.realeutopie.de.

Schatten über Europa

Eigentlich war alles anders, als wir es im Religions- oder Geschichteunterricht mitbekommen haben; sofern wir nicht in der letzten Bank eingeschlafen sind. Der Philosoph und Althistoriker Bergmeier zeichnet ein weltoffenes Bild der Antike. Sicher, es gab die Sklavenhaltergesellschaft, den römischen Imperialismus und Gladiatorenkämpfe mit und ohne Kolosseum sind nicht jedermanns Sache, aber es existierte ein umfassendes Bildungsideal, Erotik dürfte trotz der kleinbürgerlichen Gesetzgebung des Kaisers Augustus einen gesellschaftlich anerkannten Stellenwert besessen haben und in der Regel pflegten selbst die Römer religiöse Toleranz. Der alleinseligmachende Gott mit Monopolanspruch, der alle anderen Götterkonkurrenten dem Bildersturm überantwortete, hatte in der Antike wenige Chancen. Erst das Christentum, und hier vor allem die zu politischer Macht drängende Amtskirche, führte Weltflucht, Sinnen- und Leibfeindlichkeit ein und verbannte die Bildung mehr und mehr in die zensurierten Ecken im Dämmerlicht brütender Klosterbibliotheken. Kunst, Kultur und das Bildungssystem gingen auf ideologisch begründete Tauchfahrt und schleuderten Europa für ein Jahrtausend zurück in ideologische Enge und Angst vor dem strafenden Monopol-Vatergott. Erst arabische und byzantinische Überlieferungen ließen das geschichtliche Wissen um den liberalen, weltoffenen Teil der Antike wieder aufleben. Ein kämpferisches Buch, das den Mythos vom ach so tollen christlichen Abendland einige fundierte Schlagseiten versetzt.●

Roman Schweidlenka

Rolf Bergmeier: Schatten über Europa. Der Untergang der antiken Kultur, Alibri Verlag, Aschaffenburg 2012, 20 EUR

Im Bann des Maya-Kalenders

Je näher wir der Wintersonnenwende 2012 kommen, desto mehr spricht man vom Weltuntergang, den angeblich der Kalender der alten Mayaindianer für dieses Datum prophezeit. Womit wieder einmal das drohende Ende des blauen Planeten an die Wand gemalt wird. Stamm, seit Jahrzehnten journalistisch um Aufklärung bezüglich so genannter Sekten und ausufernder esoterischer Methoden bemüht, versucht an Hand der Wissenschaft der Endzeithysterie entgegenzuarbeiten. Er folgt den Aussagen seriöser Mayaforscher und kommt zu der Erkenntnis, dass die in zyklischen Abläufen denkenden Mayaindianer mit keiner Silbe die Apokalypse erwähnten. Wenn auch bei ihnen Katastrophenszenarien anzutreffen sind, so bedeuten diese zugleich einen Neubeginn. Die esoterische Geschäftemacherei mit dem magischen Datum 21.12.2012 erhält keine Rückendeckung durch den zur Zeit berühmtesten Kalender der Weltgeschichte. Doch nicht nur in der Esoterik flattern Endzeitapostel umher, auch im christlichen Fundamentalismus, nicht zuletzt bei Zeugen Jehovas, Mormonen und Scientology ist ein Endzeitfieber nachzuweisen. Auch der geheimnisvolle, unheilbringende Planet Nibiru, esoterisches Spekulationsobjekt der Gegenwart, hält keiner wissenschaftlichen Untersuchung stand. Der Autor führt auch die endzeitlichen weltanschaulichen Elemente an, die im Dritten Reich und seiner Vernichtungsstrategie gegenüber Juden und Roma eine markante Rolle spielten. Einige Ausführungen behandeln auch die psychischen Probleme, die unter ideellen Druck gesetzte Endzeitgläubige bekommen können – diese Thematik hätte allerdings eine umfassendere Darlegung verdient.●

Roman Schweidlenka

Hugo Stamm: Im Bann des Maya-Kalenders; Endzeithysterie in Sekten und Esoterik, Gütersloher Verlagshaus, 2012. 270 S., 20,60 EUR

Am Puls der Bewegung

Zugegeben – der Titel des neusten Buches aus dem Stuttgarter Widerstand ist gewöhnungsbedürftig: »Stuttgart ist besser als Wanne-Eickel.« Doch vermutlich zielt der Herausgeber gar nicht in erster Linie auf ein bundesweites Publikum. Das belegt auch die Dynamik um den Erscheinungstermin: In seinen Bürgerbriefen, die er meist lauthals an den Stuttgarter Montagsdemos anpreist, hatte Peter Grohmann das Buch einige Male angekündigt. Und bevor es über den Buchhandel zu bestellen war, hatte er an den Demos bereits 150 Exemplare verkauft.

Für StuttgarterInnen auch nicht verwunderlich: Schließlich ist die Autorin, die Pfarrerin Guntrun Müller-Enßlin, nicht irgendwer, sondern eines der bekannten Gesichter des Widerstands, mehrmalige Rednerin an Demos und Mit-Initiatorin des regelmäßig stattfindenden Parkgebets. Nun also ein Buch, genauer eine »Erzählung über die Jahre, in denen wir oben blieben.«

Weitgehend chronologisch erleben die LeserInnen die Ereignisse rund um den Bahnhof Stuttgart im Zeitraum von September 2010 bis zur Landtagswahl im März 2011 mit: Zorn und Empörung nach dem brachialen Polizeieinsatz im Schlossgarten, entschlossene und friedliche Großdemonstrationen in der Innenstadt sowie auch Zweifel, wohin diese kraftvolle und zahlenmäßig große Bewegung hinsteuern werde. In nachdenklichen Texten, Gesprächsnotizen mit ihrer Freundin und in Tagebucheinträgen ihres Sohnes lässt die Autorin sowohl an den Geschehnissen als auch an ihren eigenen Gedanken, Gefühlen und konkreten Entscheidungen als Teil der Bewegung teilhaben.

Guntrun Müller-Enßlin setzt mit dieser spannenden und authentischen Erzählung einer einzigartigen Bürgerbewegung ein Denkmal: Jenen Zehntausenden, die gegen das Milliardenprojekt Stuttgart 21 auf die Straße gingen und weiterhin gehen.

Eine zentrale Stelle des Buches sei hier zitiert, die einen entscheidenden Zeitpunkt für die Bewegung beleuchtet – nämlich kurz nach der sogenannten Geißler-Schlichtung im November 2010, die dem Widerstand die Dynamik nehmen sollte und sich im Nachhinein als Farce entpuppte: »Nach der Schlichtung bekamen unsere Demos nochmal besonderes Gewicht: Wenn wir uns an den folgenden Montagen zu unseren Demonstrationen und noch zweimal vor Weihnachten zu einer Großkundgebung am Bahnhof trafen, dann geschah das beileibe nicht nur, um uns zu informieren und uns auszutauschen. Seit jeher waren unsere Demos viel mehr: Jungbrunnen, Kraftquell, Elixier, der Ort kollektiver Empörung, des Trostes, der Ermutigung, und nun auch noch der Versicherung, dass der Protest lebte und dass wir viele waren. Unsere Demos waren es, bei denen der Puls der Bewegung schlug, und wir begannen zu ahnen, dass er nicht aufhören würde, so lange wir an unseren wöchentlichen Vergewisserungstreffen festhielten.« Die Autorin ist keine Beobachterin, sondern ein aktiv engagierter Teil in der Bewegung. Sie trennt nicht zwischen ihren eigenen Erlebnissen und den Ereignissen, die das »Wir« der Bewegung prägen; und sie wirkt dabei nicht anmaßend sondern authentisch und lebendig.

Bei dem Konflikt, der seit mehr als drei Jahren Stadt und Land bewegt, geht es um mehr als einen Bahnhof – es geht um die Versenkung von Steuergeldern und die Gefährdung der Stuttgarter Heilquellen, um die Zerstörung stadtnaher Natur, den Schacher um Immobilien – und um Demokratie. Für den bekannten Stuttgarter Krimi-Autor Wolfgang Schorlau hat die Autorin mit ihrer Erzählung »einen bemerkenswerten autobiographischen Roman geschrieben.« Und seine Einschätzung teile ich: »Jeder, der die Veränderung des öffentlichen Bewusstseins in Stuttgart – und vielleicht nicht nur hier – verstehen will, sollte dieses Buch lesen.«●

Peter Streiff

Guntrun Müller-Enßlin: Stuttgart ist besser als Wanne-Eickel. Erzählung über die Jahre, in denen wir oben blieben. Peter-Grohmann-Verlag, Stuttgart, 2012, 230 S., 12,80 EUR.
Bestellung: peter-grohmann@die-anstifter.de

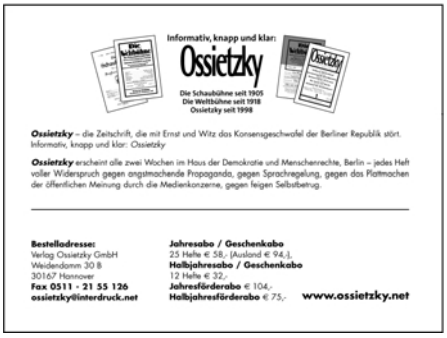
PROJEKTE

Kommune Uthlede: politische Kommune auf dem Land (20 Min. bis Bremen) sucht neue MitkommunardInnen. Wir wollen mehr werden!
Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau – auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen!
Infos unter ☎(0 42 96) 74 82 25 oder info@kommune-uthlede.org

Frauenlesben-WG in selbstverwaltetem Wohnprojekt sucht feministische tatkräftige Mitbewohnerin ab dem 1.9. oder später.
Kontakt: MieterselbsthilfeM21@gmx.de

GESCHICHTE (N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

Neuerscheinung
Uwe Timm
Das Geschäft mit dem Klimawandel
Plädoyer für eine freie und soziale Gesellschaft
100 S. 12,00 €uro
Hrsg. Dietrich Eckardt
Edition Anares Bern
& Espero
Espero Sonderheft Nr. 13
espero-redaktion@web.de
www.espero-versand.net



KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 585 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz,** Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt,** Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm
E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 29.10.-2.11.2012
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

HOF ROSSEE

Kommune-Seminar auf Hof Rossee
Unser Seminar soll Menschen, die an gemeinschaftlicher, »alternativer« Lebensgestaltung Interesse haben, einen ersten Einblick ins Thema Kommune-Leben geben. Außerdem ist es eine hervorragende Möglichkeit Hof Rossee zu besuchen und einige Menschen der Kommune kennen zu lernen. Wir werden uns mit gemeinsamer Entscheidungsfindung in Gruppen (Konsensprinzip) beschäftigen, uns mit den Möglichkeiten einer gemeinsamen Kasse für mehr als nur zwei Menschen auseinandersetzen und es wird Zeit und Raum für Eure Fragen und Wünsche geben. Wenn Interesse besteht, können wir uns am Abend eine Diaschau von dem Ausbau unserer ökologischen mit u.a. Strohballen und Lehm ausgebauten Ferienwohnungen anschauen. In diesen wunderschönen Räumlichkeiten wird auch das Seminar stattfinden, sodass auf jeden Fall Zeit zum Entspannen und Erholen bleibt.
Termin:
28.-30.9.2012
Weitere Infos:
www.hof-rossee.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2013
Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Termin: 22.-24.2.2013
Ort: BOKU Wien
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

TAUSCHRINGE

Gesellschaft zukunftsfähig gestalten – mit Solidarität und Ökologie
Mit spannenden Themen und einer dreitägigen Erweiterung verspricht das diesjährige Bundesarbeitstreffen der Tauschsysteme (BATT) vom 28. bis 30. September 2012 in Büdingen eine zukunftsweisende Tagung zu werden.
Info: www.batt-online.de

GRUNDEINKOMMEN

Weltkongress Grundeinkommen: »Wege zum Grundeinkommen« 14.-16.9.2012, München/Ottobrunn
Mit 150 ReferentInnen aus 28 Ländern und fünf Kontinenten, u.a. Margit Appel (Österreich), Bruna Augusto Pereira (Brasilien), Manfred Füllsack (Österreich), Min Geum (Südkorea), Renana Jhabvala (Indien), Rolf Künnemann (Deutschland), Baptiste Mylondo (Frankreich), Philippe van Parijs (Belgien), Guy Standing (Großbritannien)
Programm/Anmeldung:
www.bien2012.de

LITERATURMESSE

17. Linke Literaturmesse in Nürnberg
2.11. bis 4.11.2012, K4
Information:
www.linke-literaturmesse.org

DIY

Do it yourself
In den neuen Räumen und Netzwerken postindustrieller Produktivität wird der herrschende Ökonomismus in Frage gestellt. Hinwendung zur Natur, Entschleunigung, Selbermachen und die Wiederentdeckung von Gemeinschaft und Gemeingütern kennzeichnen eigensinnige Alltagspraxen. Die Tagung bietet Gelegenheit zu Diskussion und kritischer Reflexion – eine Wissensallmende entsteht. Tagung der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis in der Evangelischen Akademie Tutzing.
Termin: 26.-28.10.2012
am Starnberger See
www.anstiftung-ertomis.de

NICARAGUA

Nicaragua-Konferenz
Vom **19. bis 21. Oktober 2012** wird in Wuppertal ein großes Nicaragua-Bundestreffen stattfinden. Organisiert wird die Tagung von Menschen und Gruppen der Nicaragua-Solidarität aus dem gesamten Bundesgebiet. Mit der inhaltlichen Klammer, wie Solidaritätsarbeit heute und morgen aussehen kann und welche Perspektiven gegenseitiger Unterstützung denkbar sind, wird es um folgende Themen gehen: Fairer / Solidarischer Handel; Kooperativen und ländliche Entwicklung; Gewalt gegen Frauen; Zuckerrohr und Agrosprit; Klimawandel, Energiepolitik und alternative Energien in Nicaragua; Wirtschaftspolitik zwischen IWF und ALBA; soziale Bewegungen; Freihandel und Assoziierungsabkommen und ihre Alternativen.
Bei Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit:
info@informationsbuero-nicaragua.org
Mehr Infos:
www.informationsbuero-nicaragua.org

HERRSCHAFTSKRITIK & UTOPIE

Krisenseminar
Seit ein paar Jahren ist die Weltwirtschaftskrise in aller Munde – was da eigentlich passiert bleibt aber oft unverständlich. Wir wollen uns ein Wochenende lang dieser Frage nähern. Ziel ist dabei ein Grundverständnis von Krisen im Kapitalismus und dem Verlauf der aktuellen zu entwickeln. Es soll aber weder jedes Detail der Weltwirtschaft möglichst erschöpfend analysiert, noch sich der Kopf über eine Lösung der Probleme des Kapitals zerbrochen werden. Am Ende soll vielmehr versucht werden, auf Grundlage des angeeigneten Wissens, eine Antwort auf die folgenden Fragen zu finden: Welche gesellschaftlichen Veränderungen haben wir in den letzten Jahren hier und anderswo auf der Welt erlebt? In welchem Zusammenhang steht das zu den jüngsten Kämpfen? Was ist für die Zukunft zu erwarten? Und inwieweit wollen/sollen wir das in unseren Strategien für die kommenden Auseinandersetzungen berücksichtigen? Das Wochenende soll dabei offen für die Schwerpunktsetzungen der TeilnehmerInnen sein.
Termin: 21. bis 23.9.2012
Informationen und Anmeldung:
tagungshaus@projektwerkstatt.de oder
☎ (0 64 01) 90 32 83

REPRESSION

Wer schützt (und gefährdet) die streitbare Demokratie – am Exempel Verfassungsschutz?
Der Verfassungsschutz ist gegenwärtig in aller Munde und Gegenstand der täglichen Presseberichterstattung. Die Fragen, nach der Gefährdung für die Demokratie, die von ihm ausgeht, müssen jedoch grundlegender gestellt werden als dies jetzt meist geschieht. Was »extremistisch« ist, wird vom Verfassungsschutz definiert. Das Gerede über diese gefährlichen Bestrebungen findet in den herrschenden Medien meist Anklang. Statt Lösung sozialer Probleme und Förderung freier Diskussion standen Repression und Verbot von Beginn der BRD an im Zentrum.
Über alle geschichtlichen Entwicklungen und alle Skandale hinweg hat der Verfassungsschutz immer mehr Aufgaben und Befugnisse erhalten. Das viel zitierte Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei wird nur noch als Aufforderung verstanden, um so enger über die organisatorischen Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten.
Die Jahrestagung 2012 des Komitees für Grundrechte und Demokratie wird sich nicht nur mit den (Fehl-)Leistungen des Inlandsgeheimdienstes in Sachen Rechtsextremismus zu befassen haben. Sie wird erneut grundsätzlich die Frage stellen müssen, ob der Inlandsgeheimdienst überhaupt kontrollierbar ist und ob wir uns weiterhin den gefährlichen Luxus von Ämtern leisten wollen, die regierungsamtlich festlegen, welches die Feinde der Demokratie sein sollen.
Termin: 22.-23.9.2012, Köln
(alte Feuerwache, Nähe Ebertplatz)
Info:
www.grundrechtekomitee.de/node/519

BUH-SEMINARE

Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker:

Selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Arbeiten
Wie sollen/ wollen wir als Unternehmer gemeinsam auf dem Markt auftreten? Wer ist Hauptunternehmer, wer Subunternehmer, wie organisieren wir gleichberechtigtes Arbeiten? In diesem Seminar werden wir den rechtlichen und unternehmerischen Rahmen für die Zusammenarbeit von Handwerksbetrieben besprechen. Es werden entsprechende Rechtsformen erläutert und anhand konkreter Beispiele durchgesprochen.
Weitere wichtige Themen des Seminars: Entscheidungsfindung, die interne und die externe Zusammenarbeit und deren »Kodex«, Diskussion von wahrscheinlichen Konflikten und Modellen der Konfliktlösung.
Angesprochen sind TeilnehmerInnen, die schon länger einen eigenen Betrieb haben oder die gerade mit der Planung einer Existenzgründung befasst sind. Außerdem wendet sich das Seminar an Kollektive, Brigaden, Arbeitsgemeinschaften oder spontane Teams, die ein gemeinsames Interesse auf einer Baustelle und an zukünftigen gemeinsamen Strukturen haben.
Termin: 14.-16.9.2012, Verden (Aller)

Reisegewerbe von A bis Z
Auch ohne Meisterbrief kann man sich im Handwerk selbständig machen – z.B. im Reisegewerbe. Hier dürfen (fast) alle Handwerke – ohne Eintragung in die Handwerksrolle und ohne Meisterbrief – ausgeübt werden! Wir informieren Euch im Seminar

- wie Ihr ein Reisegewerbe gründet;
- wie Ihr an genügend Kunden kommt und
- wo man sie findet;
- was Ihr bei der Auftragsanbahnung unbedingt beachten müsst;
- wie man im Reisegewerbe richtig wirbt und
- wie die Gewerbeordnung kreativ ausgelegt werden kann

Termin: 5.-6.10.2012, Verden (Aller)

Buchhaltung für HandwerkerInnen – leicht gemacht!
Buchhaltung ist keine Geheimwissenschaft. Und nicht jedes Unternehmen bzw. jeder Betrieb ist zu einer umfangreichen Buchführung verpflichtet. Dieses Seminar soll helfen die Buchführung selbst zu erledigen oder einen besseren Einblick zu bekommen, um die Ausführung der eigenen Buchhaltung durch Dritte besser kontrollieren zu können.
Wir informieren Euch im Seminar über

- Aufbau und Funktion der Buchführung;
- Gesetzliche Grundlagen (kurzer Überblick);
- den Umgang mit dem Finanzamt;
- Methoden der Buchführung und Umgang damit anhand von Beispielen;
- Belegbearbeitung und Ordnersystem, Erstellen der Einnahme-Überschuss-Rechnung;
- Kennenlernen der Formulare für das Finanzamt, Aufbau einer betriebswirtschaftlichen Auswertung und und und ...

Termin: 6.-7.10.2012, Verden (Aller)
Mehr Infos und Anmeldung unter:
www.buhev.de oder per
☎ (0 42 31) 95 66 79

ANTIMILITARISMUS

Das Camp »War starts here«
»Das GÜZ (Gefechtsübungszentrum) ist für Bundeswehr, NATO und EU ein zentraler Ort. Hier beginnt der Krieg, der weltweit geführt wird. Wir wollen das Camp zu einem zentralen Ort der Bündelung antimilitaristischer Kämpfe machen. Eingeladen sind alle, die der zunehmenden Militarisierung entgegentreten wollen. Wir werden unsere unterschiedlichen Analysen und Zugänge diskutieren und gemeinsam praktische Erfahrung im sabotieren des Krieges machen.
Das GÜZ Altmark bei Hillersleben/Magdeburg ist der modernste Truppenübungsplatz Europas. Von Kämpfen in Städten bis zum Gefecht von Panzergruppen werden hier militärische Interventionen von Luft- und Bodenmilitärtrupps simuliert.
Termin: 12.-17.9.2012
http://warstartsherecamp.org

Aktionswoche gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen
In vielen Städten sollen dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr, sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln, um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantierten, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.
Termin: 24.-29.9.2012
Nähere Infos:
www.antimilaktionswoche.wordpress.com

FILMFESTIVAL

»Jenseits von Europa«
85 Spiel- und Dokumentarfilme, politische Videos, Kurz-, Experimental- und Animationsfilme aus 20 Ländern Afrikas, darunter zahlreiche Deutschland-Premieren, sowie 20 Gäste, die aus Kairo, Casablanca, Dakar, Kapstadt, Paris, Genf, Wien und Berlin anreisen – das bietet das Programm des Jubiläumsfestivals von »FilmInitiativ Köln«.

Zu seinem 20-jährigen Bestehen präsentiert das Kölner Afrika Film Festival vom **20. bis 30. September 2012** eine umfangreichere Präsentation des zeitgenössischen afrikanischen Filmschaffens als je zuvor. MitarbeiterInnen von »FilmInitiativ« haben dafür nicht nur beim FESPACO in Ouagadougou (Burkina Faso) recherchiert, dem weltweit bedeutendsten Festival des afrikanischen Kinos, sondern auch bei Festivals in Tunis, Kairo, Tarifa, Rotterdam, Leuwen und Berlin. Danach war die Qual der Wahl groß, da in vielen Ländern Afrikas trotz aller politischer, technischer und finanzieller Schwierigkeiten weiterhin anspruchsvolle Filme gedreht werden. Dies gilt in jüngster Zeit insbesondere für Nord- und Südafrika.
Information: www.filminitiativ.de

FEMINISMUS

4. Feministische Herbstakademie
Occupy feministisch: Zur Wiederaneignung des Arbeitsbegriffs, des politischen Raumes und der sozialen Beziehungen
Zielgruppe: parlamentarisch wie außerparlamentarisch feministisch und frauenpolitisch Engagierte; Multiplikatorinnen u.a. aus Bewegungen, Parteien, Wissenschaft, Bildungsarbeit und Gewerkschaften.
In den letzten Jahren haben jeweils 40 bis 60 Frauen aus der gesamten Bundesrepublik, Österreich sowie der Schweiz teilgenommen.
Ziele:

- Die Teilnehmerinnen diskutieren Bedingungen und Widersprüche feministischer Realpolitik; sie reflektieren ihre Rolle als »eingreifende Intellektuelle« und erarbeiten Ansätze und Strategien für ihre politische Praxis. Sie erarbeiten marxistischfeministisch fundierte Gesellschaftskritiken, Zukunftsentwürfe und weiterführende Fragen.
- Zudem schafft die Akademie, das haben die vorhergehenden Akademien gezeigt, einen Raum für Vernetzung. Die Teilnehmerinnen initiieren und stärken dezentrale wie überregionale kontinuierlich wirkende Arbeitszusammenhänge und Lernkollektive.

Arbeitsweise: Die Arbeitsweise ist teilnehmerinnenorientiert und partizipativ. Die Teilnehmerinnen lernen und arbeiten gemeinsam in Workshops, sie engagieren sich in der Vorbereitung, Durchführung und Ergebnissicherung. Neben klassischen Moderationsmethoden werden Methoden wie szenisches Spiel und Erinnerungsarbeit genutzt.
Termin: 19.-21.10.2012
Ort: Bildungszentrale der ver.di Jugend, Unter den Linden 30, 34311 Naumburg
Info: www.inkrit.org/tagungen/tagungen-index.htm

FRAUEN

1. Frankfurter ProstitutionsTage
Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes scheint die rechtliche Gleichstellung von Frauen in der Prostitution wieder in weite Ferne gerückt.
Statt eines Abbaus rechtlicher Diskriminierung kündigt sich unter Stichworten wie »Reglementierung« und »Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten« eine neue repressive Wende an. Soll Prostitutionspolitik künftig wieder von Polizei und Innenministerien bestimmt werden? Eine von Quoten und Auflagezahlen diktierte einseitige mediale Berichterstattung setzt nach wie vor auf die Verbreitung von Vorurteilen und Klischees. Öffentlich wird über ein Verbot der Prostitution debattiert. Wollen wir hinnehmen, dass nicht nur das Prostitutionsgesetz, sondern darüber hinaus die Legalisierung von Prostitution wieder in Frage gestellt wird?
Statt einer Anerkennung von Prostitution als Beruf erleben wir tagtäglich einen diskriminierenden Umgang mit unserer Profession. Kontrollen und Razzien sind nur die Spitze des Eisbergs. Wollen wir uns wieder als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen?
Eine grundlegende Positionsbestimmung und das Nachdenken über Perspektiven sind heute notwendiger denn je. Die Frankfurter ProstitutionsTage wollen dazu einen Beitrag leisten. Interessierte sind eingeladen und aufgefordert darüber zu beraten, wie das Recht auf freie, ungehinderte Berufsausübung für Frauen in der Prostitution gestärkt werden kann.
Termin: 16.-18.11.2012
Infos:
Doña Carmen e.V. – Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten – Elbestraße 41, 60329 Frankfurt/Main
☎(0 69) 76 75 28 80, Fax: 76 75 02 28
E-Mail: DonaCarmen@t-online.de
www.donacarmen.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg